



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Entwicklung und Anwendung eines ausgaben- und bedarfsorientierten Armutsmesskonzepts“

Verfasserin

Judith Anzenberger

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
(Mag. rer.soc.oec)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 121

Studienrichtung lt. Studienblatt: Soziologie

Betreuerin / Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Christoph Reinprecht

Für meine Großmutter und meine Eltern

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Teil A: Inhaltliche und methodische Aspekte.....	3
1 Armutskonzepte und Armutsbegriffe	3
1.1 Absolute vs. relative Armut	4
1.2 Armutsgrenzen	8
1.2.1 <i>Subjektive Armutsgrenzen.....</i>	<i>9</i>
1.2.2 <i>Armutsgrenzen nach Einschätzung von ExpertInnen.....</i>	<i>11</i>
1.2.3 <i>Politische Armutsgrenzen.....</i>	<i>12</i>
1.3 Betrachtungsperspektiven im Überblick.....	12
1.4 Exemplarische Darstellung zentraler Armutsansätze	14
1.4.1 <i>Ressourcenansatz.....</i>	<i>14</i>
1.4.2 <i>Strukturen des privaten Verbrauchs.....</i>	<i>20</i>
1.4.3 <i>Warenkorbstandards</i>	<i>24</i>
1.4.4 <i>Deprivationsansatz.....</i>	<i>28</i>
1.4.5 <i>Lebenslagenansatz</i>	<i>37</i>
1.4.6 <i>Sens „Capability“-Ansatz</i>	<i>40</i>
2 Entwicklung der deutschsprachigen Armutsforschung.....	44
2.1 Geschichtlicher Abriss der Armutsforschung	44
2.2 Spezielle Forschungsansätze	48
2.2.1 <i>Dynamische Armutsforschung.....</i>	<i>48</i>
2.2.2 <i>Duale Armutsforschung.....</i>	<i>51</i>
Teil B: Konzeptioneller Rahmen.....	55
1 Die EU-geleitete Armutserichterstattung in Österreich.....	55
2 Entwicklung des Messkonzepts.....	59
2.1 Der Lebensstandard	59

2.2 Einnahmen vs. Ausgaben	60
2.3 Das Werturteilsproblem.....	64
2.4 Der Haushaltskontext.....	67
2.5 Der Fokus des Messkonzeptes	67
3 Forschungsfragen	71
4 Operationalisierung und Begriffsdefinitionen	71
5 Beschreibung der verwendeten Datenquellen	76
5.1 EU-SILC-Datensatz	76
5.2 Konsumerhebung.....	78
Teil C: Ergebnisse	81
1 Konzeptentwicklung.....	81
1.1 Bestimmung der Armutsgefährdungsschwelle	81
1.2 Gefährdungstufen	88
2 Darstellung der Armutsgefährdung in Österreich.....	90
2.1 Armut nach dem gängigen Messkonzept.....	90
2.1.1 <i>Armut nach Haushalts- und soziodemographischen Merkmalen.....</i>	<i>90</i>
2.1.2 <i>Armut nach Dimensionen der Erwerbstätigkeit.....</i>	<i>93</i>
2.1.3 <i>Armut nach Wohnort.....</i>	<i>96</i>
2.2 Armut nach dem entwickelten Messkonzept.....	97
2.2.1 <i>Nach Teilhabe(gefährdung)</i>	<i>97</i>
2.2.2 <i>Teilhabegefährdung im Detail (Armutgefährdungstufen).....</i>	<i>104</i>
3 Vergleich der Ergebnisse beider Konzepte	111
3.1 Übersicht.....	111
3.2 Vergleich nach analysierten Merkmalen	113
3.3 Armutsgefährdungslücke	116
3.4 Leistbarkeit der durchschnittlichen Ausgaben.....	117
4 Beantwortung der Forschungsfragen	119

Diskussion des entwickelten Messkonzeptes	123
Bibliographie.....	125
Anhang	131
Tabellenverzeichnis	131
Abbildungsverzeichnis	131
Tabellenanhang	132
SPSS-Syntax	133
Erklärung.....	139
Abstract.....	140
Lebenslauf	143

Einleitung

Beim Begriff ‚Armut‘ mag so mancher Bilder der Massenverelendung in England zur Zeit der industriellen Revolution vor Augen haben. Oder aber – bezogen auf unser Jahrhundert – an verhungerte Kinder in Afrika denken bzw. an Obdachlose resp. Wohnungslose, die unser heutiges Straßenbild prägen. Wenn man Armut jedoch nicht als absolut sieht, sondern in Relation zur Gesellschaft betrachtet, ist sie auch in hoch entwickelten Industrieländern keine Randerscheinung, sondern ein Phänomen von dem mehr Menschen betroffen sind als man meinen könnte. Der Fokus dieser Diplomarbeit richtet sich daher auf diesen relativen Aspekt von Armut.

Kern der Arbeit ist die Entwicklung Armutsmesskonzeptes, welches dem gängigen Messkonzept der EU-weiten Armuts- und Sozialberichterstattung gegenüber gestellt werden soll. Das EU-Konzept orientiert sich primär am Einkommen der Bevölkerung und bezieht in weiterer Folge Indikatoren ein, die sich auf die Benachteiligung von Menschen in bestimmten Bereichen beziehen. Keinerlei Berücksichtigung finden bei dieser Konzeption jedoch Ausgaben für beispielsweise Essen, Wohnen und Bekleidung. Gerade in Zeiten wie diesen, in denen Preissteigerungen bzw. Kostenexplosionen in vielen Bereichen zu beobachten sind, greifen Konzepte, die sich nur auf die Einkommenseite beziehen, zu kurz. Ziel dieser Arbeit ist es daher ein ausgaben- und bedarfsorientiertes Armutsmesskonzept zu entwickeln, das sowohl die Einkommens- als auch die Ausgabenseite berücksichtigt.

Die Arbeit ist in drei Hauptteile gegliedert: In Teil A wird zunächst ein Überblick gegeben über inhaltliche und methodische Aspekte – die oftmals in engem Zusammenhang stehen – um in das Thema einzuführen. Im ersten Kapitel wird daher auf gängige Armutskonzepte und –begriffe eingegangen und im zweiten Kapitel wird die Entwicklung der deutschsprachigen Armutsforschung gerafft dargestellt.

Teil B stellt den konzeptionellen Rahmen der Arbeit dar: In seinem ersten Kapitel wird die EU-geleitete Armutsberichterstattung in Österreich beschrieben – da das zu entwickelnde Konzept dem Messkonzept der EU-Berichterstattung gegenübergestellt werden soll. Im zweiten Kapitel wird das Messkonzept mithilfe der im ersten Teil gewonnenen Erkenntnisse entwickelt. Im dritten Kapitel werden die Forschungsfragen generiert und im vierten wesentliche Begriffe definiert bzw. operationalisiert. Zuletzt werden im fünften Kapitel die verwendeten Datenquellen beschrieben.

Teil C umfasst die gewonnenen Erkenntnisse. Im ersten Kapitel werden zunächst wichtige Ergebnisse der Konzeptentwicklung vorgestellt. Im zweiten Kapitel wird für beide Konzepte die Armutsgefährdung in Österreich nach verschiedenen Aspekten dargestellt. Im dritten Kapitel werden die beiden Konzepte miteinander verglichen. Im letzten Kapitel des dritten Teils werden die Forschungsfragen beantwortet. Die Arbeit schließt mit einer Diskussion des hier entwickelten Konzepts.

Teil A: Inhaltliche und methodische Aspekte

Es gibt eine große Zahl von Begriffen, Konzepten und Methoden, die das Phänomen Armut beschreiben. Zentral sind dabei vor allem die Definition und die Messung von Armut. Auf tiefgreifende Armutstheorien kann die Armutsforschung jedoch nicht zurückgreifen. (Dietz 1997:89) Daher wird in diesem Teil der Diplomarbeit zunächst ein Überblick gegeben über grundsätzliche Armutskonzepte und –begriffe und deren methodische Umsetzung, sowie die Entwicklung des Armutdiskurses seit der Zwischenkriegszeit.

1 Armutskonzepte und Armutsbegriffe

Armut kann mit unterschiedlichen Konzepten, Begriffen aber auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden. Armutskonzepte können beispielsweise danach eingeteilt werden, ob sie sich auf eine absolute oder eine relative Sichtweise beziehen oder danach, welche Armutsgrenzen ihnen zugrunde liegen. Diese Armutsgrenzen können auf unterschiedliche Weise festgesetzt werden: Über Befragungsstandards, Expertenstandards oder politische Standards. Für die Unterscheidung wichtig ist aber auch, ob zur Bestimmung von Armut nur materielle oder materielle und immaterielle Aspekte einbezogen werden, sie mit direkten Indikatoren wie dem Einkommen oder indirekten Indikatoren wie der Haushaltsausstattung gemessen wird. Es ist aber auch möglich entweder die Einkommens- oder die Ausgabenseite zu betrachten. Eine weitere wichtige Unterscheidung der Armutskonzepte besteht darin, dass man sich bei der Beschreibung von Armut entweder auf die potentielle Versorgungslage beziehen kann oder auf den tatsächlich realisierten Lebensstandard.

Da es bei den verschiedenen Armutsansätzen nicht immer eine klare Trennung dieser Perspektiven gibt, erfolgt zunächst eine Darstellung der einzelnen Betrachtungsmöglichkeiten. Die Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Auffassung von Armut ist von grundlegender Bedeutung, daher werden diese

beiden Herangehensweisen gesondert dargestellt. Danach wird näher erläutert durch wen (z.B. ExpertInnen oder die Bevölkerung) Armutsgrenzen bestimmt werden können. Dem folgt ein Überblick über die weiteren Möglichkeiten Armut zu betrachten. Am Ende dieses Kapitels werden einige zentrale Armutsansätze vorgestellt, denen die zuvor beschriebenen Einteilungs- bzw. Betrachtungsmöglichkeiten zugrunde liegen.

1.1 Absolute vs. relative Armut

Bei der Konzeption von Armut gibt es die grundlegende Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Armut. Absolute Armut wird von den VertreterInnen dieser Auffassung verstanden als Unterschreiten des überlebensnotwendigen Existenzminimums. Daraus schließt Leßmann, dass *„arm ist, wer nicht über die Dinge verfügt, die zum Überleben notwendig sind“* (Leßmann 2007:23). Im Gegensatz dazu wird relative Armut nicht am überlebensnotwendigen Existenzminimum festgemacht, sondern zum sozio-kulturellen Existenzminimum erweitert, das sich am Wohlstandsniveau der jeweiligen Gesellschaft orientiert. Der absolute Armutsbegriff hat – vor allem in industrialisierten, westlichen Ländern – zunehmend an Bedeutung verloren bzw. wurde die Möglichkeit Armut auf diese Weise zu bestimmen sogar bestritten (Alisch/ Dangschat 1998; Piachaud 1992). Dennoch soll die absolute Konzeption im Folgenden kurz dargestellt werden, da sich einerseits relative Armut als Gegenpol zu ihr entwickelt hat und es außerdem neuere Auffassungen von absoluter Armut gibt (vgl. Teil A, Kapitel 1.4.6), die auf ihrer ursprünglichen Konzeption aufbauen. Daran anschließend wird das relative Verständnis von Armut näher dargestellt.

Bei der Definition von absoluter Armut ist die Unterschreitung der Armutsgrenze von zentraler Bedeutung, da ein absoluter Verlust einsetzt auch wenn die Unterschreitung nur geringfügig ist. Leßmann (2007) verdeutlicht dies an folgendem Beispiel: Wenn einer Person zum Kauf von neuen Schuhen Geld fehlt, macht es für die daraus resultierende Scham keinen Unterschied ob die Person 1 Cent oder 20 Euro zu wenig hat. Sie schämt sich für die Tatsache, dass sie zu wenig Geld hat. Daraus folgt, dass es beim absoluten Ansatz einen eindeutigen

qualitativen Unterschied zu Nicht-Armut gibt. Das bedeutet, dass sich die Armutsgrenze nicht beliebig verschieben oder festlegen lässt, wie dies bei den relativen Armutmaßen prinzipiell möglich ist. Bei der absoluten Armut, ergibt sich also ein großes Problem dadurch, „[...] dass sie mit der überzeugenden Festlegung einer absoluten Grenze steht und fällt“ (Leßmann 2007:23). Für die absolute Armutsgrenze sollen Kriterien bzw. lebensnotwendige Dinge bestimmt werden, die universelle Gültigkeit besitzen sollen, d.h. für alle Orte, Zeiten und Menschen zutreffen. Es ist jedoch nicht einmal möglich, ein einheitliches Minimum an Nährstoffen für alle Menschen zu bestimmen, um daraus die Zusammensetzung eines Warenkorb mit notwendigen Lebensmitteln abzuleiten, da sich Menschen in vielen Punkten wie beispielsweise dem Geschlecht, der Größe, dem Alter oder der Nahrungsverwertung unterscheiden. Auch andere notwendige Bedarfe wie die Behausung oder die Bekleidung sind kaum bestimmbar, vor allem nicht unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede. Zwar sind diese Kritikpunkte auch bei relativen Definitionen von Armut zutreffend, wenn sie sich auf Minimalstandards beziehen, allerdings gibt es dabei einen wichtigen Unterschied: Relative Definitionen beziehen sich auf einen bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit – ihr Geltungsbereich ist also eingegrenzter. (Leßmann 2007)

Armutsgrenzen können bei Konzeptionen der absoluten Armut auf verschiedene Weisen bestimmt werden: Eine Möglichkeit ist die *direkte Methode*. Bei dieser werden Güter und Dienstleistungen aufgelistet, über die jeder verfügen sollte. Als arm werden Personen dann eingestuft, wenn sie über etwas aus der Liste nicht verfügen. Dabei ist es jedoch nicht von Bedeutung, ob sie sich diese Dinge nicht leisten können oder nicht wollen (weil sie ihr Geld zum Beispiel lieber für etwas Anderes ausgeben). (ebd.)

Eine andere Möglichkeit ist die *Einkommensmethode*. Bei dieser wird kalkuliert, welches Einkommen notwendig ist, um die aufgelisteten Güter und Dienstleistungen der Liste erwerben zu können. Bei dieser Methode kann festgestellt werden, ob sich eine Person diese leisten könnte. (Leßmann 2007)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass absolute Armut ein Mangelzustand ist, der die physische Existenz nicht dauerhaft sichern kann (Hauser/ Neumann 1992). Dieses absolute Existenzminimum wird unabhängig vom (materiellen) Wohlstandsniveau einer Gesellschaft bestimmt. Bei dieser Betrachtungsweise führt also eine länger andauernde Armutsphase letztendlich zum Tod, da Überlebensnotwendiges nicht vorhanden oder beschaffbar ist. Weick (1999) zufolge, gibt es jedoch außer dieser sehr eingeschränkten noch eine erweiterte Perspektive: Bei dieser wird die absolute, am physischen Minimum orientierte Existenzgrenze um ein menschenwürdiges Dasein in der Gesellschaft erweitert (als Vertreter nennt er Amartya Sen). Dies wird damit begründet, dass ein Subsistenzminimum dieser Art in hochindustrialisierten Ländern nicht mehr als adäquat gesehen wird.

Gegenüber der „klassischen“ Definition von absoluter Armut – also dem Unterschreiten des physischen Existenzminimums – ist kritisch einzuwenden, dass sie nicht (mehr) auf differenzierte, postindustrielle Gesellschaften anzuwenden ist. So kommt absolute Armut in Entwicklungsländern Hauser (2008) zufolge zwar noch massenweise vor – in hoch entwickelten Ländern ist sie allerdings äußerst selten¹. Dietz (1997) merkt in diesem Zusammenhang des weiteren an, dass sich die soziale Existenz in wohlhabenden und hoch entwickelten Ländern nicht (mehr) auf die rein materielle Sicherung von Nahrung, Kleidung und Obdach reduzieren lässt.

Bei der relativen Auffassung von Armut wird diese nicht mehr über das Unterschreiten eines absoluten Minimums definiert, sondern im Verhältnis zum Lebensstandard und den Lebensverhältnissen in der jeweiligen Gesellschaft (Hauser 2008). Armut kann dabei rein materiell aufgefasst werden wie bei ressourcenbezogenen Armutsdefinitionen, aber auch immaterielle Dimensionen umfassen, wie dies beispielsweise beim Lebenslagenansatz der Fall ist. Das rein physische Existenzminimum wird bei den relativen Armutsdefinitionen zum sozio-kulturellen Existenzminimum erweitert. Von Armut wird gesprochen, wenn dieses

¹ In diesem Zusammenhang führt er Obdachlose, die im Winter erfrieren, an.

– je nach Konzept definierte – Minimum unterschritten wird. (Dietz 1997; Hauser/ Neumann 1992)

Innerhalb des relativen Armutsverständnisses gibt es zahlreiche Auffassungen und Definitionen, die sich oftmals auf zwei grundlegende Ansatzpunkte zurückführen lassen: Der eine Ansatz bezieht sich auf Ressourcen, die zur Verwirklichung eines bestimmten Lebensstandards verwendet werden können. Dazu zählen Konzepte der relativen Einkommensarmut und der Sozialhilfebezug. Der andere Ansatz ist im weitesten Sinne an unterschiedlichen Lebenslagen orientiert. (Hauser/ Neumann 1992) Zu diesem zählen der auf Otto Neurath (1931) zurückgehende Lebenslagenansatz selbst und Konzepte, die sich auf relative Deprivation beziehen (Dietz 1997).

Dem Ressourcenansatz liegt ein materielles Verständnis von Armut zugrunde. Um die potentielle Versorgungslage einer Person festzustellen, werden sämtliche Einkünfte (Einkommen, Teile des Vermögens, staatliche Transferleistungen etc.) eines Haushaltes ermittelt. Liegt das Haushaltseinkommen unter einer bestimmten Grenze, gilt eine Person als arm. Der Ressourcenbegriff wird dabei rein ökonomisch interpretiert und bezieht sich daher nur auf materielle „Güter“ (wie z.B. das Einkommen). Diese Interpretation bildet daher einen deutlichen Unterschied zum soziologischen Ressourcenbegriff der Austauschtheorie: Dieser umfasst sowohl materielle als auch immaterielle Dimensionen. (Hauser/ Neumann 1992) Hauser und Neumann (1992) erwähnen für diesen Ansatz einschränkend, dass er nur die potentielle Versorgungslage berücksichtigt. Das bedeutet, dass nicht beachtet wird ob ein bestimmtes Existenzminimum tatsächlich erreicht wird, sondern nur ob dies möglich wäre. Es liegt dabei in der Verantwortung der Individuen *„ob bei ausreichend vorhandenen Ressourcen ein sozio-kulturelles Existenzminimum realisiert wird [...]“* (Ebd.:246). Auf der Ressourcendefinition basieren hauptsächlich zwei relative Armutskonzepte: Die relative Einkommensarmut und die Sozialhilfeschwelle (Alisch/ Dangschat 1998; Hauser/ Neumann 1992).

Bei Lebenslagenansätzen bzw. Ansätzen der relativen Deprivation wird Armut nicht nur auf materielle Aspekte bezogen, sondern um immaterielle Dimensionen erweitert. Im Gegensatz zu den Ressourcenansätzen wird dabei nicht die potentielle, sondern die tatsächliche Versorgungslage betrachtet. (Hauser/ Neumann 1992) Der Lebenslagenansatz analysiert – grob zusammengefasst – die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen in verschiedenen Dimensionen wie Wohnen, Gesundheit, Bildung, soziale Kontakte usw. Als Arm oder ‚relativ unterversorgt‘ gelten dabei Personen, die einen bestimmten Standard hinsichtlich einer oder mehrerer Dimensionen unterschreiten. Strenggenommen spielen monetäre Ressourcen bei diesem Ansatz nur indirekt eine Rolle. D.h., dass zwar oftmals auch Einkommen oder Vermögen für bestimmte Dimensionen eine Bedeutung haben, diese sich aber nicht ganz darauf reduzieren lassen. Trotzdem werden Lebenslagenansätze oftmals mit Konzepten der relativen Einkommensarmut verknüpft. (Jacobs 2000) Der bedeutendste Unterschied zwischen Konzepten der Lebenslage und solchen der relativen Deprivation liegt darin, dass die Theorie der Lebenslage eine Summierung der einzelnen Dimensionen zu einem Index ausschließt (vgl. Teil A, Kapitel 1.4.5), Deprivationsindizes jedoch bewusst konstruiert werden (Dietz 1997; Voges et al. 2003).

Die Kritik relativer Konzepte richtet sich nicht wie bei den absoluten Konzepten auf die Herangehensweise an sich, sondern auf die jeweiligen Konzepte selbst und Umsetzungsprobleme dieser. Daher wird auch der Kritik bei diesen direkt Raum gegeben (vgl. Teil A, Kapitel 1.4).

1.2 Armutsgrenzen

Egal wie Armut definiert wird, ist es bei allen Konzepten notwendig, eine Armutsgrenze festzulegen, also eine Grenze die zwischen arm und nicht-arm trennt. Diese Grenze kann auch einem Mindeststandard entsprechen, der erreicht werden muss, damit eine Person als nicht arm gilt. Grundsätzlich können drei Varianten unterschieden werden, um diese Grenzen oder Standards zu

bestimmen: subjektive Einschätzungen, Auffassungen von ExpertInnen oder politisch definierte Armutsgrenzen.

1.2.1 Subjektive Armutsgrenzen

Bei dieser Herangehensweise wird die Armutsgrenze durch Einschätzungen der Bevölkerung selbst festgelegt. Repräsentative Bevölkerungsumfragen zu notwendigen Mindeststandards oder –einkommen werden dabei als Basis zur Bestimmung eines soziokulturellen Existenzminimums zugrunde gelegt (Hauser 2008; Piachaud 1992). An dieser Vorgehensweise ist kritisierbar, dass in den Urteilen der Bevölkerung Werturteile enthalten sind und sie daher nicht „objektiv“ ist. Dieser Kritik wird jedoch entgegengehalten, dass auch in den „objektiven“ Urteilen von Fachleuten, diese in der Gesellschaft vorherrschenden Werturteile enthalten sind. Daher kann auch gleich auf die Einschätzungen der Bevölkerung² zurückgegriffen werden. (Piachaud 1992)

Festgelegt werden die Armutsgrenzen dabei entweder durch Fragen zum notwendigen Einkommen oder Bedarfen. Einen Zugang, der sich auf das notwendige Einkommen bezieht, bildet der LPL-Ansatz (Leyden poverty line), dessen Grundlage Andreß (1999) zufolge die sogenannte Einkommensbewertungsfrage bildet. Diese Frage richtet sich an den Haushaltsvorstand und lässt diesen beurteilen, welches Netto-Haushaltseinkommen dieser unter Berücksichtigung der eigenen Umstände für sehr niedrig bis sehr gut³ einschätzt. Diese subjektiven Einschätzungen werden in eine Nutzenskala übersetzt und gegen das Einkommen aufgetragen. Die daraus entstehende Kurve definiert für jedes Nutzenniveau ein Mindesteinkommen, das nicht unterschritten werden darf, wenn ein bestimmter Nutzen erreicht werden soll. (Krämer 1997) Eine weitere Möglichkeit bietet der SPL-Ansatz (subjective poverty line) von Goedhart et al. (1977), der auf der sogenannten

² Wobei anzumerken ist, dass die Bevölkerung ja nur Vorgaben von ExpertInnen beurteilen kann.

³ Die Frage lautet wörtlich: „Welches Netto-Haushaltseinkommen halten sie, unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Umstände für sehr niedrig? („very bad“) niedrig? („bad“) nicht ganz ausreichend? („insufficient“) ausreichend? („sufficient“) gut? („good“) sehr gut? („very good““ (Krämer 1997:20)

Mindesteinkommensfrage basiert, bei der angegeben werden soll, welches Minimaleinkommen der Haushalt für ein menschenwürdiges Leben braucht⁴ (Andreß 1999; Krämer 1997). Einen weiteren Zugang stellt der CSP-Ansatz (Center for Social Policy at Antwerp University) dar. Bei diesem wird auch die Mindesteinkommensfrage zugrundegelegt, aber zusätzlich erhoben, wie der Haushalt mit seinem tatsächlichen Einkommen zurechtkommt. Dadurch sollen diejenigen Haushalte identifiziert werden, die sich selbst nahe am Existenzminimum befinden, da diesen mehr Kompetenz in der Beurteilung darüber, was notwendig ist, unterstellt wird. (Andreß 1999)

Ein weiterer Zugang besteht darin, bei den Befragten das Vorhandensein oder Fehlen von notwendigen Bedarfsgegenständen zu erheben. Hauser bezeichnet diesen Zugang als „[...] *Operationalisierung einer Lebenslagendefinition der relativen Armut ohne den Umweg über eine am Einkommen anknüpfende Armutsdefinition*“ (Hauser 2008:105). Dabei wird den Befragten eine Liste mit Bedarfsgegenständen vorgelegt, aus der sie wählen können, welche Dinge sie als (lebens-)notwendig einstufen. Zusätzlich wird erhoben, welche Gegenstände sie aus dieser Liste besitzen und ob sie diese nicht besitzen, weil sie sich diese nicht leisten können oder aus einem anderen Grund. Bei einer Studie dieser Art von Mack und Lansey (1985) wurden Haushalte dann als arm eingestuft, wenn drei oder mehr dieser Gegenstände (aus finanziellen Gründen) fehlten. Problematisch ist dabei, dass bei dieser Vorgehensweise nicht berücksichtigt wird, dass manche Personen angeben, sich notwendige Dinge nicht leisten zu können – sich aber andere Dinge, die nicht auf der Liste zu finden sind, schon leisten (können). (Piachaud 1992) Das führt Piachaud zufolge zur Problematik der Bestimmung des Spielraumes für „nicht-notwendige“ Gegenstände. Neuere Studien zu dieser Forschungsmethode im deutschsprachigen Raum werden insbesondere von Andreß und Lipsmeier vorangetrieben (vgl. z.B.: Andreß et al. 2004; Andreß/ Lipsmeier 1995, 1999; Lipsmeier 1999). Auf ihre Lebensstandardmessung wird in Teil A, Kapitel 1.4.4.2 näher eingegangen.

⁴ Die Frage lautet wörtlich: „Was glauben Sie ist das minimale Einkommen, das Ihr Haushalt für ein menschenwürdiges Leben braucht?“ (Krämer 1997:17)

An beiden Zugängen (notwendiges Einkommen bzw. Bedarfsgegenstände) ist kritisierbar, dass die Ergebnisse durch Reaktionen auf die Erhebung möglicherweise verzerrt werden. Außerdem führt diese Methode der Bestimmung einer Armutsgrenze dazu, dass die Mehrheit der „Nicht-Armen“ für die Minderheit der Armen bestimmt, was als Minimum anzusehen ist, also darüber womit sich die Armen zu „begnügen“ haben. (Piachaud 1992) Weick (1999) führt als weiteren Kritikpunkt an, dass zwar die oft umstrittenen Urteile von ExpertInnen mit der subjektiven Armutsmessung umgangen werden, jedoch die Validität dieser Methode bezweifelt wird. Ludwig-Mayerhofer und Barlösius (2001) zweifeln überhaupt an, ob es sich bei subjektiv erhobenen Armutsgrenzen um die „tatsächliche“ Einschätzungen der Bevölkerung bzw. Bevölkerungsmehrheiten handelt, da die Frageformulierungen oder Listen von Bedarfsgegenständen Ergebnisse der Konstruktionsleistungen von Wissenschaftler darstellen.

1.2.2 *Armutsgrenzen nach Einschätzung von ExpertInnen*

Als *typisch für einen Expertenstandard* bezeichnet Hauser (2008) die Warenkorbmethode. Bei dieser wird von ExpertInnen festgelegt, wie viel Geld ein Haushalt für bestimmte (notwendige) Güter und Dienstleistungen, wie Essen, Bekleidung, Wohnen, Strom, Heizen usf. ausgeben muss. Prinzipiell kann sich ein solcher Warenkorb auf ein physisches aber auch auf ein soziokulturelles Existenzminimum beziehen. (Hauser 2008; Piachaud 1992) Da den Warenkorbstandards ein eigenes Kapitel gewidmet ist, wird an dieser Stelle nicht weiter auf sie eingegangen.

Auch die Definition Einkommensarmut als bestimmter Prozentanteil vom Durchschnittseinkommen der Bevölkerung wird von ExpertInnen vorgenommen, wobei diese Grenzen auch politisch bestimmt sein können. So wurde beispielsweise die EU-weit gültige Armutsgrenze von 60% des Medianeinkommens politisch bestimmt, die Beschlüsse dafür wurden jedoch auf Grundlage von wissenschaftlichen Vorarbeiten getätigt. (Hauser 2008)

1.2.3 Politische Armutsgrenzen

Neben der gerade erwähnten (auch) politischen Armutsgrenze, leiten sich diese Grenzen aus staatlich festgesetzten Mindesteinkommen (unterhalb derer Unterstützungsansprüche bestehen), wie Leistungssätzen der Sozialhilfe ab (Andreß 1999; Jacobs 2000; Piachaud 1992). Wobei Piachaud (1992) weiter anführt, dass auch andere Maßstäbe wie Mindestrenten oder steuerliche Bemessungsgrenzen als Grundlage verwendet werden können. In Westdeutschland wurde bis in die 1980er Jahre für die Ermittlung der Regelsätze der Sozialhilfe die Warenkorbmethode verwendet (Hauser 2008), was wiederum darauf hinweist, dass die politischen Armutsgrenzen eng mit den Urteilen von ExpertInnen verbunden sind. Welche Vor- und Nachteile damit verbunden sind, die Sozialhilfeschwelle als Armutsgrenze zu verwenden, wird in Teil A unter 1.4.1.2 dargestellt.

1.3 Betrachtungsperspektiven im Überblick

Wiewohl einige von den folgenden Möglichkeiten Armut einzuteilen bzw. zu erfassen bereits erwähnt wurden, sollen sie und weitere hier noch einmal kurz systematisch dargestellt werden.

Wie in der Beschreibung der ressourcenbezogenen und der im weitesten Sinne an Lebenslagen orientierten Konzepten hervorgegangen ist, kann Armut auf materielle Aspekte beschränkt bleiben oder aber um immaterielle Aspekte erweitert werden. Zwar sind immaterielle Aspekte wie z.B. (Aus-)Bildungsgrad oder auch soziale Kontakte auf finanzielle Ressourcen rückführbar allerdings nicht reduzierbar, weshalb diese Unterscheidung wichtig sein kann. (Dietz 1997; Hauser/ Neumann 1992; Jacobs 2000)

Eine weitere Differenzierung wurde mit der Darstellung der Armutsgrenzen eingeführt: subjektive und objektive Armutsgrenzen, zu denen politische und auf Expertenmeinung beruhende Grenzen gezählt werden. Wobei an dieser Stelle betont werden muss, dass objektiv nicht ganz die richtige Bezeichnung ist, da auch ExpertInnen und PolitikerInnen Werturteile fällen und Teil der Gesellschaft

sind, für die sie Maßstäbe setzen. (Andreß 1999; Hauser 2008; Piachaud 1992) Piachaud merkt in diesem Zusammenhang an, dass die Definition bzw. die Messung von Armut überhaupt nur in dem Sinn objektiv sein kann, indem „[...] sie *explizit, eindeutig und überprüfbar ist und auf einer Verwendung der besten verfügbaren Meßmethoden [sic!] beruht*“ (Piachaud 1992:66).

Armut kann durch unterschiedlichste Indikatoren beschrieben werden, die diese entweder direkt oder indirekt messen. Unter indirekten Indikatoren werden individuelle, haushaltsbezogene oder externe Ressourcen verstanden, wie z.B. Einkommen oder Vermögen, über die Individuen verfügen. Diese Ressourcen nutzen sie zur Befriedigung bestimmter Bedürfnisse und zur Erzeugung eines bestimmten Lebensstandards. Dieser erzielte Lebensstandard wird durch direkte Indikatoren gemessen (wie z.B. Haushaltsgeräte in einer Wohnung). (Andreß 1999)

Die folgende Betrachtungsweise entspricht im Grunde den direkten und indirekten Indikatoren: Das Zentrieren des möglichen Lebensstandards im Unterschied zum tatsächlich realisierten Lebensstandard. Diese Unterscheidung tritt vor allem bei den Ressourcenkonzepten im Vergleich zu den an der Lebenslage anknüpfenden Konzepten hervor: Bei den ressourcenbezogenen Ansätzen ist es nur möglich, den potentiellen Lebensstandard zu betrachten; wie das Einkommen verwendet wird bzw. ob es ausreichend ist, um einen normalen Standard⁵ zu halten, ist dabei nicht von Interesse. Im Gegensatz dazu, steht bei Lebenslagekonzepten aber auch bei Konzepten, die den Lebensstandard messen, die tatsächliche Versorgungslage im Mittelpunkt. (z.B. Andreß/ Lipsmeier 1995; Eiffe/ Heitzmann 2006; Jacobs 2000)

Vom rein monetären Blickwinkel aus wurde bisher nur das Einkommen behandelt. Einen weiteren wichtigen Aspekt bilden aber auch die (Konsum-)Ausgaben. Dabei werden die Strukturen des privaten Verbrauchs näher betrachtet und oftmals dem

⁵ Was einem normalen Standard entspricht, hängt von der jeweiligen Definition ab.

Einkommen gegenübergestellt. Die Konsumausgaben privater Haushalte werden als Ergebnis von Entscheidungen gesehen, die auf der Grundlage von Bedarf, Präferenzen und ökonomischen Ressourcen getroffen werden. Daraus wird gefolgert, dass sich in den Konsumausgaben sowohl soziale Ungleichheiten als auch kulturelle Unterschiede manifestieren. Mit diesem Blickwinkel soll die herkömmliche, auf Einkommen reduzierte Betrachtungsweise um die Ausgaben- und Verwendungsseite ergänzt und erweitert werden. Insbesondere weil sich Einkommen und Ausgaben nur teilweise entsprechen und sich dieser Umstand auf die Beurteilung des Lebensstandards auswirkt. (Noll 2005; Noll/ Weick 2006, 2007) Dieser Ansatz wird im nächsten Kapitel aber noch näher dargestellt (vgl. Teil A, Kapitel 1.4.4.2).

1.4 Exemplarische Darstellung zentraler Armutsansätze

1.4.1 Ressourcenansatz

Der Ressourcenansatz ist innerhalb des relativen Armutsverständnisses zu verorten und ist auf materielle Aspekte beschränkt. Berücksichtigung finden monetäre Ressourcen wie Einkommen, staatliche Transferleistungen, teilweise Vermögenseinkünfte etc.. Die Armut(sschwelle) wird dabei hauptsächlich über zwei Konzepte bestimmt: Die relative Einkommensarmut und den Bezug der Sozialhilfe bzw. das Recht dazu. (Alisch/ Dangschat 1998; Eiffe/ Heitzmann 2006; Hauser/ Neumann 1992) Bei beiden Sichtweisen des Ressourcenansatzes wird die potentielle Versorgungslage berücksichtigt und nicht die tatsächliche (Eiffe/ Heitzmann 2006). Zu Armut führt dabei ein Mangel an Ressourcen, die zur Erreichung eines sozioökonomischen Existenzminimums notwendig wären(Hauser/ Neumann 1992).

1.4.1.1 Relative Einkommensarmut

Das Einkommen ist Ludwig-Mayerhofer und Barlösius (2001:20f.) zufolge die am häufigsten verwendete Operationalisierung von Armut, da Geld ein „*generalisiertes Tauschmedium*“ ist und daher den Zugang zu und die Versorgung mit so gut wie allen Gütern ermöglicht.

Beim Konzept der Einkommensarmut wird Armut indirekt gemessen – es wird also davon ausgegangen, dass Personen, mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze nicht die Möglichkeit haben, einen als Minimum erachteten akzeptablen Lebensstandard zu realisieren (Groh-Samberg/ Goebel 2007).

Grundsätzlich wird bei diesem Armutsmaß so vorgegangen, dass das Haushaltseinkommen auf das durchschnittliche⁶ nationale Einkommen aller Haushalte bezogen wird (Dietz 1997). Von relativer Einkommensarmut wird im allgemeinen dann gesprochen, wenn das gewichtete Durchschnittseinkommen innerhalb einer bestimmten Gesellschaft einen gewissen Anteil – der als Einkommensarmutsgrenze bezeichnet wird – unterschreitet (Hauser/ Neumann 1992). Hauser (2008) grenzt diese Definition auf Personen mit „normalen“⁷ Bedürfnissen ein.

Grundlage der Berechnung der relativen Einkommensarmut ist stets das Haushaltseinkommen, bei dem einerseits (staatliche) Transferleistungen berücksichtigt werden, aber auch Personen, die kein eigenes Einkommen haben, aber im Haushalt leben und am Haushaltseinkommen partizipieren (wie z.B. Hausfrauen/-männer). Um die Armutgefährdung einzelner Personen und nicht der Haushalte als Ganzes darstellen zu können, wird nicht das einfache Pro-Kopf-Einkommen verwendet, also das Haushaltseinkommen dividiert durch alle Haushaltsmitglieder, sondern das gewichtete Äquivalenzhaushaltseinkommen oder kurz das Äquivalenzeinkommen. Dabei werden den einzelnen Haushaltsmitgliedern entsprechend ihrem Alter Bedarfsgewichte zugeteilt. Diese werden anschließend summiert und das Haushaltseinkommen dadurch dividiert. Das gewichtete Pro-Kopf-Haushaltseinkommen wird verwendet, weil davon ausgegangen wird, dass es durch das gemeinsame Wirtschaften im Haushalt zu Einsparungen kommt (economies of scale) und Kinder geringere Bedürfnisse

⁶ In der gängigen Forschungspraxis finden dabei sowohl Median als auch arithmetisches Mittel Verwendung.

⁷ Vom Personenkreis mit „normalen“ Bedürfnissen schließt er Menschen mit besonderen generell anerkannten Bedürfnissen, wie Behinderung, Suchtabhängigkeit, Pflegebedürftigkeit u.ä. aus.

haben. (Hauser 2008; Ludwig-Mayerhofer/ Barlösius 2001) Prinzipiell ist durch das Äquivalenzeinkommen ein Wohlstandsvergleich von Haushalten unterschiedlicher Größe, Zusammensetzung und Einkommen möglich (Jacobs 2000).

Die Entscheidung, welche Äquivalenzskala⁸ für die Analyse verwendet wird, ist von großer Bedeutung, weil davon einerseits die Armutsquoten der Gesamtbevölkerung als auch gruppenspezifische Armutsquoten abhängen: Wenn für weitere Haushaltsmitglieder geringe Gewichte verwendet werden, verschiebt sich die Armutsgefährdung mehr zu Ein-Personen-Haushalten – werden hingegen höhere Gewichte für weitere Haushaltsmitglieder, insbesondere Kinder, verwendet gelten vermehrt Mehrpersonenhaushalte als armutsgefährdet. (Hauser 2008)

Als (einkommens-)arm bzw. armutsgefährdet gelten dann Personen, deren Einkommen 40, 50 oder 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens unterschreitet. Für die Auswahl dieser Einkommensgrenzen, die zwischen arm und nicht-arm unterscheiden, gibt es keine wissenschaftlich begründeten Kriterien – es handelt sich dabei um eine rein normative Entscheidung. (Alisch/ Dangschat 1998; Hauser/ Neumann 1992)

Bei dieser Methode der Armutsmessung, werden vier Annahmen zugrunde gelegt, da die Aufteilung des Konsums innerhalb eines Haushaltes nur schwer erfassbar ist: Erstens die Pool-Annahme, welche davon ausgeht, dass sämtliche Einkommen aller Haushaltsmitglieder zur Gänze in einen gemeinsamen Topf fließen, aus dem die Bedürfnisse aller Haushaltsmitglieder abgedeckt werden. Zweitens wird von einer Wohlfahrtsgleichverteilung ausgegangen, d.h. davon, dass alle Haushaltsmitglieder am Haushaltseinkommen gleichermaßen partizipieren. Drittens die bereits erwähnten Annahmen der „economie of scale“, also Einsparungen, die sich durch das gemeinsame Wirtschaften im Haushalt und durch die geringeren Kosten von Kindern ergeben. Viertens wird vom gleichen

⁸ Eine Darstellung unterschiedlicher Äquivalenzskalen gibt Hauser (2008).

ethischen Wert aller Haushaltsmitglieder ausgegangen; es werden also Personen und nicht Haushalte als Untersuchungseinheiten zugrunde gelegt. (Hauser 2008)

Inhaltlich ist an der einkommensbasierten Armutsmessung vor allem die implizit gemachte Annahme der Wohlfahrtsgleichverteilung kritisierbar. Zwar kann nicht wirklich festgestellt werden, in welchem Ausmaß davon abgewichen wird, aber dennoch ist es Ludwig-Mayerhofer/Barlösius (2001:22) zufolge nicht ohne weiteres möglich, dies einfach zu unterstellen. In diesem Zusammenhang erwähnen sie (qualitative) Studien, in denen geschiedene Frauen berichten, dass sie in ihrer ‚(Versorger-)Ehe‘ finanziell in einer schlechteren Lage waren als danach als Sozialhilfeempfängerinnen. Die Möglichkeit des Nicht-Zutreffens der Wohlfahrtsgleichverteilungsannahme lässt gleichzeitig darauf schließen, dass auch die Pool-Annahme nicht zutreffend sein muss. (Ebd.)

Als problematisch erweist sich außerdem Berechnung der Äquivalenzeinkommen. Ludwig-Mayerhofer/Barlösius (2001) kritisieren daran vor allem, dass die verwendeten Gewichte oft ohne Begründung gewählt werden. Außerdem bemängeln sie, dass sich die Gewichtung ausschließlich auf das Alter bezieht und somit unterschiedliche Bedarfe, wie sie z.B. aufgrund von Krankheit oder Behinderung entstehen, nicht berücksichtigt. Was bei der Gewichtung auch nicht berücksichtigt wird sind Bedarfe, die mit dem sozialen oder sozioökonomischen Kontext verbunden sind: So wird beispielsweise der Wohnort, der sich auch in den Mietpreisen widerspiegelt nicht berücksichtigt. Die Frage wie viel einer Person nach Abzug der Miete zur Deckung ihrer sonstigen Bedarfe bleibt, wird somit ausgeblendet. (Ebd.) Dies entspricht auch der Auffassung Hausers (2008), der anmerkt, dass die Einkommensarmutsgrenze im Grunde nur für Menschen mit „normalen“ Bedürfnissen gültig ist, d.h. dass Armut für Personen mit besonderen, generell anerkannten Bedürfnissen, wie Behinderung, Suchtabhängigkeit oder Pflegebedürftigkeit nicht zutreffend erfasst werden kann.

Etwas prinzipieller gefasst ist die Kritik Jacobs (2000), der bemängelt, dass die Prozentsätze anhand derer die Armutsgrenzen festgesetzt werden, im Grunde

nichts darüber aus sagen, ob man mit diesem Einkommen auch auskommen kann. Daraus kann man einerseits einen Bezug dazu herstellen, dass nur die potentielle und nicht die tatsächliche Versorgungssituation einer Person erfasst wird und andererseits, dass nicht einmal bei der potentiellen Versorgungssituation abgeklärt wird, ob damit wirklich auszukommen wäre oder nicht. Piachaud (1992) bezweifelt in diesem Kontext überhaupt, ob diese Methode geeignet ist um Armut zu messen – viel mehr sieht er sie als Indikator für soziale Ungleichheit, da sie keine Bedarfe abbildet.

Abgesehen von den inhaltlichen Mängeln und Problemen ist die Definition von Armut über das Einkommen aus messtheoretischer Sicht problematisch: Die Einkommensfrage unterliegt einerseits hohen Antwortverweigerungsquoten und andererseits treten aus unterschiedlichsten Gründen Messfehler auf: Befragte vergessen schlichtweg Angaben zu einigen Einkommensbezügen zu machen oder tun dies bewusst (Schattenwirtschaft). (Noll/ Weick 2005b) Zusätzlich erweist sich die Einbeziehung von Vermögenswerten als schwierig (Hauser 2008).

1.4.1.2 Sozialhilfeschwelle

Die Sozialhilfeschwelle entspricht einer politischen Armutsgrenze, da staatlich bestimmt wird, ab wann ein Anspruch auf Sozialhilfe besteht. Als arm gelten Personen bei dieser Definition, wenn sie einen Anspruch auf Sozialhilfe haben. (Jacobs 2000) Das Ziel der Sozialhilfe ist es Badelt und Österle zufolge (2001) die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen. Auch in Deutschland war mit der Sozialhilfe ein Ziel in diesem Sinne verbunden (Dietz 1997). Ein Unterschreiten der Sozialhilfeschwelle hätte demnach zur Folge, dass ein menschenwürdiges Leben nicht mehr möglich wäre – daher wird in der Politik auch der Begriff ‚bekämpfte‘ Armut verwendet: Wer Sozialhilfe bezieht, kann innerhalb dieser Logik als nicht-arm gelten. Das führt des Weiteren dazu, dass Armut überhaupt nicht mehr als existent betrachtet werden kann: Wer Sozialhilfe bezieht, ist nicht mehr arm und wer keinen Anspruch hat (obwohl er mit seinem Einkommen unter der Grenze liegt) oder sie nicht bezieht schon gar nicht. Als Gegenpol zur ‚bekämpften Armut‘, beschreibt der Begriff der ‚verdeckten Armut‘ (oder ‚latente Armut‘) die Situation, in der Menschen zwar Anspruch auf Sozialhilfe

hätten, diesen aber aus unterschiedlichsten Gründen nicht wahrnehmen. (Alisch/ Dangschat 1998) Dietz (1997) bezeichnet diese Begriffe als „*terminologischen Reflex auf spezifische staatliche Sachverhalte im Umgang und in der Fehleinschätzung von Armut im Wohlstand*“ (Dietz 1997:92). Trotz der staatlichen „Beschönigung“ mit dem Begriff der ‚bekämpften Armut‘ werden im wissenschaftlichen Diskurs Personen als arm bezeichnet, die Sozialhilfe beziehen (Alisch/ Dangschat 1998; Hauser/ Neumann 1992).

Die Kritik dieses Konzeptes ist auf zwei unterschiedlichen Ebenen anzusetzen. Zunächst setzt sie an der Umsetzung bzw. Datengrundlage an: Alisch und Dangschat (1998) bezeichnen es als ‚*praktisch*‘ die Sozialhilfeschwelle zu verwenden, weil dazu (staatliche) Statistiken geführt werden. Diese Statistiken werden jedoch nur über die Bezieher der Sozialhilfe und nicht über alle Anspruchsberechtigten geführt. Das bedeutet also, dass nur ein Teil der Berechtigten als arm definiert wird und Armut somit unterschätzt wird. Die Schätzungen der Nicht-Inanspruchnahme schwanken in Österreich (Badelt/ Österle 2001) zufolge zwischen 100% und 240% der tatsächlich Berechtigten. Somit fällt gleichzeitig der als positiv beschriebene Aspekt dieses Konzeptes weg: Die existierenden Statistiken sind nicht wirklich brauchbar, da sie ja nur die ‚*bekämpfte*‘ Armut darstellen. Potentiell Anspruchsberechtigte kommen darin nicht vor.

Die andere Ebene, an der die Kritik ansetzen kann, ist grundsätzlicher. Die Sozialhilfe unterliegt dem Fürsorgeprinzip, was bedeutet, dass kein Rechtsanspruch auf Gewährung besteht. Die Leistung ist individualisiert (Prinzip der Individualisierung der Leistung)⁹, was dazu führt, dass in der Struktur der Sozialhilfegesetze weitreichende Handlungs- und Ermessungsspielräume der Ausführenden angelegt sind. Außerdem ist die Sozialhilfe Länder- und nicht Bundessache. (Badelt/ Österle 2001) Das führt dazu, dass Armut somit nicht generell definiert wird, sondern bei verschiedenen Personen von

⁹ Die Leistungen werden im Einzelfall festgelegt, wobei besondere individuelle Verhältnisse berücksichtigt werden.

unterschiedlichsten Faktoren abhängig ist. So könnte, überspitzt formuliert, die Willkür einzelner BeamtInnen darüber entscheiden, ob jemand als arm eingestuft wird oder nicht, weil sein/ihr Sozialhilfebezug von der Einschätzung dieser Person abhängt. Armut ist im Sozialhilfekonzent abhängig von subjektiven und unstandardisierten Einschätzungen einzelner Personen und von den unterschiedlichen Gesetzen einzelner Bundesländer.

1.4.2 *Strukturen des privaten Verbrauchs*

Der Konsum von Gütern und Dienstleistungen wird in der ökonomischen Theorie als zentrale Quelle der individuellen Wohlfahrt gesehen. Der Erwerb dieser hat aber nicht nur einen Gebrauchswert, sondern auch symbolische und soziale Funktionen. Das Niveau sowie Art und Qualität des Konsums bilden Determinanten des sozialen Prestiges und Status und spielen daher eine wesentliche Rolle für die Lebensstile (ihre Entstehung und Darstellung). Die Soziologie des Konsums hat sich Noll und Weick zufolge in den letzten Jahren hauptsächlich mit den symbolischen und sozialen Funktionen des Erwerbs von Gütern und Dienstleistungen beschäftigt, die ‚ordinary consumption‘¹⁰, auf die der größte Anteil aller Ausgaben fällt, jedoch vernachlässigt. (Noll/ Weick 2006) Diesem Aspekt des Konsums widmen sich Noll und Weick in mehreren Studien (z.B. Noll/ Weick 2005a, 2005b, 2006, 2007).

Als Ausgangspunkt der Betrachtung von Ausgaben im Gegensatz zu Einnahmen, nehmen Noll und Weick die Fachdiskussion, in der umstritten ist, inwiefern das Einkommen geeignet ist um den Lebensstandard zu bestimmen. Sie stützen sich auf die Meinung von ExpertInnen, dass die Konsumausgaben¹¹ oftmals ein besserer Indikator für Lebensstandard und Wohlstand sind. (Noll/ Weick 2007)

¹⁰ “(...) a great deal of consumption in fact takes place inconspicuously as a part of the ordinary, everyday decision-making of millions of individual consumers. ›Ordinary‹ consumption (...) is not oriented particularly towards individual display. Rather it is about convenience, habit, practice, and individual responses to social norms and institutional contexts” (Jackson/ Michaelis 2003:31, zit. nach Noll/ Weick 2006:407).

¹¹ Als Konsumausgaben der privaten Haushalte definieren sie „[...] Ausgaben der Haushalte für Güter und Dienstleistungen, die auf dem Markt nachgefragt werden“ (Noll/Weick 2005:1).

Argumente für die Verwendung von Ausgaben statt Einnahmen sind¹²: Konsumausgaben sind teilweise ein zuverlässigerer Indikator für den Lebensstandard, weil diese im Zeitverlauf geringeren Schwankungen unterliegen als das Einkommen. So schwankt dieses oftmals bei selbstständigen oder erwerbstätigen Personen, die (möglicherweise nur kurzfristig) in die Arbeitslosigkeit geraten. (Noll/ Weick 2006) Die Erfassung der (laufenden) Einkommen ist oftmals „unscharf“, da teilweise vergessen wird, Geldgeschenke oder privat geborgtes Geld anzugeben bzw. werden Einkünfte aus der Schattenwirtschaft systematisch nicht erfasst. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden Einkünfte aus Kreditaufnahmen oder Vermögensauflösungen. Diese Einnahmen scheinen aber bei der Betrachtung der Konsumausgaben, für die sie aber doch verwendet werden, auf (Noll/ Weick 2005b, 2007).

Im Zentrum ihrer Analysen steht „[...] die Frage, wie sich die Verteilungen von Haushaltseinkommen und -ausgaben unterscheiden und welche Konsequenzen sich aus der Wahl einer einkommens- oder ausgabenbasierten Betrachtung für die Diagnose von Ausmaß, Struktur und Entwicklung der Ungleichheit und relativen Armut ergeben“ (Noll/ Weick 2007:1). Sie untersuchen in ihren Veröffentlichungen unterschiedliche Aspekte von Einkommen(sarmut) bzw. Ausgaben(armut). So analysieren sie die Relation von Einkommen und Ausgaben und wie sich deren Verteilungen¹³ im Zeitverlauf entwickelt haben bzw. unterscheiden. Des weiteren versuchen sie festzustellen, welche Auswirkung es für Niveaus, Trends und Strukturen der relativen Armut hat, wenn die eine oder die andere Perspektive verwendet wird. Klären wollen sie außerdem, wodurch die Differenz zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten erklärt werden kann. Zusätzlich wollen sie die Unterschiede im Lebensstandard der durch Einnahmen bzw. Ausgaben definierten Armenpopulationen aufzeigen. Wichtig ist ihnen außerdem die Frage, wie sich die Strukturen der Konsumausgaben im Zeitverlauf ändern bzw. wie sich diese zwischen ärmeren und wohlhabenderen Haushalten unterscheiden. (Noll/ Weick 2005a, 2007)

¹² Zusammengefasst aus unterschiedlichen Studien der beiden.

¹³ Gemessen anhand von zusammenfassenden Ungleichheitsmaßen.

Ein wichtiges Argument für die Verwendung der ausgaben- statt der einkommensorientierten Armutsmessung bilden die Differenzen zwischen den Angaben zum Einkommen und denen zu den Konsumausgaben. Daher werden zunächst mögliche Ursachen für diese Differenzen dargestellt, die Noll und Weick (2007) zufolge in der ökonomischen Literatur und entsprechenden empirischen Forschung genannt werden: Einkommen und Ausgaben können sich einerseits dadurch unterscheiden, dass nicht das gesamte Einkommen ausgegeben, sondern gespart wird und andererseits dadurch, dass Konsumausgaben nicht mit dem aktuellen Einkommen getätigt werden, sondern mit Hilfe anderer Quellen. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass es bei der Erhebung von Einkommen zu anderen Messfehlern kommen kann, als bei der Erhebung von Ausgaben. Schließlich kann es wie bereits erwähnt passieren, dass bestimmte Arten von Einkommen (private Transfers, „Schattenwirtschaft“, Vermögensauflösungen, Kredite) in Erhebungen nicht als solche deklariert werden, bei den Konsumausgaben, für die sie dennoch verwendet werden, aber aufscheinen. (Noll/ Weick 2007)

Als Datengrundlage verwenden Noll und Weick Mikrodatenfiles der deutschen Einkommens- und Verbraucherstichproben aus verschiedenen Jahren. Um die Verteilungen im unteren Einkommensbereich darzustellen berechnen sie Armutsquoten (weniger als 50% bzw. 60% des Medians) die auf den Äquivalenzeinnahmen bzw. -ausgaben beruhen und stellen sie einander gegenüber und untersuchen sie auch nach bestimmten Merkmalsgruppen¹⁴. Dabei stellen sie erhebliche Diskrepanzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten fest: Die Einkommensarmut ist deutlich höher als die Ausgabenarmut. Noll und Weick (2007) schließen daraus, dass Einkommensarme ihren Lebensstandard verbessern, indem sie Ausgaben tätigen, die nicht durch das laufende Einkommen bestritten werden. Dabei vermuten sie, dass diese „Finanzierung“ durch Verschuldung, das Aufbrauchen von Ersparnissen oder durch nicht deklarierte Einkommen erfolgt. Letzteres können sie mit den vorhandenen Daten nicht nachweisen. Ihre Ergebnisse deuten aber

¹⁴ Wie z.B. nach Altersgruppen, Geschlecht, Haushaltsform etc.

darauf hin, dass das Aufbrauchen vorangegangener Ersparnisse bzw. die Auflösung von Vermögenswerten eine Schlüsselrolle spielen, „[...] wenn es darum geht, das ‚overspending‘¹⁵ von einkommensschwachen Haushalten und damit auch Diskrepanzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten aufzuklären“ (Ebd.:4).

Eine wichtige Erkenntnis bezieht sich auf die Verwendung des Einkommens. So entsprechen ca. zwei Drittel des gesamten Verbrauchs einkommensschwacher Haushalte den Ausgaben für die Grundbedürfnisse Wohnen, Ernährung und Bekleidung, während diese Aufwendungen bei den wohlhabendsten¹⁶ Haushalten weniger als 50% ausmachen. (Noll/ Weick 2005a) Untere Einkommensgruppen geben also einen deutlich höheren Anteil des Budgets für Grundbedürfnisse aus als höhere Einkommensgruppen (Noll/ Weick 2006). Da der Ausgabenanteil für Kommunikation mit steigendem Einkommen (wie Wohnen und Ernährung) sinkt und die Ausgaben dafür von Personengruppen mit niedrigerem Einkommen nicht ganz heruntergefahren werden, sondern nur bis zu bestimmten Grenzen dem Budget angepasst werden, weisen Noll und Weick (2006) der Kommunikation den Status eines Grundbedürfnisses zu.

Prinzipiell stellen sie fest, dass Niveau und Struktur der Konsumausgaben abhängig von verschiedenen Faktoren sind, die in engem Zusammenhang stehen. Das sind beispielsweise bedarfsbestimmende Merkmale der sozialen Lage und Struktur des Haushaltes, Geschmack, Wertorientierungen und Präferenzen der Haushaltsmitglieder sowie verfügbare finanzielle Ressourcen. (Noll/ Weick 2005a)

Die Ergebnisse zeigen, dass nicht alle Einkommensarmen auch ausgabenarm sind und einen niedrigen Lebensstandard haben. Aber die laufenden Einkommen reichen oft nicht aus, um den Bedarf zu decken. Ein Teil der Einkommensarmen

¹⁵ Das Phänomen mehr für den Konsum auszugeben, als Einkommen bezogen wird, wird in der englischsprachigen Literatur als ‚overspending‘ bezeichnet.

¹⁶ Hier ist anzumerken, dass in den Stichproben Haushalte mit einem Einkommen über 25.000 DM (im Jahr 1983), 35.000 DM (in den Jahren 1993 und 1998) bzw. 18.000 Euro (im Jahr 2003) nicht enthalten sind (Noll/ Weick 2007).

verfügt also (noch) über Reserven, um die oftmals kurzfristige Einkommensarmut zu überbrücken und den Lebensstandard zu halten. (Noll/ Weick 2007)

Außerdem stellen sie fest, dass die Definition der Armutsgrenze und die Verwendung unterschiedlicher Äquivalenzskalen einen starken Einfluss auf das Ausmaß des Anteils der armutsgefährdeten Bevölkerung und deren Struktur hat (Noll/ Weick 2005b).

Kritisierbar ist an diesem Konzept, dass Noll und Weick davon ausgehen, dass zwar bei den Angaben zum Einkommen bestimmte Aspekte von den Befragten verschwiegen oder vergessen werden, nicht aber bei den Angaben zu den Ausgaben. Grundsätzlich lässt sich auch eine Erhebung zu Einnahmen so detailliert durchführen, sodass nicht unbedingt etwas vergessen wird. Einnahmen aus der Schattenwirtschaft werden immer ein Problem darstellen – es muss aber erst erforscht werden, ob die Befragten die Ausgaben, die sie mit diesem Geld getätigt haben, wirklich angeben. Auch könnte mit diesem Ansatz die Armut verharmlost werden. Zwar haben nicht alle Einkommensarmen einen niedrigen Lebensstandard und können kurzfristige Engpässe überbrücken, aber soll dies das Ziel einer Gesellschaft sein? Ersparnisse oder Vermögenswerte auflösen und Kredite aufnehmen um nicht in Armut zu versinken? Täuscht dies nicht nur eine Zeit lang darüber hinweg, dass Armut existiert?

Noll und Weick (2006) selbst merken als Kritik an, dass es zu einer Über- oder Unterschätzung des Lebensstandards kommen kann, wenn nur die Ausgaben zur Analyse von Armut verwendet werden, da freiwilliger Konsumverzicht oder Verschuldung vorliegen kann.

1.4.3 *Warenkorbstandards*

Hauser zufolge ist die Warenkorbmethode typisch für einen Expertenstandard (also die Festlegung einer Armutsgrenze durch die Einschätzung von ExpertInnen), da ExpertInnen festlegen „[...] *welche Gütermengen eine Person in*

einer Periode braucht, um ein Existenzminimum zu erreichen. Dieses Güterbündel wird dann mit Preisen bewertet, um eine Basis für einen in Geldeinheiten ausgedrückten Mindestbedarf zu erhalten“ (Hauser 2008:103). Des Weiteren weist er darauf hin, dass sich Varianten dieser Methode ergeben, indem der Gesamtbetrag mit Hilfe eines Multiplikators und dem physiologisch erforderlichen Mindestnahrungsbedarf festgesetzt wird. Dieser Multiplikator kann entweder an den Ausgabenstrukturen der unteren Einkommensschichten orientiert sein oder frei gesetzt werden. Prinzipiell kann die Warenkorbmethode sich sowohl auf ein absolutes als auch ein soziokulturelles Existenzminimum beziehen. Bis Mitte der 1980er Jahre diente diese Methode als Grundlage für die Sozialhilfesätze in Westdeutschland. (Hauser 2008)

Bei Warenkorb- und Haushaltsbudgetstandards sind also die Ausgaben des Haushaltes für bestimmte Dinge wie Nahrung, Kleidung, Wohnen, Heizung etc. die Grundlage einer Armutsgrenze, wobei von ExpertInnen festgesetzt wird, was notwendig ist und was der Haushalt dafür maximal ausgeben soll. (Piachaud 1992)

Ein wichtiges Beispiel der Anwendung dieses Ansatzes sind Rowntrees Studien über Armut und Lebensbedingungen in York (Rowntree 1901). Sein Ansatz wird daher im Folgenden kurz dargestellt. Grundlage des Ansatzes ist die Ermittlung von berechenbaren Größen, um ein physisches Existenzminimum festzusetzen. Dieses beruht auf Unterversorgungen in den Bereichen Nahrung, Kleidung und Obdach mit gesundheitlichen Risiken. (Dietz 1997)

Er definiert Armut nicht als Lebensstandard sondern als Überlebensstandard, wobei er zwischen primärer und sekundärer Armut unterscheidet. ‚Primäre Armut‘ bezieht sich dabei auf die Einkommenslage von Familien, deren Einkommen nicht ausreicht, um die Überlebensgrenze (*„maintenance of merely physical health“*) nicht zu unterschreiten bzw. die ‚Aufrechterhaltung der bloßen physischen Fähigkeit‘ (*„maintenance of merely physical efficiency“*) zu sichern. Wenn das Einkommen jedoch prinzipiell ausreicht, um das Überleben zu sichern aber Teile

davon für andere Ausgaben aufgewendet werden und das Geld somit nicht mehr für genügend Nahrung, Bekleidung oder Obdach ausreicht, trifft die Klassifizierung ‚sekundäre Armut‘ zu. Zu diesen anderen Ausgaben zählen u.a. unwirtschaftliches Verhalten und nachlässige Haushaltsführung oder Ausgaben für Trinken oder Wetten. (Dietz 1997:85)

Die Überlebensgrenze definiert er über die Indikatoren Ernährung, Wohnen und Haushaltsartikel (Kleidung, Licht, Brennstoff). Dafür bezieht er ernährungswissenschaftliche Studien ein (Festsetzung der überlebensnotwendigen Nahrung) und ordnet den Nahrungsmitteln entsprechende Preise zu, wobei er einerseits auf einen niedrigen Preis achtet andererseits aber auch auf eine gewisse Nahrungsvielfalt. Die Nahrungsangaben beruhen also auf Expertenurteilen. Im Gegensatz dazu legt er für die Bedarfsbestimmung von Wohnen, Kleidung und Heizen keine Expertenmeinung zugrunde, sondern die Lebensgewohnheiten der armen Bevölkerung. (Piachaud 1992) Aus diesen unterschiedlichen Quellen berechnet er Durchschnittsausgaben¹⁷ für jeden Indikator. Diese bezieht er dann auf verschiedene Bevölkerungsgruppen und Klassen und bestimmt so das relative Ausmaß von Armut (primärer und sekundärer). (Dietz 1997)

Ein weiterer Versuch einen Warenkorb monetär zu beziffern ging von Piachaud (1979) aus, der feststellen wollte, „was ein Kind¹⁸ kostet“. Dabei verwendet er u.a. ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse, bezieht die Haltbarkeit und die Kosten von Kleidung ein und berücksichtigt Ausgaben für Heizung und Taschengeld. Dieser Warenkorb soll eine Teilnahme am „normalen“ gesellschaftlichen Leben ermöglichen. (Piachaud 1992)

Nachteilig erweist sich bei der Warenkorbmethode, dass selbst die notwendige Ernährung nicht für jeden über Durchschnitte ermittelbar ist. Der Kalorienverbrauch bzw. –bedarf einer Person hängt beispielsweise von vielen

¹⁷ Für Ernährung mittels Nährwerttabellen und Preislisten.

¹⁸ In England.

individuellen Faktoren, wie u.a. Körpergewicht, Stoffwechsel und dem Aktivitätsniveau ab. Außerdem stellt die monetäre Bezifferung bestimmter Bedarfsgruppen ein großes Problem dar. Piachaud führt zur Illustration das Beispiel Kartoffeln an und verweist dabei auf das „[...] *Substitutionsverhältnis zwischen Zeitaufwand des Konsumenten und den Kosten des Produktes*“ (Piachaud 1992:69). Wenn einer Person also eine Mindestmenge Kartoffeln zugeordnet wird, ergibt sich das Problem, dass es diese in unterschiedlichsten Zubereitungsstufen¹⁹ gibt, die mit verschiedenen Preisen und Zubereitungskosten verbunden sind. Die „[...] *Eigenleistung des Verbrauchers ist für die Festlegung des Kostenniveaus zentral, also dafür, welcher Preis in einem Budgetbestand für einen Gegenstand anzusetzen ist*“ (Piachaud 1992:69). Es erfordert daher ein Werturteil, welcher Aufwand einer Person zur Zubereitung von Kartoffeln „zugeteilt“ wird. Dieses Prinzip lässt sich auch auf Bekleidung übertragen. (Piachaud 1992)

Diese Erläuterungen zeigen, dass es selbst bei einem Bedarf der allgemein anerkannt wird, äußerst schwierig ist, eine allgemeingültige „Zuteilung“ zu treffen. Noch schwieriger erweist sich diese Aufgabe bei der Bestimmung von anderen, zum Teil umstrittenen Bedarfen, wie z.B. Zigaretten und Alkohol. Ob diese in einen Warenkorb aufgenommen werden sollen, beinhaltet ein Werturteil. Diese beiden Güter sind zwar ungesund, gehören aber trotzdem bei vielen Menschen zum Standard. Wenn beispielsweise Zigaretten nicht in den Warenkorb hineingerechnet werden, wird das Geld vermutlich trotzdem dafür ausgegeben und fehlt bei einer anderen Ausgabe. Dieses Beispiel bezieht sich also auch auf die Problematik der Einkommensverwendung, die auch vor der Bestimmung von Warenkörben nicht „halt macht“.

Ein eindeutiger Vorteil der Warenkorbmethode, liegt darin, dass sie eine gute Möglichkeit bietet festzustellen, ob ein festgesetztes²⁰ Minimum wirklich ausreichend ist. „*Nur durch eine Monetarisierung von Bedarfen oder umgekehrt*

¹⁹ Roh und ungereinigt, geschält und vorgekocht, als Kroketten etc.

²⁰ Z.B. durch eine Armutsgrenze oder eine daran gekoppelte Sozialleistung.

durch Spezifikation, was man mit einer bestimmten Geldsumme kaufen kann, kann man sich einen adäquaten Eindruck der eigentlichen Bedeutung eines Standards machen“ (Piachaud 1992:70). Piachaud bezeichnet sie außerdem als glaubwürdige Methode, „[...] weil ein unvoreingenommener Beobachter dies für das naheliegendste Verfahren halten wird, Armut zu messen“ (Piachaud 1992:68).

1.4.4 Deprivationsansatz

Konzepte der (relativen) Deprivation haben ihren Ursprung in dem von Townsend (1970) entworfenen Unterversorgungskonzept, in dem er die auf das Materielle beschränkte Sichtweise um einen psychosozialen Aspekt erweiterte. Dieser theoretischen Vorformulierung folgte 1979 die empirische Umsetzung in der Studie „*Poverty in the United Kingdom*“. (Böhnke/ Delehey 2001; Dietz 1997; Townsend 1979)

Da das Konzept der relativen Deprivation ursprünglich auf Townsends Ansatz zurückgeht wird dieser im Folgenden kurz dargestellt. Danach wird ein neuerer Ansatz der relativen Deprivation, die Lebensstandardmessung vorgestellt. Dieser wird im deutschsprachigen Raum vor allem von Andreß und Lipsmeier vorangetrieben, die sich explizit auf das Konzept von Townsend beziehen.

1.4.4.1 Relative Deprivation nach Townsend

Als Armut definiert Townsend: *“Individuals, families and groups in the population can be said to be in poverty when they lack the resources to obtain the types of diet, participate in the activities and have the living conditions and amenities which are customary, or are at least widely encouraged or approved, in the societies in which they belong. Their resources are so seriously below those commanded by the average individual or family that they are, in effect, excluded from ordinary living patterns, customs and activities* (Townsend 1979:31, zit. nach Lamei/ Till-Tentschert 2005:349). Ziel ist es dabei Dietz (1997) zufolge, Benachteiligungen, die durch soziale Ungleichheiten entstanden sind, anhand von Standards, die sich am gesellschaftlich Üblichen orientieren, zu identifizieren. Von Bedeutung ist dabei, dass diese Ressourcen nicht auf das Einkommen reduziert werden. In

Townsend's Konzept geht es also nicht nur um das physische Existenzminimum, sondern auch um die materielle und kulturelle Teilhabe am jeweiligen gesellschaftlichen Standard bzw. den Ausschluss auf verschiedenen Ebenen. Diesen beschreibt Townsend folgendermaßen: *„'Relative deprivation' is the absence of those diets, amenities, standards, services and activities which are common or customary in society. People are deprived of the conditions of life which ordinarily define membership of society. If they lack or are denied resources to obtain access to these conditions of life and so fulfill membership of society, they are in poverty. (...) In practise, there is a systematic relationship between deprivation and level of resources”* (Townsend 1979:915, zit. nach Dietz 1997:99).

Um diesen Ausschluss messbar zu machen entwickelte er einen Deprivationsindex, der insgesamt 60 Indikatoren umfasste. Zu den Kategorien zählten *„Ernährung, Kleidung, Haushaltsbedarf und -einrichtungen, Wohnumgebung, allgemeine Bedingungen und soziale Absicherung der Arbeit, Unterhalt der Familie, Erholung, Erziehung, Gesundheit und Sozialbeziehungen“* (Townsend 1979:915, zit. nach Dietz 1997:99). Aus diesen Kategorien wurden folgende Dimensionen entwickelt: *objektive Deprivation* (materielle Benachteiligungen, die durch Standards erfassbar und somit messbar sind, z.B. Einkommensverteilung), *konventionell anerkannte* oder *normative Deprivation* (Benachteiligungen, die gesellschaftlich als solche anerkannt werden (z.B.: Bezug von staatlicher Unterstützung) und *individuell subjektive* oder *Gruppendeprivation* (Gefühle der Benachteiligung in Bezug zum gesellschaftlichen Standard). (Dietz 1997) Zu betonen ist noch, dass Townsend klar unterscheidet zwischen Deprivation und Armut: *„People can experience one or more forms of deprivation without necessarily being in poverty. People with the same resources may display a different relationship to forms of deprivation. And people with fewer resources than others may be much more likely to experience forms of deprivation even when their resources remain considerably above the 'poverty line'“* (Townsend 1987:130 zit. nach Andreß et al. 2004:4; Hervorhebung durch die Autoren) und weiter *„the concept [deprivation] has to be distinguished from poverty“* (Townsend 1987:140 zit. nach Andreß et al. 2004:4) Als Armutsschwelle ('poverty line')

fungiert bei Townsend der Wert an dem mit fallendem Einkommen der Grad der Deprivation disproportional zunimmt (Andreß et al. 2004; Dietz 1997).

Dietz hebt bei diesem Konzept die theoretische Herangehensweise besonders positiv hervor. Durch die Loslösung von der einseitigen Betrachtung der materiellen Aspekte entstehe ein ganzheitliches Bild von Notlagen, „[...] *deren alltagsnahes Merkmal es ist, Unterversorgungen in einem Bereich durch Verzicht auf Bedürfnisbefriedigung in anderen Bereichen zu kompensieren*“ (Dietz 1997:201).

Kritik äußert Dietz (1997) bezüglich der örtlichen bzw. zeitlichen Übertragbarkeit der Indikatoren²¹. Außerdem stellt sich die Frage anhand welcher Lebenslagen welcher Bevölkerung(sschichten) die notwendigen Standards bestimmt werden sollen und wie man das 'Übliche' definieren soll. Bedarfe in einer Gesellschaft allein durch Standards zu bestimmen hält Dietz für ‚*unzulässig*‘, da die Gefahr besteht, die Standards für Arme an einem Minimum zu orientieren, während die für die restliche Bevölkerung, oberhalb dieses Standards definiert werden. (Ebd.)

1.4.4.2 Lebensstandardansatz

Die Forschungen zur relativen Deprivation setzen bei Andreß und Lipsmeier (u.a. Andreß/ Kronauer 2006; Andreß et al. 2004; Andreß/ Lipsmeier 1995, 1999) mit einer Kritik an einkommensorientierten Armutsdefinitionen an. So bemängeln sie, dass Armut dort sehr stark abhängig ist von den Definitionskriterien, welche oftmals den Konventionen der ArmutsforscherInnen entsprechen, die „[...] *für den außenstehenden Beobachter jedoch relativ willkürlich gesetzt erscheinen*“ (Andreß/ Lipsmeier 1995:35). Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass beim Ressourcenansatz die Einkommensverwendung unklar ist und somit welchen Lebensstandard sich die Menschen leisten bzw. nicht leisten könnten. Es ist daher auch wenig darüber bekannt, worauf arme Menschen im Alltag verzichten müssen

²¹ So bezieht sich beispielsweise eine Frage darauf, ob jeden Morgen ein gekochtes Frühstück zur Verfügung stehe.

bzw. in welchen Bereichen sie finanziellen Einschränkungen unterliegen. Ihren Ansatz stützen sie aber auch auf den Lebenslagenansatz, an dem sie kritisieren, dass die Indikatoren weder theoretisch noch empirisch abgeleitet werden, sondern dass die Auswahl über die Verfügbarkeit von (passenden) Variablen im Datensatz erfolgt. Außerdem sehen sie es als problematisch an, dass in diesen Ansätzen nicht überprüft wird, ob das Nicht-Vorhandensein bestimmter Dimensionen freiwillig oder erzwungen ist. (Andreß/ Lipsmeier 1995)

Andreß und Lipsmeier sehen ihren Ansatz als Erweiterung des Ressourcen- und Lebenslagenansatzes, wobei sie das Einkommen nicht unberücksichtigt lassen, da in Marktgesellschaften viele Güter und Dienstleistungen am Markt gegen Geld erstanden werden können und somit der Lebensstandard auch stark vom Einkommen abhängt (Andreß et al. 2004; Andreß/ Lipsmeier 1995). Den (a) Schwerpunkt legen sie aber auf die Einkommensverwendung und den daraus resultierenden Lebensstandard. Außerdem konzentrieren sie sich auf den (b) unfreiwilligen Verzicht von bestimmten Aspekten „*eines allgemein akzeptierten Lebensstandards*“ (Andreß/ Lipsmeier 1995:36). Die Bestimmung dessen, was zum Lebensstandards zählt, soll dabei möglichst wenig durch den/die Forscher vorgegeben werden. Auch von einem Vergleich mit durchschnittlichen Versorgungsniveaus distanzieren sie sich, da diese ein Ausdruck realer Verteilungsstrukturen sind und daher u.a. vom Ausmaß der Unterversorgung abhängig sind. Aus diesem Grund bestimmen sie (c) den notwendigen Lebensstandard durch eine Bevölkerungsumfrage. (Ebd.)

Ihren Ansatz entwickelten die beiden in Anlehnung an Townsends Deprivationsansatz bzw. an Ansätzen in Großbritannien und den Niederlanden (Mack/ Stewart 1985; Muffels 1993), die sich wiederum an diesem orientiert haben. Der hauptsächliche Unterschied zu Townsend besteht darin, dass die Befragten selbst bestimmen, was zum notwendigen Lebensstandard gehört. Dabei

wird berücksichtigt, was die Befragten *insgesamt* dazu zählen²². (Andreß/ Lipsmeier 1995)

Unter Deprivation verstehen sie den „[...] *Ausschluss von mehr oder minder großen Teilen eines allgemein akzeptierten Lebensstandards* [...]“ (Andreß/ Lipsmeier 1995:36). Armut liegt dementsprechend vor, „[...] *wenn das Ausmaß der Deprivation so groß ist, daß [sic!] der Lebensstil bzw. die Lebenschancen der betreffenden Person erheblich beeinträchtigt sind*“ (Ebd.:36).

In ihren (gemeinsamen) Studien wählen Andreß und Lipsmeier nicht immer die gleichen Vorgehensweisen und Fragestellungen, im Kern umfasst ihr Lebensstandardansatz aber folgende Komponenten: (a) Eine repräsentative Bevölkerungserhebung bezüglich der Notwendigkeit bestimmter Güter, Dienstleistungen und Aktivitäten, die den Lebensstandard einer Gesellschaft charakterisieren können, (b) eine Erhebung, inwiefern diese Items in der Bevölkerung verbreitet sind und (c) die Identifizierung derjenigen Bevölkerungsgruppen, die diese von einer Mehrheit der Bevölkerung als notwendig erachteten Items nicht besitzen, weil sie sich diese nicht leisten können. (Andreß/ Kronauer 2006) Im Visier haben sie also Güter und Aktivitäten, die aufgrund fehlender Ressourcen nicht leistbar sind. Die Items sollen unterschiedlichste Dimensionen des alltäglichen Lebens abdecken, Ziel ist es dabei jedoch nicht (es wäre auch gar nicht möglich) alle konkreten Güter oder Aktivitäten ins Erhebungsinstrument aufzunehmen, als wichtig sehen sie es dementsprechend „[...] *Items zu finden, welche die wesentlichen Bereiche von Lebensweisen hinreichend abdecken*“ (Lipsmeier 1999:284).

²² *Insgesamt* (oder auch Mehrheit) bedeutet nicht in allen genannten Studien das Gleiche. So werden beispielsweise bei Lipsmeier (1999) diejenigen Items zum Grundbedarf gezählt, die mehr als 90% der Bevölkerung für notwendig halten, bei Andreß und Lipsmeier (1995) werden Items berücksichtigt, die mehr als 50% der Befragten für unbedingt notwendig halten (Wobei die Antwortmöglichkeiten auf die Frage, „was von den folgenden Dingen ist ihrer Meinung nach a) verzichtbar, b) wünschbar, c) unbedingt notwendig“ gegeben waren).

Einen Deprivationsindex wählen sie, da Einzelindikatoren zwar die Teilhabe am allgemeinen Lebensstandard anzeigen, aber schlecht vergleichbar sind, insbesondere für verschiedene Bevölkerungsgruppen. Im Index werden diejenigen Items, die als notwendig erachtet werden und aus finanziellen Gründen fehlen, verwendet. Um zu berücksichtigen, dass manche Items nicht allen Befragten vorgelegt wurden, wird um das Ausmaß der Deprivation feststellen zu können, der Summenindex in Prozentanteile umgewandelt. Ab einem bestimmten Prozentanteil an fehlenden Items wird von Deprivation gesprochen. (Andreß/ Lipsmeier 1995, 1999).

Schwierig erweist sich zu bestimmen, ab wann Deprivation in Armut umschlägt. Dabei gibt es mehrere Herangehensweisen. Erstens kann man danach fragen ab welchem Einkommen das Ausmaß der Deprivation überproportional zunimmt²³. Zweitens kann man über ein unabhängiges Außenkriterium²⁴ feststellen, ab welchem Ausmaß der Deprivation der Lebensstandard als unzureichend bezeichnet wird und drittens kann vom Forscher eine bestimmte Summe oder ein Prozentanteil von Dingen, die fehlen als Schwellenwert festgelegt werden. (Andreß/ Lipsmeier 1995)

Uneinigkeit besteht bei der Verwendung dieses Ansatzes darin, ob zur Bestimmung von Dimensionen und Merkmalen eines akzeptablen Minimums Referenzgruppen herangezogen werden sollen oder nicht. Wenn ja, welche? Des Weiteren gibt es unterschiedliche Positionen dazu, ob alle erhobenen Lebensstandardmerkmale mit gleichem Gewicht in den Mindeststandard Eingang finden sollen. Eine Position lehnt eine Gewichtung ab, eine andere ist dafür, weit verbreitete Merkmale höher zu gewichten als seltene (Luxus-)Merkmale, eine dritte Perspektive sieht vor, für unterschiedliche Bedingungen in Teilgruppen der Gesellschaft andere Gewichte zu verwenden. Die Gewichtung selbst kann wiederum erfolgen mit der Anzahl der Befragten, die ein bestimmtes Merkmal für notwendig hält, eine andere mit der durchschnittlichen Notwendigkeitsbewertung

²³ Dies war die Methode der Armutsdefinition bei Townsend.

²⁴ Z.B. Eine Frage durch die der Lebensstandard des Haushaltes insgesamt bewertet werden soll.

oder durch eine Kombination von beiden. (Lipsmeier 1999) Bei einer multivariaten Auswertung nach unterschiedlichen Gruppen bezüglich des notwendigen Lebensstandards, können jedoch kaum Unterschiede in der Bewertung dieses gefunden werden. Wenn sich Unterschiede feststellen lassen, beziehen sie sich vor allem auf Items, die zum erweiterten Grundbedarf gehören. Soziodemographische Variablen bringen kaum einen Erkenntnisgewinn. (Andreß et al. 2004; Lipsmeier 1999) Auch können sowohl Andreß et al. (2004) als auch Lipsmeier (1999) mit unterschiedlichen Gewichtungen des Indexes keine gravierenden Unterschiede in den Ergebnissen feststellen.

Als weiteres Problem sieht Lipsmeier (1999), die Tatsache, dass nicht die persönlichen Wünsche, Hoffnungen und Bestrebungen der Befragten erhoben werden sollen, sondern deren „[...] *normative Einschätzung der Bedeutung von Lebensstandardmerkmalen für einen ausreichenden Lebensstandard*“ (Ebd.:283) und dass diese beiden Aspekte nicht wirklich unabhängig voneinander sind.

Prinzipiell konstatieren Andreß und Lipsmeier, dass die Einschätzungen, was notwendig ist und was nicht, an die finanziellen Möglichkeiten angepasst werden. Es kreuzen vor allem Personen mit einem niedrigen Äquivalenzeinkommen die Antwortmöglichkeit „kann ich mir nicht leisten“ an – es fehlen allerdings eher Items, die als entbehrlich eingestuft wurden als die notwendigen. Bezüglich der Verteilung ergibt sich folgendes Bild: Die Deprivation nimmt mit fallendem Einkommen deutlich zu und steigt im untersten Quintil sprunghaft an. (Andreß/ Lipsmeier 1995) Außerdem liegt ein enger Zusammenhang zwischen der Bewertung des notwendigen Lebensstandards mit der wahrgenommenen Verbreitung dieser Items vor (Lipsmeier 1999).

Ein weiteres Ergebnis liegt darin, dass sich die Befragten am wenigsten bei Ausgaben für Rauchwaren, Getränken und Nahrungsmitteln sowie bei der Gesundheitsvorsorge einschränken. Wenn sie das doch tun, dann fehlen in hohem Maße auch notwendige Dinge. (Andreß/ Lipsmeier 1995)

Andreß und Lipsmeier (1999) kommen außerdem zu der Erkenntnis, dass die Antwort „aus finanziellen Gründen nicht vorhanden“ eher bei Dingen auftritt, die mehr über die Qualität²⁵ des Lebensstandards etwas aussagen und weniger beim lebensnotwendigem Grundbedarf. Fehlende Güter und Aktivitäten treten besonders häufig im unteren Einkommensviertel der Einkommensverteilung auf bzw. bei Personen, die ihren subjektiven Lebensstandard schlecht bewerten. In dieser Studie betonen sie jedoch, dass Vorstellungen über den notwendigen Lebensstandard mit dem sozialen Milieu variieren (dies führen sie allerdings hauptsächlich auf die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zurück und kontrollieren außerdem nicht, wie Lipsmeier (1999), ob das beurteilte Gut im Haushalt vorhanden ist oder nicht).

Andreß et al. (2004) stellen fest, dass das Urteil darüber, was zum notwendigen Lebensstandard gehört, insgesamt homogen und zeitlich konstant ist. Dies bezieht sich insbesondere auf Dinge, die sich auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Ernährung, Wohnen und Hygiene beziehen, aber auch auf Kommunikation, Information, Mobilität und finanzielle Absicherung.

Andreß und Lipsmeier (1995) selbst führen als möglichen Kritikpunkt des Lebensstandardansatzes an, ob es in einer hochdifferenzierten pluralen Gesellschaft mit deutlichen Präferenzunterschieden überhaupt sinnvoll ist, einheitliche Vorstellungen über den notwendigen Lebensstandard für ein Armutsmaß zu verwenden. Außerdem stellen sie in Frage, dass nur notwendige und nicht auch entbehrliche Dinge in ein solches Maß einfließen.

Die Messung der relativen Deprivation ist stark abhängig von den vorgegeben Items (Andreß/ Lipsmeier 1995). Zwar werden diese „demokratisch“ durch die Bevölkerung bestimmt müssen aber nicht den wirklich in der Bevölkerung vorherrschenden minimalen Lebensstandard repräsentieren. So erwähnen Andreß

²⁵ Z.B. Items wie „abgenutzte Möbel durch neue ersetzen können“, „regelmäßig neue Kleidung kaufen“, „auf die Qualität und nicht auf den Preis achten“, „Jahresurlaub weg von zuhause machen können“.

und Lipsmeier (1995) beispielsweise, dass mehr als die Hälfte der Haushalte als „entbehrlich“ definierte Items besitzt, aber sie nur weniger als 50% der Befragten als notwendig einschätzen. Die beiden sehen diese Tatsache als Zeichen einer Überflussgesellschaft. Es stellt sich aber eher die Frage, was notwendig ist und ob die Bevölkerung das wirklich einschätzen kann. Aber sind nicht Dinge, die die Mehrheit besitzt eher ein Indikator für den Lebensstandard einer Bevölkerung als das, was die nicht-arme Mehrheit einer armen Minderheit als notwendig zugesteht? Außerdem verweist Lipsmeier (1999) darauf, dass den ForscherInnen auch durch die Befragung der Bevölkerung nicht alle normativen Entscheidungen gänzlich abgenommen werden, der Ansatz also nicht ganz „demokratisch“ ist. Einerseits wählen diese im Endeffekt trotzdem aus, welche Items verwendet werden²⁶, sie treffen die Unterscheidung zwischen einem minimal notwendigen oder einem notwendigen Lebensstandard und bestimmen, ab welchem Schwellenwert von Deprivation bzw. Armut gesprochen wird.

Als weiteren Kritikpunkt lässt sich anführen, dass die Befragungsmethode hohe Ansprüche sowohl an das Erhebungsinstrument als auch an die Befragten stellt. So wird ein hohes Abstraktionsvermögen vorausgesetzt, wenn (in einer Interviewsituation) eingeschätzt werden soll, was für alle Menschen eines Landes notwendig sei. Es wird daher davon ausgegangen, dass sich die Befragten an ihrer eigenen Situation orientieren. (Andreß/ Kronauer 2006; Lipsmeier 1999) Bei Längsschnittdaten ergibt sich ein Problem, wenn die Instrumente zwischen den Erhebungszeitpunkten nicht ganz konstant sind oder pro Dimension des Lebensstandards eine unterschiedliche Anzahl von Items vorliegt. Ein weiteres Problem für den Index ergibt sich, wenn keine Angaben gemacht werden, warum ein Item fehlt. (Andreß 2006)

Böhnke und Delhey (2001) führen als Kritik an, dass nicht berücksichtigt werden kann, dass manche Haushalte als notwendig eingestufte Items aus finanziellen Gründen nicht besitzen, aber sich dafür andere „nicht notwendige“ Dinge kaufen.

²⁶ Entweder legen sie den Befragten von vornherein eine Auswahl von Items vor oder entscheiden nach einer offenen Befragung ab, wie vielen Nennungen ein Item aufgenommen wird.

Außerdem weisen sie darauf hin, dass qualitative Unterschiede in der Ausstattung nicht erfasst werden können, selbst wenn ein ähnliches Ausstattungsmuster vorliegt.

Die Vorzüge der Methode liegen Andreß und Lipsmeier (1999) zufolge darin, dass sie neue Perspektiven eröffnet: Sie verhilft zu einer umfassenderen und detaillierteren Erfassung und Darstellung von Problemlagen, als die Einkommensarmut. Es werden nicht nur die verfügbaren Ressourcen betrachtet, sondern der realisierte Lebensstandard. Da die Einschätzungen der Bevölkerung in die Beurteilung eingehen, ist das Urteil „[...] *demokratisch abgesichert und in geringerem Maße von normativen Entscheidungen der Forscher abhängig*“ (Andreß/ Lipsmeier 1999:8).

1.4.5 *Lebenslagenansatz*

Seit Anfang der 1990er Jahre wird vermehrt diskutiert, ob der Ressourcenansatz der Komplexität des Armutphänomens gerecht werden kann, was zu einem „Wiederaufleben“ des Lebenslagenansatzes geführt hat (Voges et al. 2003). Der Begriff der Lebenslage geht zurück auf Otto Neurath (1931), einen österreichischen Nationalökonom und Philosophen. In der Zwischenkriegszeit entwickelte er eine Theorie der Lebenslagen, deren Ausgangspunkt die Kritik an einer zu starken Orientierung an der Höhe des Einkommens als Indikator für die soziale Lage der Menschen war. (Voges et al. 2003) Unter Lebenslage versteht Neurath dabei den „[...] *Inbegriff all der Umstände, die verhältnismäßig unmittelbar die Verhaltensweise eines Menschen, seinen Schmerz, seine Freude bedingen, Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheitspflege, Bücher, Theater, freundliche menschliche Umgebung, all das gehört zur Lebenslage [...]*“ (Neurath 1931:125, zit. nach Glatzer/ Hübinger 1990:35). Glatzer und Hübinger (1990) heben in diesem Kontext hervor, dass sich diese Definition bereits implizit auf moderne Vorstellungen von Lebensqualität und individuellem Wohlbefinden bezieht. Neuraths Konzept der Lebenslage beinhaltet einen multidimensionalen Ansatz und bezieht sich nicht auf Individuen, sondern auf die gesellschaftliche Ebene (Voges et al. 2003).

Gerhard Weisser (1957; 1966) entwickelte den von Neurath geprägten Begriff in der Nachkriegszeit in einem sozialpolitischen Kontext weiter. Dabei nimmt er aber auch starken Bezug auf Kurt Grellings Lebenslagebegriff²⁷, welcher vor allem die subjektive Dimension betonte. Im Mittelpunkt steht bei Weisser das Individuum mit seinen „Interessen“. Das Ziel Weissers Lebenslagenansatzes besteht nach Voges et al. nach in der „[...] Erweiterung der Chancen der Individuen zur Selbstverwirklichung [Hervorhebung durch die Autoren, J.A.]“ (Voges et al. 2003:40). Dafür entwickelte er einen Katalog mit Grundanliegen, welche inhaltliche Nähe zu Maslows Bedürfnispyramide aufweisen. Weisser integrierte Grellings individuellen Aspekt in den multidimensionalen Ansatz Neuraths und erweiterte diesen um den individuellen Handlungsspielraum. (Voges et al. 2003) Lebenslage versteht Weisser somit als *„Spielraum, den einem Menschen (einer Gruppe von Menschen) die äußeren Umstände nachhaltig für die Befriedigung der Interessen bieten, die den Sinn seines Lebens bestimmen“* (Weisser 1956:986, zit. nach Glatzer/ Hübinger 1990:35).

Ingeborg Nahnsen (1975), eine Schülerin Weissers, setzt in ihrem Konzept an seinem Lebenslagekonzept an, hält aber nicht weiter an seinem Versuch einen Interessenskatalog zu erstellen fest. Sie konzentriert sich vielmehr auf die strukturellen Bedingungen, welche die Entfaltung von Grundanliegen erst ermöglichen. Das Ziel ihres Lebenslagenansatzes besteht darin, die strukturellen Bedingungen zu ermitteln, die den Umfang der sozialen Chancen individueller Akteure ausmachen, die sie als ‚*Lebensgesamtchancen*‘ bezeichnet. Von besonderer Wichtigkeit sind also nicht die Interessen der Individuen selbst, sondern die Fähigkeit bzw. Möglichkeit diese zu erkennen (Interessensentfaltung) und zu realisieren. Um den grundlegenden Interessensentfaltungen gerecht werden zu können, konkretisiert sie fünf Einzelspielräume, welche die Lebenslage beschreiben: Den „Versorgungs- und Einkommensspielraum“ (die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen), den „Kontakt- und Kooperationsspielraum“ (Möglichkeiten zur Kommunikation und Interaktion), den „Lern- und

²⁷ Dessen Schaffenszeit war ungefähr zur gleichen Zeit wie die Neuraths.

Erfahrungsspielraum“ (Sozialisation, Bildung, Erfahrungen in der Arbeitswelt und Mobilität), den „Muße- und Regenerationsspielraum“ (Ausgleich von (psycho-physischen) Belastungen) und den „Dispositions- und Partizipationsspielraum“ (Ausmaß der sozialen Teilhabe, Mitgestaltung und Mitbestimmung) (Nahnsen 1975). Nahnsen verlagert also den Schwerpunkt von einer subjektiveren Perspektive auf eine objektivere. (Voges et al. 2003)

Insgesamt gesehen, lassen sich Lebenslagenkonzepte folgendermaßen zusammenfassen: Sie sind multidimensional angelegt und beinhalten sowohl materielle als auch immaterielle Dimensionen. Teilweise richtet sich der Blickwinkel nicht nur auf objektive sondern auch auf subjektive Aspekte (wie zum Beispiel bei Weisser). Oftmals liegen dem Begriff der Lebenslage auch Mehrebenenkonzepte zugrunde, die sich auf die Mikro- aber auch auf die Makroebene (Individuum und Gesellschaftsstruktur) beziehen können. (Voges et al. 2003) Wichtig ist die Betrachtung der gesamten Lebenslage, also des Zusammenwirkens aller Einzeldimensionen, der eine kumulative Zusammenfassung zu einem Index widerspricht (Geissler 1994). Umstritten ist in diesem Zusammenhang außerdem die Gewichtung bzw. die Bedeutung der einzelnen Dimensionen (Voges et al. 2003).

Bei Konzepten der Lebenslage steht nicht das potentielle Versorgungsniveau im Mittelpunkt, sondern die tatsächliche Versorgung von Personen, Haushalten oder sozialen Gruppen in zentralen Lebensbereichen wie Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit oder sozialer Teilhabe. (Engels 2006; Hauser/ Neumann 1992; Voges et al. 2003) Das Konzept scheint Döring et al. (1990) nach außerdem dazu geeignet zu sein, materielle und immaterielle, sowie ökonomische und psychosoziale Aspekte einzubeziehen. *„Armut bezeichnet in diesem Zusammenhang das Unterschreiten von Minimalstandards einer oder mehrerer Dimensionen der Lebenslage (z.B. Ernährung, Kleidung, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Transportmöglichkeiten, Rechtsschutz, Beteiligung im kulturellen und politischen Bereich, Integration in gesellschaftliche Gruppen)“* (Hauser/ Neumann 1992:247). Dieses Konzept erlaubt einen umfassenderen Blick auf die

Lebenssituation von Menschen als beispielsweise ein Ansatz, der Armut auf das Einkommen reduziert.

Döring et al. kritisieren an diesem Ansatz, dass eine „[...] *befriedigende Präzisierung des Begriffs der Lebenslage derzeit noch aussteht* [...]“ (Döring et al. 1990:11). Von der Umsetzung her wird außerdem bemängelt, dass unklar ist, welche Lebensbereiche analysiert werden sollen und wie Schwellenwerte für Einzelne Dimensionen bestimmt werden sollen (Klocke 2000). Außerdem liegt eine Schwierigkeit darin, zu bestimmen wie viele und welche Dimensionen verwendet werden sollen. Meistens erfolgt die Auswahl nicht systematisch, sondern knüpft an Forschungskonventionen an oder wird bezüglich der Verfügbarkeit von Daten getroffen. Ein weiteres Problem ergibt sich bei der Auswahl der Indikatoren für die einzelnen Dimensionen: Sie sollten einerseits genau definiert werden und andererseits sollte bei der Interpretation der Ergebnisse immer mitbedacht werden, dass sie nur eine ‚*reduzierte Sichtweise*‘ auf den jeweiligen Lebensbereich ermöglichen. (Engels 2006) Weick (1999) zufolge beruht die Auswahl der Minimalstandards für eine angemessene Lebenslage noch mehr auf Werturteilen als beim Ressourcenansatz.

1.4.6 Sens „*Capability*“-Ansatz

Sen geht bei seinem Konzept der Verwirklichungsmöglichkeiten²⁸ (*capabilities*) Piachaud zufolge von einer absoluten Definition von Armut aus: Er bestreitet zwar nicht, dass die Güter, die ein Mensch braucht im Zeitverlauf oder zwischen Gesellschaften variieren, ist aber der Überzeugung, dass „[...] *die wesentlichen Handlungsnotwendigkeiten, denen diese Güter dienen, absolut und invariant seien*“ (Piachaud 1992:64). Als ein Beispiel für ein Grundbedürfnis („*basic capability*“) das mit einem solch „variablen“ Gut erfüllt werden kann nennt Sen das Reisen und die Möglichkeit sich fortzubewegen. Dieses Bedürfnis ist grundlegend oder absolut, die Art des Reisens variiert aber von Gesellschaft zu Gesellschaft. So kann dieses Bedürfnis in der einen Gesellschaft durch Fahrräder gestillt

²⁸ Diese Übersetzung entspricht der von Leßmann (2007).

werden, in einer anderen durch Autos. (Piachaud 1992) Das bedeutet aber auch, dass mit steigendem Wohlstandsniveau die physischen Notwendigkeiten der Menschen steigen und somit auch die Armutsgrenze. (Weick 1999) Die Grundbedürfnisse beinhalten Sen zufolge ein Minimum an Nahrung, sozialer Beteiligung und Freisein von sozialer Ächtung sowie die Möglichkeit zu reisen. (Piachaud 1992; Weick 1999)

Sen entwickelte die normativen Aspekte seines Ansatzes vor allem durch die kritische Auseinandersetzung mit dem Utilitarismus und der Rawlsschen Gerechtigkeitstheorie. An Nutzen- und Zufriedenheitsanalysen kritisiert er die mangelnde Vergleichbarkeit vom Nutzen an sich und die dadurch implizierte Vernachlässigung von grundlegenden Rechten, Freiheiten und Verteilungsaspekten. (Arndt/ Volkert 2006) Die Wohlfahrt verschiedener Personen sieht Sen nicht über den Nutzen vergleichbar, da dieser nur ordinal messbar ist. Auch bezweifelt er prinzipiell, dass das Nutzenkonzept das geeignete Maß für das Wohlergehen ist. (Leßmann 2006) An der Einbeziehung von individuellen Urteilen über das (eigene) Wohlergehen bemängelt er insbesondere zwei Dinge: Erstens werden Ansprüche unter Umständen an die eigene Lebenssituation angepasst und entsprechen somit nicht den „wirklichen“ Ansprüchen. Zweitens muss eine konstatierte Zufriedenheit nicht unbedingt etwas über die Situation der befragten Person selbst aussagen, sondern kann auch die Zufriedenheit der befragten Person über das Leben einer anderen Person widerspiegeln (wenn beispielsweise das eigene Wohlergehen für das Wohlergehen der eigenen Kinder „geopfert“ wird oder man sich für höhere Ziele einsetzt). Diese Situation bezeichnet Sen als „agency“. Daher sollte sich die Analyse zunächst nicht auf die Bewertung des persönlichen Wohlergehens der Befragten konzentrieren, sondern auf die für das Wohlergehen erforderlichen Mittel. Wichtig sind dabei nicht nur die Ressourcen die eingesetzt werden können um Wohlergehen zu erreichen, sondern die Fähigkeiten oder Lebensumstände, also die Möglichkeiten dies mit den Ressourcen auch zu tun. Konzepte der Einkommensarmut oder auch der Lebensstandardansatz vernachlässigen dem „Capability-Ansatz“ nach die Unterschiede in den gesellschaftlichen und individuellen *Umwandlungsfaktoren*. Darunter sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Umwandlungen fördern oder hemmen zu verstehen, aber auch persönliche Fähigkeiten die

vorhandenen Ressourcen umzuwandeln. (Arndt/ Volkert 2006) Das bedeutet also, dass vorhandene Ressourcen nichts über den erreichbaren Lebensstandard aussagen, da dieser von individuellen Merkmalen und dem daraus resultierenden Einsatz der Ressourcen abhängt. (Leßmann 2006)

Daher sieht es Sen als notwendig, das Leben von Personen zu betrachten und zwar welche Funktionen (*functionings*) mit den vorhandenen Ressourcen erreicht werden. Funktionen sind dabei Tätigkeiten, Zustände und Fähigkeiten (*doings and beings*), wie z.B. „essen und trinken, gesund sein, frei von Malaria sein, Krankheiten vermeiden, lange leben, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, lesen können und sich ohne Scham öffentlich zeigen [...]“ (Leßmann 2006:34). Die Ressourcen fließen dabei indirekt in die Messung des Wohlergehens ein, da sie die Voraussetzung zur Verwirklichung der Funktionen sind. Das Wohlergehen wird aber auch nicht nur durch den erreichten Nutzen, also das erreichte Bündel von Funktionen, einer Lebenssituation, sondern durch die erreichbaren Lebenssituationen bestimmt. Die Menge dieser erreichbaren Lebenssituationen bezeichnet Sen als Verwirklichungschancen (*capability set*). Die Verwirklichungschancen werden wiederum bestimmt durch die zur Verfügung stehende Menge an Ressourcen und die individuellen Fähigkeiten diese umzuwandeln. (Ebd.)

Die Verwirklichungschancen entsprechen wiederum dem Handlungsspielraum, der einer Person zur Lebensführung zur Verfügung steht. Je größer die Verwirklichungschancen sind, desto größer ist auch der Handlungsspielraum und somit auch das Wohlergehen. Dieses ist aber nicht nur abhängig von der Menge sondern auch von der Qualität der erreichbaren Lebenssituationen. Dabei ist es besonders wichtig, dass die Beurteilung der Qualität der Lebenssituation über die individuellen Präferenzen einer Person bzw. ihr eigenes Urteil erfolgt. Das bedeutet, dass eine Bewertung der Freiheit²⁹ einer Person immer deren Präferenzen einschließen muss. (Leßmann 2006)

²⁹ Freiheit entspricht der Menge an Verwirklichungschancen.

Kritisiert wird an Sens Ansatz von Piachaud (1992), dass diesem die Annahme zugrunde liegt, die menschliche Natur sei konstant. Genau diese Grundlage bezweifelt er und verweist auf psychologische Studien, die diese Zweifel belegen. Als weiteren Kritikpunkt führt er an, dass die Grundbedürfnisse nicht objektiv feststellbar sind. Außerdem kritisiert er, dass Sens Ansatz in der Praxis nicht eindeutig von relativen Konzepten abzugrenzen sei, „[...] *denn die Güter, die benötigt werden, um gesellschaftliche Ächtung zu vermeiden oder soziale Beteiligung sicherzustellen, sind letztlich relativ zur jeweiligen Gesellschaft*“ (Piachaud 1992:65).

Leßmann (2006) kritisiert, dass sich die Handlungsspielräume nicht direkt beobachten lassen und nur indirekt über das erreichte Bündel von Funktionen messbar sind. Des weiteren merkt sie an, dass zwar die zur Verfügung stehende Menge an Ressourcen grob über das Einkommen bestimmbar ist, die individuellen Verwendungsmöglichkeiten jedoch auch nicht feststellbar sind. Man könne sie nur annähernd erahnen, indem man das erreichte Bündel von Funktionen den vorhandenen Ressourcen (also dem Einkommen) gegenüberstellt. Grundsätzlich merkt sie an, dass es schwierig ist die Multidimensionalität³⁰ bei der Definition von Armut zu berücksichtigen, da einerseits mehr Dimensionen einbezogen werden müssen und es dadurch andererseits schwieriger wird eine zusammenfassende Aussage darüber zu machen, ob jemand arm ist oder nicht. Da Armut in Sens Ansatz als Beschränkung des Handlungsspielraumes begriffen wird, ist ihre Konstatierung aus mehreren Gründen schwierig: Wie bereits erwähnt ist der Handlungsspielraum nicht direkt beobachtbar. Zusätzlich ist die Bewertung schwierig, weil nicht nur die Anzahl der Handlungsmöglichkeiten in die Definition einfließt, sondern auch die Qualität berücksichtigt werden soll. Außerdem betrachtet es Leßmann (2006) als problematisch, wenn die Dimensionen nicht eindeutig festgelegt sind, sondern Pluralismus zugelassen wird. Eine weitere Schwierigkeit sieht sie darin, wenn die Auswahl und Gewichtung dieser Dimensionen über die Betroffenen selbst erfolgen soll. (Ebd.)

³⁰ Was auch bei Lebenslageansätzen zutrifft.

2 Entwicklung der deutschsprachigen Armutsforschung

Das Phänomen Armut unterlag im wissenschaftlichen, öffentlichen und politischen Diskurs immer wieder Wellen der Popularität oder Tabuisierung bzw. Verharmlosung und Beschönigung. Auch hat sich im Gegensatz zu den USA im deutschsprachigen Raum noch keine wirkliche Tradition im Bereich der Armutsforschung herausgebildet. (Hauser/ Neumann 1992; Weick 1999) Im ersten Teil dieses Kapitels soll daher kurz dargestellt werden, wie sich die Armutsdiskussion seit der Zwischenkriegszeit in Forschung und Öffentlichkeit entwickelt hat. Auf zwei Ansätze der neueren Forschung wird im zweiten Teil eingegangen.

2.1 Geschichtlicher Abriss der Armutsforschung

Huster et al. zufolge unterliegen *„Geschichte und Gegenwart der Armut und sozialen Ausgrenzung, ihrer Wahrnehmung und Deutung und der eingeschlagenen Wege, sie zu bekämpfen, [...] Zeitströmungen und Konjunkturen“* (Huster et al. 2008:14). Daher wird im Folgenden ein kurzer Überblick gegeben, der sich auf verschiedene Phasen bezieht in denen Armut im deutschsprachigen Raum thematisiert oder auch nicht thematisiert wurde.

In Österreich stand das Thema Armut in engem Zusammenhang mit der historischen Entwicklung der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit. Die Anfänge der Armutsforschung reichen bis in die 1920er Jahre zurück, wobei Knapp (2004) explizit auf die Studie von Jahoda et al. (1975 [1933]) *„Die Arbeitslosen von Marienthal“* hinweist. Diese ersten Ansätze wurden jedoch nach dem 2. Weltkrieg kaum aufgegriffen und bis in die 1980er Jahre herrschte in Österreich eher eine *„ärmliche Forschungslage“* (Knapp 2004).

Die (deutschsprachige) Armutsdebatte hatte immer wieder Popularitätsschübe in der öffentlichen und politischen Diskussion. In der Soziologie war oder ist Armut ein weniger beachtetes Thema – im Gegensatz zu den USA oder Großbritannien, wo die Armutsforschung eine lange Tradition hat. (Hauser/ Neumann 1992) Eine Trennung zwischen wissenschaftlicher und politischer Diskussion dieses Themas kann nicht immer eindeutig erfolgen, da es „[...] *gewissermaßen genuin, sozialpolitische Brisanz und öffentliche Aufmerksamkeit innerhalb des Wohlfahrtsstaates* [besitzt]“ (Hauser/ Neumann 1992:238). Daher liegt der Schwerpunkt dieser Übersicht in Anlehnung an Hauser und Neumann auf der akademischen Diskussion und nicht auf der rein sozialwissenschaftlichen Thematisierung.

In der Nachkriegszeit stand vor allem die absolute Armut im Mittelpunkt der Betrachtungen: Vordergründig war also die Versorgungssituation mit lebensnotwendigen Gütern wie Nahrung, Bekleidung und Wohnraum. Zu dieser Zeit gab es jedoch auch schon Studien, die sich mit relativer Einkommensarmut oder der subjektiven Situation beschäftigten. (Ebd.)

Ab den 1950er Jahren wurde Armut kaum thematisiert, da die Nachkriegsarmut als überwunden galt: In den kapitalistischen Industrieländern herrschte die Überzeugung vor, dass Armut durch das Wirtschaftswachstum so gut wie ausgelöscht sei oder es in nächster Zukunft sein würde. Diese Annahmen wurden genährt durch das anhaltende Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, steigende Reallöhne und die Weiterentwicklung des sozialen Sicherungssystems. (Ebd.)

Erst in den 1970er Jahren wurde das Thema Armut im Rahmen der „Randgruppendifkussion“ implizit wiederentdeckt (Hauser/ Neumann 1992). Dies geschah auf unterschiedlichsten Ebenen, wie der wissenschaftlichen, der politischen und öffentlichen sowie der „praktischen“ (entspricht hier der sozialen Arbeit) Ebene (Andreß/ Kronauer 2006). Zentral war dabei die gesellschaftliche Marginalisierung, insbesondere die Stigmatisierung von Randgruppen, die oftmals mit materieller Not verbunden war (Hauser/ Neumann 1992). Diese Fokussierung

auf die Randgruppenproblematik bestand bis in die 1980er Jahre „[...] während in anderen sozialwissenschaftlichen Traditionen (z.B. in Großbritannien) Armut längst als systemimmanent entlarvt und konzeptuell als Lebenslage [Hervorhebung im Original, J.A.] differenziert wurde [...]“ (Dietz 1997:59). Vermutlich dauerte dies so lange an, weil das Thema Armut und soziale Randgruppen in Deutschland für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert wurde (Andreß/ Kronauer 2006). Im Grunde wurde die Armutsdebatte in Deutschland zu dieser Zeit durch die damalige Opposition neu entflammt. Die dadurch entstandenen Studien wurden dafür verwendet, sich gegenseitig³¹ vorzuwerfen, wie groß bzw. klein das Ausmaß der Armut ist. Im Gegensatz dazu wurde das Thema Armut („Kampf gegen die Armut“) in Österreich durch eine Initiative der sozialdemokratischen Regierung aufgeworfen und nicht von der Opposition instrumentalisiert. Es wurden jedoch auch keine neue Studien angeregt wie in Deutschland, sondern das vorhandene Datenmaterial wurde trotz seiner Unvollständigkeit genutzt um Aktionen³² gegen die Armut durchzuführen. (Nowotny 1982)

Parallel dazu wurden ab Mitte der 1970er Jahre materielle Armutsbegriffe wieder wichtiger. Im Rahmen der Sozialindikatorenbewegung rückte der Fokus auf die Sozialberichterstattung und die Messung des Wohlstandsniveaus, der Lebensqualität sowie die quantitative Messung von Armut. (Hauser/ Neumann 1992) Andreß und Kronauer (2006) weisen darauf hin, dass in der wissenschaftlichen Diskussion ein Verständigungsprozess über die Armutsmessung und eine geeignete Sozialberichterstattung einsetzte. In dieser Phase gab es hauptsächlich ressourcenbezogene Konzepte, allerdings auch schon welche, die sich auf relative und multiple Deprivation bezogen. Auf europäischer Ebene wurde 1974 das „europäische Programm von Modellvorhaben und Modellstudien zur Bekämpfung von Armut“ gestartet, das eine Vielzahl von Modellvorhaben, länderübergreifenden Einzelstudien und

³¹ Regierung vs. Opposition – wobei diese ihre Position später wechselten und die „neue“ Opposition der „alten“ wiederum Vorwürfe machte.

³² Nowotny merkt hierzu aber an, dass diese Aktionen äußerst kostensparend waren.

Berichten über die Armutssituation in den einzelnen Mitgliedsstaaten hervorbrachte. (Hauser/ Neumann 1992)

In den 1980er Jahren rückte die Zunahme von Armut trotz steigendem Wohlstand in den Blickpunkt. „Schlagwörter“ wie „Armut im Wohlstand“, „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ und „Drei-Viertel Gesellschaft“ postulierten die Spaltung der Gesellschaft in Wohlstandsgewinner und –verlierer. (Hauser/ Neumann 1992) Dazu Andreß und Kronauer: *„Begriffe wie Zwei-Drittel- oder Drei-Viertel-Gesellschaft machten Armut erstmals wieder zu einer gesellschaftsstrukturellen Kategorie und kennzeichneten den Beginn eines neuen Spaltungsdiskurses. Zugespitzt könnte man sagen, dass die 1980er Jahre das Jahrzehnt waren, in dem die Armutsproblematik wieder politik- und wissenschaftsfähig wurde“* (Andreß/ Kronauer 2006:31f.). Auf der wissenschaftlichen Ebene kam es zu einer stärkeren Fokussierung auf Konzepte der Lebenslage oder Deprivation, wobei Hauser und Neumann auch noch für den Anfang der 1990er Jahre konstatieren, dass der überwiegende Teil der empirischen Untersuchungen auf dem Konzept der relativen Einkommensarmut basierte (Hauser/ Neumann 1992).

In den 1990er Jahren entwickelten sich weitere Ansätze sowie Arbeitszentren, wie zum Beispiel die dynamische Armutsforschung in Bremen (Huster et al. 2008). Andreß und Kronauer (2006) sehen, dass der Individualisierungsdiskurs, der seit den 1990er Jahren in der Soziologie vorherrscht auch zur Armutsforschung vordrang und sich u.a. auch in den Arbeiten der Bremer Forschungsgruppe um Stefan Leibfried zeigte. Die dynamische Armutsforschung fokussiert vor allem individuell biographische und zeitliche Aspekte von Armut. Im Gegensatz dazu hat die duale Armutsforschung, – die auch in den 1990er Jahren entstand – einen starken gesellschaftspolitischen und -kritischen Anspruch und kann als eine Art Gegenpol zum dynamischen Ansatz verstanden werden. (Chassé et al. 2005)

Im Folgenden wird nun auf diese beiden relativ neuen Konzepte in der Armutsforschung kurz eingegangen.

2.2 Spezielle Forschungsansätze

2.2.1 Dynamische Armutsforschung

In Europa rückte die dynamische Armutsforschung nach amerikanischen Vorbildern in den 1990er Jahren in die öffentliche Aufmerksamkeit. Dort war es bereits üblich sowohl Einkommensarmut, Sozialhilfebezug aber auch Deprivation im Längsschnitt zu untersuchen. Leisering zufolge wurde die Dynamik von Armut in Europa zwar auch schon im Zuge der Randgruppenforschung teilweise untersucht, dies jedoch „[...] mit unzureichenden Daten, Methoden und deterministischen, auf Abstiegskarrieren beschränkten theoretischen Modellen“ (Leisering 2008:118). Dennoch betont Leisering, dass sich die europäische Tradition der dynamischen Armutsforschung von der in den USA abgrenzt, da sie nicht nur als eine Methode der Längsschnittanalyse von Armut verstanden wird: Teilweise wird darunter mehr verstanden nämlich „[...] eine Einbettung der Armutsanalyse in einen lebenslauftheoretischen Rahmen“ (Leisering 2008:119).

Der dynamischen bzw. lebenslauftheoretischen Armutsforschung liegt keine statische Betrachtung wie der üblichen Armutsforschung zugrunde, sondern eine Verlaufsanalyse. Daher rührt auch ihre Bezeichnung. (Butterwegge 2000a) Eine statische Vorstellung von Armut geht davon aus, dass die soziale Lage in der sich Menschen(gruppen) befinden (relativ) dauerhaft anhält. Im Gegensatz dazu hinterfragt die dynamische Sichtweise diese Vorstellung. Armut wird methodisch als Episode im Lebenslauf verstanden, die von unterschiedlicher Dauer sein kann. Insofern wird Zeit als eigenständige Dimension von Armut begriffen. Forschungsgegenstand ist also nicht die Veränderung aggregierter Armutsziffern im historischen Kontext, sondern die Dynamik von individuellen Armutsverläufen. Dabei greifen VertreterInnen dieses Ansatzes auf Längsschnittdaten sowie Methoden der Verlaufsanalyse zurück. (Leisering 2008) Ziel ist also die Untersuchung von Biographien auf Phasen, die von Armut geprägt sind. Bedeutend sind dabei die Dauer und Häufigkeit dieser Phasen und die Lebensumstände am Beginn und am Ende der Phasen. (Alisch/ Dangschat 1998)

In Deutschland wurde die Entwicklung dieses, am Lebensverlauf orientierten, Ansatzes durch die Langzeitstudie über Sozialhilfebezug der bereits erwähnten Bremer Forschungsgruppe initiiert. Dafür analysierten die ForscherInnen über mehrere Jahre zwei Stichproben von Bremer Sozialhilfeakten. Einen anderen Zugang zu diesem Ansatz wählte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das die Dynamik von Einkommensarmut anhand des Sozioökonomischen Panels (SOEP) analysierte. (Alisch/ Dangschat 1998; Leisering 2008) Leisering (2008) betont, dass beide Herangehensweisen³³, zu grundsätzlich ähnlichen Ergebnissen führen.

Ergebnisse der neueren dynamischen Forschung bzw. der Bremer Forschungsgruppe sieht Leisering (2008) folgende: Armut ist kein ewig dauernder Zustand, sondern eine Phase im individuellen Lebensverlauf, die einen Anfang als auch meistens ein Ende und eine spezifische Dauer hat sowie einen bestimmten Verlauf, der kontinuierlich bzw. diskontinuierlich sein kann. Diese Tatsachen werden als „*Verzeitlichung von Armut*“ bezeichnet. Außerdem wird konstatiert, dass Arme *Handlungsfähigkeit* besitzen und trotz Einschränkungen durch Ressourcenmangel oder Deprivation nicht als handlungsunfähige und passive Opfer gesehen werden sollten. Sie sind also in der Lage, Armut zu überwinden bzw. mit anhaltender Armut aktiv umzugehen. Außerdem kommt es zu einer „*Individualisierung von Armut*“, d.h. Armut ist bedingt durch unterschiedliche Lebensereignisse oder Übergänge im Lebensverlauf (Arbeitsplatzverlust, Scheidung oder Geburt eines Kindes) und den individuellen Umgang mit diesen Ereignissen oder Übergängen. Gleichzeitig kommt es zu einer „*sozialen Entgrenzung*“, was bedeutet dass nicht nur untere Schichten und Randgruppen ein höheres Risiko haben von Armut betroffen zu sein, sondern auch die Mitte der Gesellschaft.

Butterwegge et al. (2005) zufolge soll mit diesem Konzept nach Auffassung seiner VertreterInnen ein genaueres Bild der Armut gezeigt und herkömmliche

³³ Also die beiden Armutsdefinitionen (Sozialhilfeschwelle bzw. Einkommen) des ressourcenorientierten Armutsverständnisses.

Sichtweisen der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion infrage gestellt oder relativiert werden. Der Perspektivenwechsel vom Querschnitt zum Längsschnitt soll eine präzisere Analyse des Phänomens ermöglichen, weil die Dimension der „Zeitlichkeit“ (Dauer, Verlaufsform und Entwicklungsdynamik) systematisch berücksichtigt wird. (Butterwegge et al. 2005) Als weiteren Vorteil der dynamischen Perspektive sieht Leisering (2008), dass sich durch diese das Armutsbild verändert: So entdramatisiert die Erkenntnis, dass Armut zeitlich begrenzt ist, das Phänomen einerseits, andererseits wird mit dem Begriff der *sozialen Entgrenzung* stärker verdeutlicht als in herkömmlichen Studien, dass die Verbreitung der Armut relativ weit in die Mitte der Gesellschaft ragt. Diese Erkenntnisse liefern demnach neue Gesichtspunkte für die Armutspolitik. So wird aufgezeigt, wie notwendig es ist Wissen über individuelle Armutsprozesse zu generieren. Auch zeigen sie die Notwendigkeit detaillierteren Wissens über die Entstehung von Armutprozessen und Strategien der Betroffenen um diese zu überwinden bzw. Strategien, die dies nicht ermöglichen. Daraus ergäbe sich die Entwicklung effektiverer Interventionen. (Ebd.)

Teilweise heftig kritisiert wurde am dynamischen Ansatz einerseits die Methodik als auch die, den Kritikern zufolge, verallgemeinernde Darstellung (z.B. Butterwegge 2000a; Butterwegge 2000b; weniger heftig Dietz 1997). Sowohl der Bremer Forschungsgruppe als auch den ForscherInnen am DIW wird mangelnde Repräsentativität vorgeworfen. Alisch und Dangschat (1998) merken in diesem Zusammenhang an, dass beide Forschungsgruppen gegenseitig aufeinander verweisen, da sie trotz unterschiedlichen Armutdefinitionen zu vergleichbaren Erkenntnissen kommen. Die Begründung liegt Alisch und Dangschat zufolge aber nicht zwangsläufig an der Richtigkeit des Ansatzes, sondern darin, dass beide „schiefe“ Proben verwenden (sozial-strukturell und vor allem habituell verzerrt), die nicht korrigierbar sind (z.B. durch Gewichtung oder Quotenauswahl). Bezüglich der habituellen Verzerrungen folgern sie: „*Wenn habituelle Gründe für die Selektion, in die Stichprobe zu gelangen bedeutsam sind, dann stärkt man mit der Gewichtung der Stichprobe ‚untypische‘ Zusammenhänge zwischen Strukturen der Armut und dem Habitus der Verarbeitung von Armut*“ (Alisch/ Dangschat 1998:37). Die Verzerrung hätte dann vor allem Auswirkungen auf Erkenntnisse bezüglich der Dauer von Armut und Schlussfolgerungen auf die Einstellungen und

Verhaltensweisen von Armen. Am Ende ihrer Kritik distanzieren sie sich deutlich von einer Empfehlung die jeweiligen Datensätze aufgrund ihrer massiven Mängel zur weiteren Analyse von Armut zu verwenden – „[...] *es sei denn, man hat ein politisches Interesse daran, die Armut in Deutschland als relativ harmlos darzustellen*“ (Ebd.:37). Allerdings halten sie es durchaus für sinnvoll, Ergebnisse dieses Forschungszweiges parallel zu Querschnittsdaten der amtlichen Statistik zu verwenden.

Heftige Kritik an der Bremer Forschungsgruppe üben vor allem Butterwegge et al. (2005). Insbesondere die Gleichsetzung des Sozialhilfebezugs mit Armut wird von ihnen bemängelt, da dies zu einer Unterschätzung des realen Ausmaßes und der Breite des Phänomens führe. So sind beispielsweise Personen die Anspruch hätten, ihn aber nicht wahrnehmen, automatisch nicht in der Analyse enthalten (zur Kritik an der Sozialhilfeschwelle als Armutsdefinition vgl. Teil A, Kapitel 1.4.1.2). Außerdem kritisieren sie, dass in der Studie nur Bremer Daten enthalten sind, die durchschnittliche Bezugsdauer der Sozialhilfe aber deutlich von der in anderen westdeutschen Städten abweicht und somit keine Repräsentativität gegeben ist. Dazu komme noch ein relativ kurzer Beobachtungszeitraum, der nur einen kleinen Ausschnitt der Armutsentwicklung darstelle. Des weiteren bemängeln Butterwegge et al. (2005), dass sich die Bremer Forschungsgruppe nur auf das Phänomen der Kurzzeitarmut beschränkt und dadurch andere Formen der sozialen Ausgrenzung vernachlässigt. Insbesondere die Vernachlässigung der Langzeitarmut beanstanden sie. Außerdem gehen sie davon aus, dass durch die starke Überbetonung der individuellen Lebenslagen die Strukturen der gesellschaftlichen Ungleichheit von Einzelschicksalen überlagert wird. Letztendlich kritisieren sie, dass Armut ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des staatlichen Unterstützungssystems betrachtet wird. Dies führe „[...] *zu einer analytischen Vernachlässigung der Ursachen im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereich*“ (Ebd.:105).

2.2.2 *Duale Armutsforschung*

Einen gänzlich anderen Ansatz stellt die duale Armutsforschung dar. Sie wurde durch eine Gruppe von ForscherInnen begründet, die sich im Rahmen des

Forschungsverbundes „Armut und Kindheit“ bildete. Der Begriff der dualen Armut entwickelte sich aus einem spezifischen Armutsverständnis heraus. Die ForscherInnen wollen die Auseinandersetzung mit Armut wieder auf eine stärker gesellschaftspolitische bzw. –kritische und gesellschaftsanalytische orientierte Ebene stellen. (Chassé et al. 2005) Dieser Ansatz kann auch als Gegenkonzept zur dynamischen Armutsforschung verstanden werden, da mit der dualen Armutsforschung der Versuch einhergeht *„[...] Armut in ihrer komplexen Struktur zu erfassen, sie also nicht, wie es in der Fachdiskussion praktisch ausnahmslos geschieht, aus einem verengten, biografisierenden und individualisierenden Blickwinkel zu betrachten [wie es die dynamische Armutsforschung tut]“* (Butterwegge et al. 2005:105). Von einer anderen Vertreterin dieses Ansatzes wird der Unterschied folgendermaßen hervorgehoben: *„Während die dynamische Armutsforschung ihr Armutsverständnis mit dem Satz charakterisiert ‚Armut hat viele Gesichter‘, das Armutsproblem aufgrund seiner Erscheinungsformen somit pluralisiert und individualisiert, gehen wir von einem Nebeneinander, d.h. von einer Dualität unterschiedlicher Erscheinungsformen von Armut in unterschiedlichen ursächlichen Kontexten aus“* (Zander 2002:2, zit. nach Chassé et al. 2005:20f.)³⁴.

Butterwegge et al. (2005) sehen als Aufgabe der dualen Armutsforschung *„[...] eine fundierte Gesellschaftskritik mit anspruchsvoller Empirie [zu] verbinden [...]“* (ebd.:105), (Kinder)Armut im Kontext der Globalisierung zu betrachten und die Dualisierung der Armut zu untersuchen. Außerdem sehen sie es als Ziel sozialpolitische Handlungsperspektiven anzubieten sowie Hilfestellung bei der Erschließung subjektorientierter Handlungsansätze zu geben. Den sozialkritischen Anspruch der dualen Armutsforschung halten sie nur durch einen Mikro-Makro-Ansatz für realisierbar, der in eine umfassende Gesellschaftstheorie eingebettet ist, wobei dabei auch die Weltmarktdynamik einbezogen werden muss. Für eine kritische Armutsforschung bedeutet das eine Loslösung von der rein deskriptiven

³⁴ Bei Chassé et al. 2005 wurde Zander im Text mit Zander (2001) zitiert – im Literaturverzeichnis existiert allerdings kein Eintrag für das Jahr 2001. Da Artikel selten auf Seite 2 anfangen und der Beitrag bei Zander (2002) die Seiten 2-4 umfasst, wird davon ausgegangen, dass es sich bei 2001 um einen Tippfehler handelt. Daher wird sicherheitshalber die bei Chassé et al. 2005 vorhandene Quelle angegeben.

Analyse der Armut und dem Definitionsstreit³⁵. Zentral ist vielmehr die Darstellung von ökonomischen, politischen und sozialen Ursachen und den Folgen auf gesellschaftlicher und individueller Ebene. (ebd.)

Um diese anspruchsvollen Ziele umzusetzen, verbinden sie Ansätze unterschiedlicher Disziplinen (Soziologie, Ökonomie, Politikwissenschaft und Pädagogik) auf Mikro- und Makroebene zu einem *integrativen, einheitlichen und umfassenden* Zugang (Butterwegge et al. 2003). „*Zudem muss Armut sowohl als spezifische Form der Klassenstrukturierung wie auch als spezifische Reproduktionsform struktureller sozialer Ungleichheit analysiert werden*“ (Butterwegge et al. 2005:107). Neben dem Bezug zu Bourdieus Klassentheorie (z.B. Bourdieu 1987) verwenden sie als Herangehensweise das Konzept der Lebenslage. In Anbetracht der normativen und methodischen Probleme dieses Ansatzes wählen sie einen ‚*pragmatischen*‘ Zugang, worunter sie die Verknüpfung des Ressourcen- und Lebenslagenansatzes verstehen. (Butterwegge et al. 2005)

Unter Dualisierung der Gesellschaft verstehen die VertreterInnen dieses Ansatzes „[...] *die Zweiteilung bzw. die Spaltung in Bezug auf den Arbeitsmarkt, die Sozialstruktur, den Wohlfahrtsstaat und die Armutsbevölkerung [...]*“ (Butterwegge 2000a:49) bzw. als eine Spaltung der Bevölkerung „[...] *in Gewinner und Verlierer/innen, diese jedoch wiederum in Marginalisierte (Dauerarbeitslose, Deprivierte und Langzeitarme) einerseits sowie Geringverdiener/innen (prekär Beschäftigte, von Überschuldung Bedrohte und Kurzzeitarme) andererseits [...]*“ (Ebd.:47). Dabei richten sie ihr Augenmerk – im Gegensatz zur dynamischen Sichtweise – auch auf Langzeitarme. Als direkte Ursache für die Dualisierung sieht Butterwegge (2000a) die wirtschaftliche Globalisierung im Rahmen der Standortpolitik. Sie verhindert nicht nur die ‚*Generalisierung des Wohlstandes*‘ sondern wirkt geradezu als ‚*soziales Scheidewasser*‘. Butterwegge (2000a) sieht die Dualisierung sogar als ‚*Haupteffekt der Globalisierung*‘.

³⁵ Die Frage, wie Armut zu definieren sei.

Teil B: Konzeptioneller Rahmen

Im Folgenden soll ein Armutsmesskonzept entwickelt werden, das dem gängigen Messkonzept der EU-weiten Sozialberichterstattung entgegengestellt werden soll. Dies vor allem aus der Kritik heraus, Armutgefährdung hauptsächlich über Einkommen zu messen und die Armutsschwelle anhand einer Einkommensgrenze zu bestimmen, bei der nicht überprüft wurde, ob damit ein an der jeweiligen Gesellschaft orientierter (minimaler) Lebensstandard erreicht werden kann. (Alisch/ Dangschat 1998; Jacobs 2000; Piachaud 1992; Statistik Austria 2007a)

Daher erfolgt in diesem Teil der Arbeit zunächst eine Darstellung der Grundlagen der österreichischen Berichte zu „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen“ im Rahmen der EU-Berichterstattung. Aus der kritischen Auseinandersetzung mit diesem Konzept und den im ersten Teil beschriebenen Ansätzen der Armutsmessung wird in einem zweiten Schritt das Messkonzept entwickelt. Dem folgt die Formulierung der Forschungsfragen, sowie eine Darstellung der Operationalisierung und eine Begriffsbeschreibung. Zuletzt werden die beiden Datensätze bzw. -quellen, die der Umsetzung des Konzeptes dienen, beschrieben.

1 Die EU-geleitete Armutberichterstattung in Österreich

Beim Europäischen Rat von Lissabon wurde das Ziel gesteckt „[...] bis 2010 bei der Bekämpfung von Armut deutlich weiterzukommen und das Verständnis von Armut und sozialer Ausgrenzung im europäischen Rahmen zu verbessern, sowie den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedsländern zu fördern“ (BMSG 2004:211). Um diese Zielerreichung für die Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission messbar zu machen, erarbeitete eine Gruppe von ForscherInnen eine wissenschaftliche Grundlage für die Ableitung von Indikatoren zur

Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung. Als Ergebnis wurde beim Europäischen Rat in Laeken im Dezember 2001 ein Set von 18 Indikatoren (Laeken-Indikatoren) präsentiert, das den Bereich der sozialen Inklusion abdecken soll. (Krause/ Ritz 2006; Lamei/ Till-Tentschert 2005) EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) dient als die „[...] zentrale Grundlage zur Erhebung der vom Europäischen Rat in Laeken verabschiedeten Indikatoren zu Armut und sozialer Ausgrenzung, die die vier Dimensionen finanzielle Armut, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung umfassen. Insbesondere soll EU-SILC die Messung von finanzieller Armut abdecken“ (Lamei/ Till-Tentschert 2005:350). Vor EU-SILC diente das Europäische Haushaltspanel (ECHP) als Grundlage für die Armutsberichterstattung in der EU (in Österreich von 1995 bis 2001). Im Jahr 2003 wurde EU-SILC in Österreich³⁶ erstmalig als einmalige Querschnitterhebung durchgeführt, ab 2004 als integrierte Längs- und Querschnitterhebung. Seit dem Jahr 2005 wird die Erhebung in allen 25 EU-Mitgliedsstaaten und einigen weiteren Ländern durchgeführt. (Krause/ Ritz 2006; Lamei/ Till-Tentschert 2005; Statistik Austria 2006a, 2007a)

Dem EU-Ministerrat zufolge wird Armut in einem eher weiter gestecktem Kontext als soziale Ausgrenzung definiert: „*The poor shall be taken to mean persons, families and groups where resources (material, cultural and social) are so limited as to exclude them from a minimum acceptable way of life in the Member States in which they live*“ (Mejer 1999, zit. nach Lamei/ Till-Tentschert 2005:352). Operationalisiert wird dieses Verständnis jedoch hauptsächlich mit einem Einkommenskonzept, das um Deprivationsindikatoren in zentralen Lebensbereichen erweitert wird. (Lamei/ Till-Tentschert 2005; Statistik Austria 2007a)

Das Einkommenskonzept, das EU-SILC zugrunde liegt, berücksichtigt nur laufende Einkommen des Haushaltes (die über den Bereichszeitraum eines ganzen Jahres erhoben werden) und keine weiteren Einkünfte³⁷ (Statistik Austria

³⁶ Und sechs weiteren EU-Ländern.

³⁷ Z.B.: Vermögensbestände, Kapitaltransfers, Einkünfte aus Vermögensauflösungen und Schulden.

2007a:23). Um die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Ländern zu garantieren ist „*bei der Einkommensdimension [ist] die Festlegung von einheitlichen Berechnungsweisen und die Verwendung desselben Einkommenskonzeptes, gleicher Äquivalenzgewichtung und gleicher Armutsschwellenwerte für die vergleichende Darstellung unabdingbar*“ (Krause/Ritz 2006:152f.). Die Äquivalenzgewichtung entspricht der EU-Skala (Modifizierte OECD-Skala) bei der der erste Erwachsene im Haushalt ein Gewicht von 1 hat, jeder weitere Person über 14 Jahre eines von 0,5 und Kinder unter 14 einen Faktor von 0,3. Die Annahmen hinter einer Äquivalenzgewichtung wurden bereits im ersten Teil der Arbeit erläutert, darum wird an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen. Die Armutsgefährdungsschwelle entspricht einem Medianäquivalenzeinkommen von 60%, d.h. dass ab einem Einkommen von weniger als 60% des Medians von Armutsgefährdung gesprochen wird. Da Einkommen nur als indirektes Maß für das Vorliegen von Armut zu bewerten ist, wird bei einem Unterschreiten der Schwelle nur von Armutsgefährdung und nicht etwa von Armut gesprochen. (Statistik Austria 2007a)

Erst wenn Armutsgefährdung gemeinsam mit Deprivation auftritt, wird die Bezeichnung Armut respektive manifeste Armut verwendet. Um die Deprivation zu messen, wurden fünf Dimensionen gebildet: Primäre und sekundäre Benachteiligung in zentralen Lebensbereichen sowie (starke) gesundheitliche Einschränkungen, Wohnungsprobleme und Probleme im Wohnumfeld (vgl. nachstehende Tabelle). Unter primärer Benachteiligung wird das Unvermögen verstanden, sich grundlegende Güter oder Möglichkeiten der Lebensführung leisten zu können. Unter sekundärer Benachteiligung werden finanzielle Einschränkungen verstanden, die es den Befragten nicht erlauben Güter zu erwerben, deren Besitz als erstrebenswert gilt. Wenn in einem primären oder sekundärem Bereich zumindest drei Probleme gleichzeitig auftreten oder in einer der anderen Dimensionen zumindest zwei auf einmal, wird Deprivation unterstellt. Als mangelnde Teilhabe wird eine Situation bezeichnet, in der zwar Deprivation

vorliegt aber keine Einkommensbeschränkung³⁸. (Lamei/ Till-Tentschert 2005; Statistik Austria 2007a)

Tabelle 1: Übersicht Deprivationsindikatoren

Primäre Benachteiligung <i>(Mind. drei Probleme)</i>	Sekundäre Benachteiligung <i>(Mind. drei Probleme)</i>
Einmal im Jahr Urlaub zu machen	Gebrauchsgüter, die aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden können:
Die Wohnung angemessen warm zu halten	
Bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen	PC, Handy, Internet-Anschluss
Fleisch, Fisch od. gleichwertige veget. Mahlzeit jeden 2. Tag	DVD-Player
Unerwartet anfallende Ausgaben zu tätigen	Geschirrspülmaschine
Mit Zahlungen im Rückstand sein	PKW
Starke gesundheitliche Einschränkungen <i>(Mind. zwei Probleme)</i>	Wohnungsprobleme <i>(Mind. zwei Probleme)</i>
Hat einen sehr schlechten Gesundheitszustand	Kein Bad oder WC in der Wohnung
Durch Behinderung stark beeinträchtigt (1/2 Jahr)	Schimmel oder Feuchtigkeit
Hat eine chronische Krankheit	Dunkle Räume
	Keine Waschmaschine
Wohnumfeld <i>(Mind. zwei Probleme)</i>	
Lärmbelästigung	
Luft-/Wasserverschmutzung durch Verkehr/Industrie	
Kriminalität, Gewalt, Vandalismus	

Quelle: Statistik Austria 2007; eigene Darstellung

Mit der Definition von Armutgefährdung in EU-SILC ist keinerlei Information darüber verbunden, ob ein ausreichender Lebensstandard erreicht werden kann, sie wurde rein normativ festgelegt (BMSG 2004). Die Indikatoren, die zur Erweiterung der Armutgefährdung, der manifesten Armut, führen können, wurden für österreichische Verhältnisse nicht überprüft³⁹ (Lamei/ Till-Tentschert 2005). Bei dieser Methode zur Bestimmung von Armut ist es also äußerst fraglich, ob Deprivation und im Weiteren manifeste Armut überhaupt realitätsnah abgebildet werden können.

³⁸ D.h. ein Einkommen über dem Schwellenwert von 60% des äquivalisierten Medianeinkommens der Bevölkerung.

³⁹ Die fünf Dimensionen wurden nur sekundär-analytisch erstellt.

2 Entwicklung des Messkonzepts

Im ersten Teil dieser Arbeit wurde deutlich, dass es unterschiedlichste Aspekte gibt nach denen Armut betrachtet und definiert werden kann. Es zeigte sich aber auch, dass es „die“ Definition von Armut schlichtweg nicht gibt. Zwar fordern Butterwegge et al. (2005) für eine kritische Sozialforschung „[...] *sich von der rein deskriptiven Beschäftigung mit dem Armutsphänomen zu lösen und aufzuhören sich im Streit um Definitionen und statistische Grundlagen um sich selbst zu drehen*“ (Butterwegge et al. 2005:106), hier wird jedoch die Auffassung vertreten, dass erst eine Definition erfolgen muss, die dem Armutsphänomen näher kommt und mehr entspricht als die bisherigen, bevor die Darstellung der vielfältigen Ursachen und Folgen auf gesellschaftlicher und individueller Ebene ins Zentrum rücken kann, wie es von ihnen in diesem Zusammenhang gefordert wird.

Ziel ist es daher ein Konzept zu entwickeln, das unterschiedliche Sicht- und Herangehensweisen einiger der dargestellten Ansätze vereint und Armut somit auf eine vielfältigere Weise beschreibt. Dazu wird im Folgenden auf bereits im ersten Kapitel erörterte Aspekte der unterschiedlichen Armutsansätze oder Betrachtungsweisen eingegangen, um sie im Sinne der Konzeptentwicklung zu beleuchten.

2.1 Der Lebensstandard

Eine wichtige Rolle in der Armutsdebatte spielt der Lebensstandard von Individuen. Einerseits wird diskutiert, wie der notwendige oder minimal notwendige Lebensstandard definiert werden soll und andererseits, ob mit einem Messinstrument erhoben werden soll, ob ein bestimmter Lebensstandard prinzipiell erreichbar wäre oder ob er erreicht wurde. Dies spiegelt die unterschiedliche Betrachtungsweise der potentiellen und der tatsächlichen bzw. realisierten Versorgungslage wider. Bei der potentiellen Versorgungslage bleibt unberücksichtigt, ob die Individuen mit ihren vorhandenen Ressourcen (ob materiell oder immateriell) ein bestimmtes Versorgungsniveau oder einen bestimmten Lebensstandard erreichen, sondern nur ob es prinzipiell möglich wäre. Bei der Perspektive der tatsächlichen Versorgungslage steht im Mittelpunkt des

Interesses, welches Versorgungsniveau die Individuen tatsächlich erreicht haben. Also ob sie beispielsweise ihr Einkommen, das grundsätzlich für einen notwendigen Lebensstandard ausreichen würde auch für diesen aufwenden oder ihr ganzes Geld für z.B. Drogen ausgeben und daher dennoch in Armut leben. Insbesondere der Lebenslagenansatz und Sens Capability-Ansatz rücken diesen Aspekt in den Mittelpunkt. Aber auch Deprivationsansätze können dieser Perspektive teilweise zugerechnet werden. (Andreß/ Lipsmeier 1995; Eiffe/ Heitzmann 2006; Engels 2006; Hauser/ Neumann 1992; Jacobs 2000; Voges et al. 2003)

Dem Ressourcenkonzept wird zur Last gelegt, dass es sich nur auf die potentielle Versorgungslage bezieht und nicht auf die tatsächliche (z.B. bei Hauser/ Neumann 1992). Hier wird noch einen Schritt weitergegangen und behauptet, dass es nicht einmal die potentielle Versorgungslage widerspiegelt, da eben nicht überprüft wird, ob eine Versorgung überhaupt erreicht werden könnte. Daher soll mit dem neuen Konzept überprüfbar sein, ob ein bestimmter Lebensstandard überhaupt erreichbar wäre, wenn die vorhandenen Einkünfte dementsprechend verwendet werden würden. Es wird also auch bei diesem Konzept nicht der tatsächlich realisierte Lebensstandard überprüft werden können.

2.2 Einnahmen vs. Ausgaben

Zentral soll bei diesem Konzept die Berücksichtigung von Einnahmen als auch von Ausgaben (von Individuen bzw. Haushalten) sein. Als zusammenfassende Erkenntnis der dargestellten Ansätze der Armutsmessung ergibt sich, dass die finanziellen Ressourcen zu den wichtigsten Faktoren gehören, die Armut bestimmen. Diese Erkenntnis lässt sich implizit daraus ableiten, dass finanzielle Ressourcen in allen vorgestellten Konzepten eine Rolle spielen. Entweder direkt wie beim Ressourcenansatz oder indirekt, wie bei den anderen Ansätzen. Zwar stehen die Einnahmen nirgends so im Zentrum wie beim Ressourcenansatz, sie fließen aber bei allen anderen Ansätzen ein. Armut lässt sich oftmals nicht auf zu geringe finanzielle Ressourcen reduzieren, in Teilaspekten aber auf diese zurückführen (Dietz 1997; Hauser/ Neumann 1992; Jacobs 2000). Die Ausgaben

wiederum sind ein wichtiger Aspekt, da Einnahmen für sich noch nicht viel aussagen: Misst man Armut beispielsweise über eine Schwelle von weniger als 60% vom Medianeinkommen der Bevölkerung, sagt dieses Maß „[...] *mehr über die Einkommensverteilung aus, als über die Einkommensressourcen, die zur Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse erforderlich sind*“ (Volkert et al. 2003:37). „*Nicht zuletzt vernachlässigen solche Disparitätsmaße [Quantile und Mittelwerte] die faktischen Konsequenzen eines Unterschreitens: So ist selbst bei ‚strenger‘ Armut (an der 40%-Grenze) völlig offen, ob diese etwa die Deckung des physischen Existenzminimums in Frage stellt oder nicht*“ (Ebd.:37). Mit dem Wissen über finanzielle Ressourcen an sich kann also nicht aufgezeigt werden, welcher Lebensstandard erreicht werden könnte und es kann noch weniger Änderungen in den Kostenstrukturen anzeigen. So würde beispielsweise die Armutsquote über Jahre gleich bleiben, wenn alle Einkünfte in einer Bevölkerung proportional steigen würden. Würden die Kosten aber gleichzeitig überproportional ansteigen könnte ein Maß, das sich nur auf die Einkommenseite bezieht, dies nicht abbilden obwohl die Menschen tatsächlich weniger Geld hätten. (Lamei/ Till-Tentschert 2005)

Die Ausgaben spielen in den Ansätzen zur Armutsmessung eine eher untergeordnete Rolle. Insbesondere im Ressourcenansatz werden sie nur implizit beachtet, da davon ausgegangen wird, dass die finanziellen Ressourcen über die Beteiligung am Markt einen bestimmten Lebensstandard ermöglichen (Groh-Samberg/ Goebel 2007; Ludwig-Mayerhofer/ Barlösius 2001). Inwiefern die finanziellen Ressourcen, die notwendig sind um nicht als arm(utsgefährdet) zu gelten, ausreichen, um einen bestimmten Lebensstandard zu decken wird nicht mitberücksichtigt. Auch bei Ansätzen der relativen Deprivation werden die Ausgaben nur indirekt über den realisierten Lebensstandard einbezogen. Insbesondere bei der Lebensstandardmessung in den Studien von Andreß und Lipsmeier wird nur der Status quo des realisierten Lebensstandards berücksichtigt. So wird zwar erhoben, welche Lebensstandardmerkmale ein Haushalt aus finanziellen Gründen zurzeit nicht besitzt, ob ein Gut aber mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen ersetzt werden könnte oder nicht, spielt keine Rolle. Ein Haushalt, der Geräte besitzt, die knapp vor dem Kaputtwerden sind, diese aber nicht ersetzen könnte, wird bei diesem Ansatz also mit größter

Wahrscheinlichkeit⁴⁰ als nicht-arm eingeschätzt. Als problematisch erweist sich außerdem, dass nicht überprüft wird, ob sich ein Haushalt diese Dinge von der Einkommenssituation her prinzipiell leisten könnte oder nicht. Wenn also angegeben wird, dass etwas aus finanziellen Gründen nicht leistbar ist, das Geld aber für andere (Luxus)Güter dennoch ausgegeben wird, wird der Haushalt fälschlicherweise als arm eingestuft. Diese Situation kann auch nicht überprüft werden, wenn die Ausgaben den Einnahmen gegenübergestellt werden, es könnte aber bei weiterführenden Erhebungen zumindest unterschieden werden zwischen Personen die zu wenig Geld haben um einen bestimmten Standard zu erreichen und solchen, die dieses Geld grundsätzlich hätten, es aber aus bestimmten Gründen für etwas anderes aufwenden (Anm. J. A.: Dies entspräche in etwa Townsends Konzeption von primärer und sekundärer Armut). (Andreß 1999, 2006; Andreß/ Kronauer 2006; Andreß et al. 2004; Andreß/ Lipsmeier 1995, 1999; Lipsmeier 1999) Ansätze der Lebenslage oder Sens Capability-Ansatz beziehen sich von ihrer Konzeption her nur sehr eingeschränkt auf finanzielle Kapazitäten, sondern verstärkt auf immaterielle Dimensionen, weshalb Ausgaben naturgemäß wenig Berücksichtigung finden.

Explizit berücksichtigt werden Konsumausgaben nur bei Warenkorbstandards und in Studien zur Struktur des privaten Verbrauchs (vgl. Teil A Kapitel 1.4.2 und 1.4.3). Der klare Vorteil an der Warenkorbmethode ist, dass damit Bedarfe monetarisiert werden können und bei einem Vergleich mit den Einnahmen sichtbar wird, ob diese ausreichen oder nicht (Piachaud 1992). Dadurch wird eine Armutsgrenze festsetzbar, die zeigt, ob dieser Standard prinzipiell erreicht werden könnte oder nicht. Als Nachteil wurde bereits dargestellt, dass es schwierig ist Bedarfe über Durchschnitte zu ermitteln, insbesondere über Kostendurchschnitte, da Kosten mit unterschiedlichem Zeitaufwand (z.B. zum Nähen, Backen, Reparieren oder Kochen) verbunden sind. Diese Tatsache, aber auch die Frage danach, welche Güter und Dienstleistungen in einen Warenkorb für einen Mindeststandard einbezogen werden, verweist auf die Problematik der Werturteile, auf die weiter unten näher eingegangen wird. Im Gegensatz dazu werden bei der

⁴⁰ Das kommt natürlich auf die sonstigen Definitionskriterien an.

Analyse der Strukturen des privaten Verbrauchs die tatsächlichen Ausgabenstrukturen der Bevölkerung betrachtet und keine Mindestbedarfe oder -standards berechnet. Es wird beispielsweise untersucht, wie sich die Konsumausgaben von verschiedenen Gruppen in der Bevölkerung unterscheiden und worauf diese Unterscheidung zurückzuführen ist. (Noll 2005; Noll/ Weick 2005a, 2005b, 2006, 2007) Dabei wurde ein enger Zusammenhang zwischen den Faktoren Geschmack, Wertorientierungen und Präferenzen der Haushaltsmitglieder festgestellt aber auch einer mit den verfügbaren finanziellen Ressourcen und Merkmalen der sozialen Lage und der Struktur des Haushaltes (Noll/ Weick 2005a). Der Fokus dieses Ansatzes liegt allerdings mehr in der Aufdeckung der Gründe für die Differenzen zwischen den Verteilungen der Haushaltseinkommen und -ausgaben und den sich daraus ergebenden Unterschieden in der Betrachtung der relativen Armut. Ein wichtiges Ergebnis liegt in der Erkenntnis, dass die Einkommensarmut höher ist als die Ausgabenarmut⁴¹. (Noll 2005; Noll/ Weick 2005a, 2005b, 2006, 2007) Des Weiteren wird festgestellt, dass nicht alle Einkommensarmen auch ausgabenarm sind und einen niedrigen Lebensstandard haben, die laufenden Einkommen aber oftmals nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken. Diese Tatsachen werden unter anderem damit begründet, dass nicht alle Teile des Einkommens erhoben werden⁴² oder die Ausgaben nicht mit dem laufendem Einkommen⁴³ gedeckt werden. (Noll/ Weick 2005a, 2006, 2007)

Ein besonders wichtiger Aspekt des Konzeptes⁴⁴ ist, dass die durchschnittlichen Ausgaben der Bevölkerung dem erhobenen Einkommen der Einzelnen gegenübergestellt werden. Dabei wird der Fehler in Kauf genommen die Einkünfte nicht 100-prozentig erfasst zu haben. Aus den Ausführungen zu den Studien der Strukturen des privaten Verbrauchs geht die Annahme hervor, dass die Einkommensarmut überschätzt wird, da Einkommensarme nicht unbedingt

⁴¹ Beide definiert über die 60%-Schwelle der äquivalisierten Medianeinnahmen bzw. -ausgaben.

⁴² Manche Einkommen werden vergessen anzugeben, andere werden bewusst verschwiegen (z.B. Einkünfte aus der „Schattenwirtschaft“) und andere wie z.B. Vermögenseinkünfte werden im Einkommenskonzept gar nicht berücksichtigt.

⁴³ Z.B. durch Entsparen, Kredite oder Vermögensauflösungen.

⁴⁴ Des Konzeptes das in dieser Arbeit entwickelt wird.

ausgabenarm sind und den gleichen gesellschaftlichen Standard⁴⁵ halten können wie Personen, die nicht einkommensarm sind. Hier wird diese Tatsache jedoch so aufgefasst, dass Personen, die beispielsweise Kredite aufnehmen oder Vermögenswerte auflösen (müssen), um einen gewissen Ausgabenstandard zu halten, als armutsgefährdet verstanden werden können, da bei diesen die Einnahmen offenbar zu niedrig sind, um an einem durchschnittlichen Standard partizipieren zu können. Bei einer Orientierung an Durchschnitten können auch keine lebensstil- oder lagespezifischen Merkmale – welche die Verbrauchsstruktur einer Person oder eines Haushaltes mitbedingen – direkt berücksichtigt werden, sondern nur indirekt. Ein weiteres Problem ergibt sich dadurch, dass unterschiedliche Kostenstrukturen zwischen den Bundesländern bzw. der Peripherie und den Zentren nur ungenügend erfasst werden. Um ein einheitliches Maß entwickeln zu können, werden diese Beschränkungen jedoch akzeptiert. Ziel soll es nämlich nicht sein unterschiedliche Standards zur Armutsmessung in einer Gesellschaft zu schaffen, sondern ein Mindestmaß für alle, das sich nahe am Durchschnitt der Gesellschaft orientiert.

2.3 Das Werturteilsproblem

Die Ausführungen im ersten Teil haben klar aufgezeigt, dass in die Bestimmung von Armut oder des notwendigen Lebensstandards immer ein Werturteil einfließt, unabhängig davon, wer dieses Urteil fällt (z.B. die Bevölkerung, PolitikerInnen oder WissenschaftlerInnen). Die Werturteile für das hier entwickelte Konzept sollen so gering wie möglich gehalten werden. Daher werden keine Mindeststandards für verschiedene Bereiche festgelegt, sondern es sollen über die durchschnittlichen Ausgabenstrukturen der Bevölkerung reale Verhältnisse abgebildet werden. Auch soll nicht von außen bestimmt werden, welche Bereiche als notwendig erachtet werden und welche nicht. Das bedeutet, dass z.B. Güter wie Zigaretten und Alkohol nicht ausgeschlossen werden, sondern dass die in der Bevölkerung üblichen Ausgaben übernommen werden. Das inkludiert außerdem, dass beispielsweise nicht anhand von Standards festgelegt wird, welche Wohnungsgröße einer Person maximal zusteht und welchen Höchstpreis sie dafür

⁴⁵ Über 50% bzw. 60% der durchschnittlichen Äquivalenzausgaben.

maximal zahlen dürfte. So könnte man zwar festlegen, dass eine Person mit X_{qm} auskommen sollte und dafür maximal y Euro zahlen dürfte, diese Wohnungen müssten aber auch (sofort) zur Verfügung stehen. Außerdem kann kaum verlangt werden, dass eine Person, die kurzfristig in Armut gerät, sofort ihre bisherige Wohnung aufgibt und in eine kleinere und billigere zieht. Es ist ebenso nicht zu verachten, dass damit auch soziale (Nachbarschafts-)Netzwerke aufgelöst werden könnten, die beispielsweise Stabilität bieten. Aus ähnlichen Gründen werden auch fiktive Mieten für Eigenheime berücksichtigt. Zwar könnte man unterstellen, dass BesitzerInnen von Eigenheimen grundsätzlich in einer besseren Position sind, davon wird jedoch aus folgenden Gründen nicht ausgegangen: Erstens entspricht ein Eigenheim nicht automatisch einem ausbezahltem Eigenheim und Kredite für die Rückzahlungen entsprechen oftmals den Kosten einer Miete. Zweitens fallen selbst bei ausbezahltem Wohnungseigentum Kosten an, die als Miete betrachtet werden können. Drittens kann auch von BesitzerInnen von Eigenheimen nicht verlangt werden, dieses sofort zu verkaufen wenn sie in Armut geraten: Einerseits könnte in vielen Fällen der Verkauf nicht einmal die Kreditkosten decken und andererseits würden dann statt den Kosten für das Eigenheim Mietkosten (plus Übersiedlungskosten) anfallen. Prinzipiell wäre eine Analyse der Unterschiede zwischen den Wohnkosten von Eigentum- bzw. Mietobjekten äußererst wünschenswert. Weiter oben wurde angeführt, dass Unterschiede zwischen Lebensstilen und -lagen oder auch Regionen keine Berücksichtigung finden. Ganz unberücksichtigt bleiben sie durch die Verwendung eines Durchschnittes jedoch nicht, da nur ein Gesamtwert, der für Ausgaben zur Verfügung stehen sollte, bestimmt wird und nicht Minimal-Einzelwerte für verschiedene Lebensbereiche. Zwar bestimmt sich der Durchschnittswert über Durchschnitte der einzelnen Bereiche (wie Nahrungsmittel, Wohnen, Mobilität), das Verhältnis der unterschiedlichen Ausgaben zueinander ist letztlich aber nicht von Bedeutung.

In den beschriebenen Studien zur Lebensstandardbestimmung der Bevölkerung von Andreß und Lipsmeier war die Bestimmung des notwendigen Lebensstandards über die Einschätzung der Bevölkerung ein zentraler Aspekt. Aus den Schwierigkeiten die sich daraus ergeben den (minimal) notwendigen Lebensstandard abstrahierend für die gesamte Bevölkerung zu bestimmen, wird auch nicht auf Studien zurückgegriffen, in denen die Bevölkerung subjektiv den

Standard bestimmt, um einen solchen festzulegen (vgl. Teil A, Kapitel 1.4.4.2, S. 36). Dietz warnt überhaupt vor der – zumindest alleinigen – Verwendung von Standards, da die Gefahr besteht, „daß [sic!] sich – im Alltagsdenken wie in der wissenschaftlichen Debatte – die Vorstellung etabliert, die konkrete Erfassung relativer Armut hätte sich an einem Minimum zu orientieren, während die 'restliche' Gesellschaft 'ihren' Durchschnitt oberhalb des 'Standards' definiert und somit die 'Parias' erneut segregiert und diskriminiert. Die Festlegung des Bedarfs alleine durch Standards ist somit unzulässig“ (Dietz 1997:103f.). Darauf verweist zum Beispiel das Ergebnis von Andreß und Lipsmeier (1995), das besagt, dass mehr als die Hälfte der Haushalte Dinge besitzt, die als entbehrlich eingestuft wurden aber weniger als die Hälfte diese als notwendig bezeichnen. Es ist leicht zu behaupten, dass etwas nicht notwendig ist, solange man es hat.

Trotz solcher „Verfehlungen“ des Urteils kann folgende Erkenntnis als Argument für die Verwendung von durchschnittlichen Ausgaben als Armutsindikator verwendet werden: Viele Güter und Dienstleistungen, die in der Gesellschaft weit verbreitet sind, werden von der Bevölkerung auch als notwendig eingestuft (Lipsmeier 1999). Daraus wird geschlossen, dass in den durchschnittlichen Ausgaben der Bevölkerung auf jeden Fall die notwendigen Güter und Dienstleistungen enthalten sind und zu einem kleineren Teil entbehrliche Dinge. Ziel ist es aber sowieso nicht, entbehrliche Güter und Dienstleistungen aus einer Lebensstandardbestimmung auszuschließen, da diese ja am Durchschnitt orientiert sein soll und nicht am physischen Existenzminimum. Außerdem stellte sich in einer Studie von Mack und Lansey (1985) heraus, dass für die Mehrheit der Befragten Armut⁴⁶ nicht erst beginnt, wenn Merkmale des Grundbedarfs fehlen, sondern schon beim Fehlen von Items die eher die Lebensqualität oder Teilhabe an sozialen Aktivitäten messen (Lipsmeier 1999).

⁴⁶ Definiert als „erzwungener Verzicht auf 'socially perceived necessities' “ (Lipsmeier 1999:289).

2.4 Der Haushaltskontext

Wie bei anderen Ansätzen, insbesondere dem Konzept der Einkommensarmut, wird auch in dieser Arbeit der Haushaltskontext für die Bestimmung von Armut miteinbezogen. Einerseits wird das mit der Annahme begründet, dass alle Haushaltsmitglieder an Lebensstandardmerkmalen (wie z.B. dem Einkommen oder Einrichtungsgegenständen) des Haushaltes gleichermaßen partizipieren und andererseits Einsparungseffekte („Economie of Scale“) durch das gemeinsame Wirtschaften eintreten. Auch unterscheidet sich das Haushaltseinkommen von den persönlichen Erwerbseinkommen durch z.B. (staatliche) Transferleistungen. Zusätzlich können Personen ohne eigenes Erwerbseinkommen (z.B. Hausfrauen/-männer) die aber im Haushalt leben und partizipieren berücksichtigt werden. (Ludwig-Mayerhofer/ Barlösius 2001) Die bedeutende Rolle von Äquivalenzgewichten wurde bereits im ersten Teil der Arbeit angesprochen. An dieser Stelle wird nur kurz darauf verwiesen, dass für die Berechnungen mit dem neu entwickelten Armutsmesskonzept die gleiche Äquivalenzskala verwendet wird, wie im Einkommenskonzept der EU-weiten Armutsberichterstattung. Einerseits um eine bessere Vergleichbarkeit der beiden Konzepte zu gewährleisten und andererseits, weil dieses Thema in einer eigenen Arbeit behandelt werden könnte und die Ausmaße einer Diplomarbeit nicht gesprengt werden sollen.

2.5 Der Fokus des Messkonzeptes

Diese Arbeit fokussiert also nur einen kleinen Teilaspekt der weitläufigen Armutsdebatte: Es soll überprüft werden, ob die vorhandenen Einkünfte eines Haushaltes prinzipiell ausreichen würden, um einen am österreichischen Durchschnitt orientierten Lebensstandard erreichen zu können. Ist dies nicht der Fall, wird diese Situation als „*Teilhabegefährdung*“ bezeichnet werden. Mithilfe eines subjektiven Außenkriteriums soll herausgefunden werden, ab welcher Schwelle (bzw. dem Abstand der Annahmen zu den durchschnittlichen Ausgaben) diese Situation (durchschnittlich) umschlägt und das Leben besonders negativ beeinflusst. Die Bestimmung dieses Außenkriteriums wird Teil der Fragestellung sein. Prinzipiell wird aber erst ab diesem Punkt die Bezeichnung *Armutgefährdung* verwendet. Um die Vergleichbarkeit mit dem gängigen

Einkommenskonzept der Armutsberichterstattung in der EU zu gewährleisten, wird der Begriff der *manifesten Armut* in einem Aspekt gleich sein: Mit dem Begriff der Deprivation⁴⁷, d.h. es werden die gleichen Indikatoren zugrunde gelegt um Deprivation zu messen, obwohl das Zutreffen dieser für Österreich nur sekundäranalytisch überprüft wurde (Lamei/ Till-Tentschert 2005). Mit der Einbeziehung der subjektiven Ebene bei der Bestimmung von Armutsgefährdung wird zumindest einem möglichen Aspekt des Lebenslageansatzes Rechnung getragen: der subjektiven Interpretation der objektiv gegebenen Lebenssituation (Esser 1993).

Insgesamt soll durch diese Herangehensweise ein differenzierteres Bild von materieller Armut(sgefährdung) geschaffen werden, als es mit dem gängigen Einkommensmodell möglich ist. Einerseits soll die Gefahr der Entfernung vom Wohlstandsdurchschnitt⁴⁸ stärker hervorgehoben werden, was mit der strengeren Grenze der Teilhabegefährdung ausgedrückt werden soll, die viel näher am Durchschnitt angesetzt wird als die Armutsgefährdungsschwelle des gängigen Konzepts. Andererseits soll das Situationsempfinden der Betroffenen zur Definition beitragen, da die Information über den Abstand zur Mitte nichts über die Situation selbst aussagt. Einen wichtigen Aspekt werden auch die Abstände der unterschiedlichen Armutsgrenzen zueinander und die damit verbundenen Möglichkeiten des Lebensstandards bilden. So wird beispielsweise zu überprüfen sein, ob mit einer Armutsgrenze von 60% des Medians überhaupt am Durchschnitt orientierten Grundbedürfnisse wie Wohnen, Nahrung und Ausgaben für die Gesundheit leistbar wären. Interessant ist auch wie sich der prozentuale Anteil der Deprivierten bei den verschiedenen Armuts- bzw. Teilhabegefährdungsschwellen verändert und ob diese Anteile stark voneinander abweichen. Im nächsten Kapitel wird konkreter auf die sich ergebenden Fragestellungen und Hypothesen eingegangen. Davor wird das eben theoretisch entwickelte Konzept aber nochmals zusammengefasst dargestellt.

⁴⁷ Manifeste Armut liegt bei beiden Konzepten dann vor, wenn Armutsgefährdung und Deprivation gleichzeitig vorliegen. Die Begriffe der Armutsgefährdung differieren jedoch, wie beschrieben.

⁴⁸ Dieser entspricht hier den durchschnittlichen Konsumausgaben der Bevölkerung.

Der Armutsbegriff wird in drei hierarchisch aufgebauten Schritten entwickelt. Die Basis bildet die **Teilhabegefährdung**, die sich ergibt, wenn die vorhandenen Einnahmen einer Person niedriger sind, als die durchschnittlichen Ausgaben⁴⁹ der Bevölkerung. Die Teilhabegefährdung wird angenommen, da sich diese Person unter dem Wohlstandsdurchschnitt der Bevölkerung befindet. Der Begriff der **Armutsgefährdung** leitet sich aus dieser Schwelle ab: Ab dem Wert der Differenz, bei dem die Teilhabegefährdung die Lebenssituationsbewertung der Befragten auffällig negativ beeinflusst, wird von einer Armutsgefährdung ausgegangen. Es stehen zwei Außenkriterien⁵⁰, mit denen diese subjektive Bewertung erfolgen soll, zur Verfügung. Welches davon letztendlich verwendet werden wird und ab welchem Punkt die auffällig negative Beeinflussung konstatiert werden wird, wird empirisch zu überprüfen sein. Der Begriff der **manifesten Armut** (Statistik Austria 2007a) wird Verwendung finden beim Vorliegen von Armutsgefährdung mit dem gleichzeitigen Auftreten von Deprivation. **Deprivation** liegt dann vor, wenn mindestens in einer von fünf Dimensionen mindestens zwei⁵¹ bzw. drei Probleme gleichzeitig auftreten (Statistik Austria 2007a) (vgl. die Ausführungen zu den Deprivationsindikatoren in Teil B, Kapitel 1 bzw. Tabelle 1 in diesem Kapitel).

Dieses Konzept wird dem gängigen Konzept der EU-weiten Armuts- und Sozialberichterstattung gegenübergestellt, welches von „Einkommensarmut“ spricht, wenn das äquivalisierte Einkommen einer Person unter 60% des Medianäquivalenzeinkommens der Bevölkerung liegt. „Manifeste Armut“ liegt beim gemeinsamen Auftreten von Einkommensarmut und Deprivation vor. Armutsgefährdet sind Personen diesem Konzept nach, wenn sie einkommensarm oder von manifester Armut betroffen sind. (Statistik Austria 2007a) Für eine Übersicht der beiden Konzepte siehe folgende Tabelle.

⁴⁹ Sowohl bei den Einkommen als auch bei den durchschnittlichen Ausgaben werden die äquivalenzgewichteten Werte verwendet um eine Vergleichbarkeit von Personen aus unterschiedlich großen Haushalten zu gewährleisten.

⁵⁰ Einerseits die Frage nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit und andererseits die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen.

⁵¹ Bei den Dimensionen.

Tabelle 2: Übersicht EU-Messkonzept und entwickeltes Messkonzept

EU-Messkonzept		Entwickeltes Messkonzept
Teilhabe- gefährdung	–	Durchschnittliche Ausgaben* der Bevölkerung sind höher als das Einkommen* einer Person
Einkommensarmut bzw. Armuts- gefährdung	Einkommensarmut: Einkommen* einer Person kleiner als 60% des Medianeinkommens* der Bevölkerung	Armutsgefährdung: Teilhabegefährdung und subjektiv negatives Empfinden der objektiven Situation
Manifeste Armut	Armutsgefährdung und Deprivation	Armutsgefährdung und Deprivation
Primäre Benachteiligung (Mind. drei Probleme)		
Einmal im Jahr Urlaub zu machen		
Die Wohnung angemessen warm zu halten		
Bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen		
Fleisch, Fisch (oder gleichwertige vegetarische Mahlzeit) jeden 2. Tag		
Unerwartet anfallende Ausgaben zu tätigen		
Mit Zahlungen im Rückstand sein		
Sekundäre Benachteiligung (Mind. drei Probleme)		
Gebrauchsgüter, die aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden können: PC, Handy, Internet-Anschluss, DVD-Player, Geschirrspülmaschine, PKW		
Starke gesundheitliche Einschränkungen (Mind. zwei Probleme)		
Hat einen sehr schlechten Gesundheitszustand		
Durch Behinderung stark beeinträchtigt (1/2 Jahr)		
Hat eine chronische Krankheit		
Wohnungsprobleme (Mind. zwei Probleme)		
Kein Bad oder WC in der Wohnung		
Schimmel oder Feuchtigkeit		
Dunkle Räume		
Keine Waschmaschine		
Wohnumfeld (Mind. zwei Probleme)		
Lärmbelästigung		
Luft-/Wasserverschmutzung durch Verkehr/Industrie		
Kriminalität, Gewalt, Vandalismus		

Deprivation¹

¹ Auftreten von zwei oder drei Problemen in zumindest einem Indikator; * äquivalisiert;
Quelle: Statistik Austria 2007; eigene Darstellung

3 Forschungsfragen

Auf Basis der vorangegangenen Überlegungen und des Ziels dieser Arbeit, ergeben sich folgende Forschungsfragen.

- ❖ Reichen die vorhandenen Einkünfte eines Haushaltes prinzipiell aus, damit die darin lebenden Personen einen am österreichischen Durchschnitt orientierten Lebensstandard erreichen können? Anders gefragt: Wie viele Personen in Österreich sind von Teilhabe- bzw. Armutsgefährdung betroffen?
- ❖ Ab welcher Differenz der Einkünfte zu den durchschnittlichen Ausgaben wird die subjektive Bewertung der objektiven Situation durch die Betroffenen auffallend negativ? Ab welchem mittleren, negativen Wert der Abweichung des Einkommens von den Ausgaben, sollen Personen als Armutsgefährdet bezeichnet werden?
- ❖ Inwiefern überschneiden sich die Gefährdungstufen der beiden Messkonzepte?
- ❖ In welchem Verhältnis stehen die Medianeinkommen der verschiedenen Armutsformen der beiden Konzepte zu den durchschnittlichen Ausgaben?
- ❖ Inwiefern unterscheidet sich der Anteil der Armutsgefährdeten und der in manifester Armut lebenden Personen nach den beiden Messkonzepten?

4 Operationalisierung und Begriffsdefinitionen

Unter Einnahmen wird, um die größtmögliche Vergleichbarkeit mit EU-SILC herzustellen, das **verfügbare Haushaltseinkommen** verstanden. Dieses beinhaltet die Summe der laufenden Jahreseinkommen aller Personen im Haushalt: Erwerbseinkommen (unselbständig und selbstständig), Kapitalerträge (Zinsen), Pensionen (Eigen- und Hinterbliebenenpensionen), Sozialtransfers (Arbeitslosen-, Familienleistungen, Wohnbeihilfe, etc.) und Privattransfers (Unterhaltszahlungen, Alimente, usf.). Davon abgezogen werden jedoch noch

getätigte Privattransfers sowie Steuern und Sozialabgaben. (Statistik Austria 2007a) Für die Zwecke der Vergleichbarkeit mit den durchschnittlichen Ausgaben aus der Konsumerhebung⁵² wird das **monatlich** verfügbare Haushaltseinkommen verwendet (Anm. J.A.: das jährlich verfügbare Haushaltseinkommen durch 12 dividiert).

Um Haushalte unterschiedlicher Größe vergleichen zu können, wird das verfügbare Haushaltseinkommen **äquivalisiert**, d.h. durch die Summe der Konsumäquivalente des Haushaltes dividiert. Das erste Konsumäquivalent (=1,0) ergibt sich, indem eine allein lebende erwachsene Person als Referenzpunkt gewählt wird. Es wird unterstellt, dass der Ressourcenbedarf für jede weitere erwachsene Person um 0,5 steigt und für Kinder unter 14 Jahre um 0,3. Summiert für alle Personen im Haushalt ergibt sich daraus das Äquivalenzgewicht. Diese Gewichtung folgt der EU-Skala (modifizierte OECD-Skala), die der gleichen Gewichtung entspricht wie der in EU-SILC. (Statistik Austria 2007a)

Unter Ausgaben oder auch Konsumausgaben werden die **durchschnittlichen monatlichen Ausgaben** der österreichischen Bevölkerung verstanden⁵³. Für die Berechnung des Durchschnittes wird der **Median** herangezogen. Einerseits um ein Wohlstandsmaß für die Mitte der Gesellschaft entwickeln zu können und andererseits, weil der Median robuster in Bezug auf Ausreißer ist. Auch hier werden die **äquivalisierten** Ausgaben verwendet, um vergleichbare Aussagen tätigen zu können. Wie bei EU-SILC wurde auch bei der Konsumerhebung die EU-Skala verwendet (Statistik Austria 2006b).

Teilhabegefährdung liegt vor, wenn das äquivalisierte monatliche Einkommen einer Person geringer ist, als die durchschnittlichen äquivalisierten Medianausgaben der Österreichischen Bevölkerung. Ist die Differenz Null, hat eine Person genauso viel zur Verfügung wie durchschnittlich ausgegeben wird und

⁵² Diese liegen in Monatswerten vor.

⁵³ Diese wurden von September 2004 bis September 2005 erhoben (vgl. die Beschreibung der verwendeten Datenquellen).

gilt somit nicht als teilhabegefährdet, ebenso Personen, deren Einkommen über den Durchschnittsausgaben liegen.

Die **Teilhabschwelle (b)** entspricht den durchschnittlichen Ausgaben der Bevölkerung. Die **Teilhabelücke (b)** entspricht dem Abstand der Einnahmen zu diesen durchschnittlichen Ausgaben in Prozent dieser Ausgaben. Die **Teilhabegefährdungsschwelle (b)** entspricht der Differenz zwischen dem äquivalisierten Haushaltseinkommen einer Person und den durchschnittlichen Ausgaben der Bevölkerung.

Armutsgefährdungslücke (a) ist die Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle. Diese wird in Prozent der Schwelle ausgedrückt. Die **Armutsgefährdungsschwelle (a)** entspricht 60% des äquivalisierten Mediannettoeinkommens der Bevölkerung. (Statistik Austria 2007a)

Als **einkommensarm (a)** (im Sinne der EU-Berichterstattung) gilt eine Person dann, wenn ihr Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians liegt. **Armutsgefährdung (a)** tritt dann auf, wenn eine Person entweder einkommensarm ist oder gleichzeitig einkommensarm und depriviert ist (=manifeste Armut). (Statistik Austria 2007a)

Armutsgefährdet (b) (der entwickelten Konzeption zufolge) ist eine Person, wenn eine Teilhabegefährdung vorliegt – die Teilhabegefährdungsschwelle einem negativen Wert entspricht – und diese objektive Situation subjektiv auffällig schlecht bewertet wird. Diese **subjektive Bewertung** wird entweder über die Variable „Zufriedenheit mit dem gesamten Einkommen“ (P120020) für einen Einpersonenhaushalt bzw. der Variable „Zufriedenheit mit dem gesamten Haushaltseinkommen“ (P120030) für einen Mehrpersonenhaushalt oder mit der Variable „Zufriedenheit mit dem Leben“ (P120060) erhoben. Die Antwortausprägungen lauten jeweils: 1 „Sehr unzufrieden“, 2 „Ziemlich unzufrieden“, 3 „Eher unzufrieden“, 4 „Eher zufrieden“, 5 „Ziemlich zufrieden“, 6

„Sehr zufrieden“ (Statistik Austria 2007b). Ab wann diese **subjektiv negative** Bewertung als **auffällig** bezeichnet wird, kann erst anhand einer empirischen Auswertung bestimmt werden.

Deprivation liegt bei beiden Konzepten dann vor, wenn in einer von fünf Dimensionen mindestens zwei⁵⁴ oder drei⁵⁵ Probleme gleichzeitig auftreten (Statistik Austria 2007a). Diese fünf Dimensionen und die dazugehörigen Variablen sind Tabelle 1 in Teil B, Kapitel 1 zu entnehmen.

Manifeste Armut (a) (im Sinne der EU-Berichterstattung) liegt vor, wenn Einkommensarmut (a) und Deprivation zusammenfallen (Statistik Austria 2007a). Der entwickelten Konzeption zufolge tritt **manifeste Armut (b)** auf, wenn Armutsgefährdung (b) und Deprivation zusammenfallen.

Die Bezeichnung **mangelnde Teilhabe (a)** trifft zu, wenn zwar Deprivation vorliegt aber keine Armutsgefährdung (a) (also weder Einkommensarmut noch manifeste Armut) (Statistik Austria 2007a). Auch beim entwickelten Konzept wird von **mangelnder Teilhabe (b)** ausgegangen, wenn eine Person zwar depriviert aber nicht armutsgefährdet (b) ist.

Der **Migrationshintergrund des Haushaltes** wird folgendermaßen definiert: Wenn eine Person im Haushalt als Person mit Migrationshintergrund definiert wurde, wird dem Haushalt ein Migrationstatus zugeordnet. Als MigrantInnen gelten: Eingebürgerte ÖsterreicherInnen (mit einer vormaligen Staatsbürgerschaft, die nicht aus EU25/EFTA war) und Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft (nicht: aus EU25/EFTA).

Die Variable **Arbeitslosigkeit** bezieht sich auf die Selbsteinschätzung der Erwerbstätigkeit im Jahr 2004. Waren Personen im Jahr 2004 weniger als sechs

⁵⁴ In den Dimensionen Gesundheit, Wohnungsprobleme oder Wohnumgebung.

⁵⁵ Für das Vorliegen von primärer oder sekundärer Benachteiligung.

Monate arbeitslos (aber mindestens 1 Monat lang), trifft die Bezeichnung „**Kurzzeitarbeitslosigkeit**“ zu, dauerte sie sechs Monate oder länger an, gilt eine Person als „**langzeitarbeitslos**“. (Statistik Austria 2007a)

Wenn im Haushalt eine Frau den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet, hat der Haushalt eine **Hauptverdienerin**, leistet ein Mann den größten Beitrag hat der Haushalt einen **Hauptverdiener**. (Statistik Austria 2007a)

Die **Haupteinkommensquelle des Haushalts** entspricht der „[...] *Einkommensquelle des Haushaltes, die den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet*“ (Statistik Austria 2007a:89). Bei den Einkommensquellen werden unterschieden „[...] *Erwerbseinkommen (getrennt nach unselbständiger und selbständiger Arbeit), Sozialleistungen, Pensionen und private Einkommen (Unterhaltszahlungen und sonstige Privattransfers, Kapitaleinkommen)*“ (ebd.: 89). Privattransfers sind „*Alimente und Unterhaltszahlungen und freiwillige Unterstützungen zwischen Haushalten*“ (ebd.: 89).

Die **Erwerbsintensität des Haushaltes** wird folgendermaßen berechnet: „*Anteil erwerbstätiger Personen nach Anzahl erwerbstätiger Monate im Jahr 2004 an allen Personen im Erwerbsalter (20 - 64 Jahre), unter Berücksichtigung von Voll- oder Teilzeit, Teilzeit erwerbstätige Monate werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Wurden mehr als 75% der maximalen Erwerbsmonate im Haushalt erreicht, zählt das als volle Erwerbstätigkeit, bis zu 75% zählt als teilweise Erwerbstätigkeit, keine Erwerbstätigkeit bei null Erwerbsmonaten. Ausgewiesen werden nur Personen in Haushalten mit mindestens einer Person im Erwerbsalter*“⁵⁶ (Statistik Austria 2007a:93).

⁵⁶ Vollzeit: Person arbeitet mind. 35 Wochenstunden oder hat sich selbst als Vollzeit erwerbstätig eingestuft. Teilzeit: Person arbeitet weniger als 35 Stunden in der Woche oder hat sich selbst als Teilzeiterwerbstätig definiert. (Statistik Austria 2007a)

Die **Haupttätigkeit (2005)** entspricht der Selbsteinschätzung der aktuellen Haupttätigkeit (Statistik Austria 2007a).

5 Beschreibung der verwendeten Datenquellen

5.1 EU-SILC-Datensatz

Die Grundgesamtheit von EU-SILC⁵⁷ sind Personen in Privathaushalten in Österreich, womit Personen ohne festen Wohnsitz und Personen in Anstaltshaushalten (z.B. Pflegeheime, Gefängnisse, Altersheime) nicht in der Erhebung aufscheinen. Erhebungseinheiten bilden die Privathaushalte mit deren BewohnerInnen. Aufgenommen werden Haushalte in die Erhebung wenn in diesen mindestens eine Person wohnt, die dort hauptgemeldet ist und ein Mindestalter von 16 Jahren erreicht hat. (Statistik Austria 2007a)

Beim Forschungsdesign handelt es sich seit EU-SILC-2004 um ein integriertes Quer- und Längsschnittsdesign: Die Stichprobe wird in ca. vier gleich große Rotationsgruppen unterteilt, wobei jedes Jahr ein Viertel ausscheidet und ein neues dazukommt; d.h., dass jedes Viertel für vier Jahre in der Stichprobe bleibt und danach ausscheidet. Die Stichprobe 2005 besteht daher aus ca. drei Viertel wiederbefragten⁵⁸ („Folgebefragungshaushalte“) und ca. einem Viertel neu gezogenen Haushalten („Erstbefragungshaushalte“). Auswahlgrundlage für die Ziehung der Erstbefragungsadressen bildete 2005 das Zentrale Melderegister (ZMR)⁵⁹. Die Stichprobe für 2005 umfasste zu Beginn der Feldarbeit 5.624 Haushalte, die sich aus 2.126 Adressen der Erstbefragungshaushalte und 3.498 Adressen der Folgebefragung (aus dem Jahr 2004) zusammensetzte. Aufgrund von Erhebungsproblemen⁶⁰ mussten zusätzliche Adressen für die Erstbefragung

⁵⁷ An dieser Stelle möchte ich der Statistik Austria und dem Institut für Soziologie (Wien) dafür danken, dass mir die Daten zur Verfügung gestellt wurden.

⁵⁸ Aus EU-SILC-2004 wiederbefragt.

⁵⁹ Mit Stand 31. Dezember 2004.

⁶⁰ Weder die erforderliche Interviewzahl noch die geforderten Ausschöpfungsquoten wurden erreicht.

an das Erhebungsinstitut ausgegeben werden und die Stichprobe der Folgerhebung musste vergrößert werden, indem die Rotationsgruppe 4 mit der Rotationsgruppe 1⁶¹ aus dem Jahr 2004 verstärkt wurde. Von den 8.494 Adressen der Bruttostichprobe verblieben 8.383 gültige Adressen, von denen 147 nicht erfolgreich kontaktiert werden konnten. Von den 8.263 verbliebenen Haushalten wurde bei 5.164 Haushalten ein Haushaltsinterview durchgeführt und bei 3.072 Haushalten nicht. Nach Ausschluss von Haushaltsinterviews die aufgrund qualitativer Mängel nicht im Datensatz behalten wurden, umfasst der Datensatz letztendlich 5.148 erfolgreich befragte Haushalte. In diesen 5.148 verbliebenen Haushalten lebten insgesamt 13.043 Personen von denen 10.364 interviewt wurden⁶². Im Datensatz befinden sich daher 10.419 Personeninterviews⁶³. (Statistik Austria 2007a)

Die Erhebungszeit war ursprünglich für 14 Wochen (von Ende April bis Ende Juli 2005) angesetzt, musste aber aufgrund der weiter oben genannten Erhebungsprobleme deutlich auf 33 Wochen erweitert werden. Dennoch lagen sowohl die Ausschöpfungsquoten für die Erstbefragungs- als auch die der Folgebefragungsadressen unter der angestrebten Ausschöpfung. (Statistik Austria 2007a)

Die Durchführung der Feldarbeit folgte mittels CAPI-Technik (Computer Assisted Personal Interviewing), die u.a. Plausibilitätsprüfungen schon während der Erhebungszeit ermöglicht. Die Daten wurden sowohl gewichtet (Designgewicht, Non-Response-Gewichtung und Anpassungsgewicht) als auch teilweise imputiert (Statistik Austria 2007a).

⁶¹ Diese wäre eigentlich ausgeschieden.

⁶² 2.624 Personen waren jünger als 16 Jahre und wurden deswegen nicht interviewt; 55 Personen konnten aus anderen Gründen nicht interviewt werden, deren Interviews wurden allerdings vollständig imputiert.

⁶³ Bei 2.550 dieser Interviews handelt es sich allerdings um Proxy-Interviews (d.h. eine Person im Haushalt gibt Auskunft über ein anderes Haushaltsmitglied).

5.2 Konsumerhebung

Mit der Konsumerhebung werden in fünfjährigen Abständen Verbrauchsausgaben und Daten zum Lebensstandard der Bevölkerung erhoben. (Statistik Austria 2006b) Auch bei der Konsumerhebung 2004/05 besteht die Grundgesamtheit der Stichprobe aus Personen in Privathaushalten in Österreich. Personen, die in Anstalten leben oder keinen festen Wohnsitz haben werden daher auch hier nicht befragt. Die repräsentative Stichprobe wurde zufällig aus dem ZMR gezogen, war jedoch proportional nach Bundesländern geschichtet. Die Bruttostichprobe bestand aus 20.000 Adressen, wobei sich netto eine Ausschöpfung von 8.400 Erhebungsunterlagen ergab, was einer Rücklaufquote von 42% entspricht. Durchgeführt wurde die Erhebung vom 20. September 2004 bis zum 25. September 2005. Sie umfasst also ein gesamtes Jahr und bezieht auch Ausgaben für spezielle Anlässe wie z.B. Weihnachten ein. *„Die Erhebungsperioden waren auf 52 sich überlappende Buchführungszeiträume, zu je 14 Tagen, festgelegt“* (Statistik Austria 2006c:17).

Während dieser zwei Wochen führten die Haushalte ein Haushaltsbuch mit genauen Aufzeichnungen über die Ausgaben aller Haushaltsmitglieder. Vor und nach diesem Buchführungszeitraum wurden Face-to-Face-Interviews durchgeführt, bei denen das Haushaltsbuch erklärt wurde bzw. weitere Fragen zum Haushalt, den darin lebenden Personen und bestimmten Ausgaben, die mit dem Haushaltsbuch nicht erfragt wurden, erhoben wurden. Dabei handelte es sich um Ausgaben, die für die Berechnung der Gesamtverbrauchsausgaben unverzichtbar sind, wie z.B. dem Wohnungsaufwand oder Ausgaben die unregelmäßig anfallen aber laufend getätigt werden wie z.B. Versicherungen. Außerdem wurden auch größere Anschaffungen für die letzten 12 Monate erfragt (z.B. Urlaubsreisen, Auto). (Statistik Austria 2006c)

Da für die vorliegende Diplomarbeit nicht auf die Mikrodaten der Konsumerhebung zurückgegriffen wird, sondern auf die Auswertungen aus einer Publikation, wird an dieser Stelle kurz darauf hingewiesen, dass für Eigentümerwohnungen (Haus- und

Wohnungseigentümer) fiktive Mietwerte⁶⁴ errechnet wurden. Außerdem wurden nicht nur durchschnittliche Haushaltsausgaben berechnet, sondern Äquivalenzausgaben⁶⁵, auf die zurückgegriffen werden wird. (Statistik Austria 2006b)

⁶⁴ Aus dem Mikrozensus.

⁶⁵ Nach der gleichen Skala (neue OECD-Skala) wie in EU-SILC.

Teil C: Ergebnisse

In diesem Teil der Arbeit werden zunächst die Ergebnisse der Konzeptentwicklung dargestellt. Dem folgt eine Übersicht der beiden Konzepte in Form von Tabellen (Verteilung der Gefährdungstufen nach unterschiedlichen Merkmalen) und deren Beschreibung. Danach werden die beiden Konzepte nach verschiedenen Dimensionen verglichen und schließlich werden die Forschungsfragen noch einmal zusammengefasst beantwortet.

1 Konzeptentwicklung

Zunächst wird hier beschrieben, unter welchen Gesichtspunkten die Armutsgefährdungsschwelle bestimmt wurde, da dies ein zentraler Aspekt der vorliegenden Arbeit ist. Danach werden die entstandenen Gefährdungsschwellen und die des gängigen Konzepts beschrieben und überblicksmäßig dargestellt.

1.1 Bestimmung der Armutsgefährdungsschwelle

Die subjektive Bewertung der objektiven Situation ist aus soziologischer Sicht besonders bedeutend, weil der sozialen Handlung immer erst die subjektive Interpretation und Bewertung vorangehen muss.

Für das hier behandelte soziale Phänomen der Armut stellt sich die Frage, wie sich allgemeine Urteile über die subjektive Zufriedenheit mit der Einkommenssituation bzw. der Differenz aus Einnahmen minus Ausgaben darstellen. Prinzipiell lässt sich vermuten und die Hypothese aufstellen, dass sich Personen subjektiv zufriedener zeigen, wenn die monatliche Differenz zwischen Einnahmen und durchschnittlichen Ausgaben positiv ist (d.h. haushaltsbezogener Überschuss, Sparpotential des Haushaltes), da sich der Haushalt einen durchschnittlichen Lebensstandard leisten kann und monatlich etwas ansparen

könnte. Im umgekehrten Fall, bei negativer Differenz aus monatlichen Einnahmen und Ausgaben (Schuldensituation oder Einschränkung) sollte die subjektive Bewertung schlechter ausfallen: Steht dem Haushalt monatlich weniger Einkommen zur Verfügung als der Durchschnitt für Konsum ausgibt, dann werden sich auch die subjektiven Zufriedenheitsurteile negativ, in Richtung Unzufriedenheit, bewegen. Die Partizipation an der Gesellschaft und ein durchschnittlicher Wohlstand können so nicht vollständig erreicht werden. Es kann also ein Zusammenhang hergestellt werden zwischen der objektiven Situation (Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben) sowie der dadurch möglichen Partizipation am durchschnittlichen Lebensstandard⁶⁶ und der subjektiven Bewertung der Einnahmen- und Ausgabensituation des Haushaltes⁶⁷.

Für die Beantwortung dieser Fragestellung stehen bei EU-SILC zwei mögliche und auch interessante subjektive Bewertungsfragen zur Verfügung: Dabei handelt es sich um Zufriedenheitsindikatoren, die einerseits die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes, und andererseits mit dem Leben insgesamt messen.⁶⁸

Die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Leben ist eine sehr allgemein gehaltene Fragestellung, die nicht näher auf einen zentralen Lebensbereich, wie z.B. Familie, Beruf, Freizeit etc., fokussiert. In die diesbezügliche Zufriedenheitsbewertung werden vermutlich alle bzw. mehrere dieser Bereiche eingehen – sie bleibt daher nicht auf die Bewertung der finanziellen Ressourcen beschränkt. Die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Einkommen hingegen ist konkreter, weil sie einen bestimmten Lebensbereich genau anspricht. Von daher

⁶⁶ Hier: Finanziell leistbare Partizipation am durchschnittlichen Konsumniveau der österreichischen Bevölkerung.

⁶⁷ Wie dieser Zusammenhang jedoch beschaffen ist, ob linear oder nicht, darüber kann zuerst einmal nur spekuliert werden.

⁶⁸ Der genaue Wortlaut der Fragen war folgender: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem gesamten Einkommen? Sind Sie...“ (Einkommenshaushalte); „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem gesamten Haushaltseinkommen? Sind Sie...“ (Mehrpersonenhaushalte); „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben? Sind Sie...“. Die Fortsetzung dieser Antworten waren bei allen drei Items folgende: „Sehr zufrieden“, „Ziemlich zufrieden“, „Eher zufrieden“, „Eher unzufrieden“, „Ziemlich unzufrieden“, „Sehr unzufrieden“ und „Keine Angabe“.

würde die Frage nach der Einkommenszufriedenheit adäquater sein, um herauszufinden, bei welchem Abstand zur Teilhabegefährdungsschwelle das Einkommen negativ beurteilt wird.

Die Befragten konnten ihre Antworten – sowohl für die allgemeine Lebens- aber auch für die Einkommenszufriedenheit – auf einem sechsstufigen Antwortkontinuum abstufen und zwischen 1 „*sehr unzufrieden*“ und 6 „*sehr zufrieden*“ (Anm.: Die Antwortstufen dazwischen wurden genau benannt) wählen. Leider fehlen auf diese Fragen viele Antworten: Einerseits wurde diese Frage nicht an Personen unter 16 Jahren gestellt (17,9% fehlende Werte) und andererseits, wurden viele Interviews als sogenannte Proxy-Interviews⁶⁹ durchgeführt, bei denen Fragen nach subjektiven Einschätzungen korrekterweise nicht erfragt wurden (weitere 19,6% fehlende Werte). Die Summe der AntwortverweigererInnen ist hingegen mit 0,7% (Zufriedenheit mit dem Einkommen) bzw. 0,3% (Zufriedenheit mit dem Leben) als sehr gering zu bezeichnen. Insgesamt wurde die Frage nach der Einkommenszufriedenheit von 61,9% und die Frage nach der Lebenszufriedenheit von 62,3% der Befragten beantwortet. Die nachfolgenden Auswertungen beziehen sich daher auf fast zwei Drittel der Befragten.

Alles in Allem gibt die Mehrheit der Befragten an, zufrieden mit dem Einkommen zu sein. Vor allem aber sind sie mit ihrem Leben zufrieden. 94,4% geben an „*eher bis sehr zufrieden*“ mit dem Leben zu sein. 81,4% antworten so (eher bis sehr zufrieden zu sein) bei der Frage nach ihrem Einkommen. Mit dem Leben sind dennoch immerhin 5,6% „*eher bis sehr unzufrieden*“ und mit dem Einkommen ist das sogar fast ein Fünftel der Befragten (18,8%). (siehe nachstehende Tabelle bzw. Abbildung)

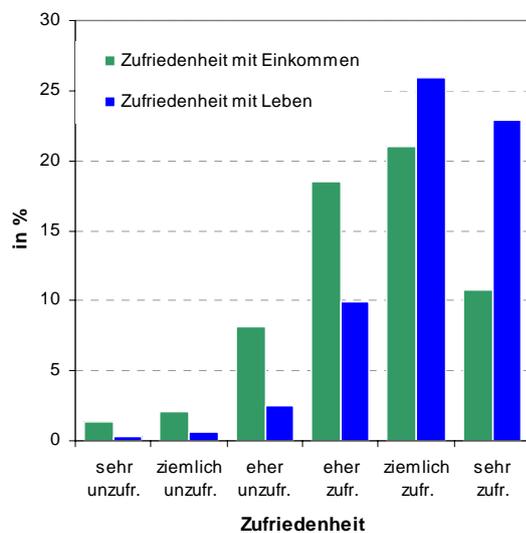
⁶⁹ Das bedeutet, dass eine Person im Haushalt für jemand anderen aus diesem Haushalt das Interview führt (wenn diese Person z.B. nicht im Haushalt anzutreffen ist).

Tabelle 3: Zufriedenheit mit dem Einkommen und mit dem Leben

	Zufriedenheit mit Einkommen			Zufriedenheit mit Leben		
	in 1.000	in %	valide %	in 1.000	in %	valide %
sehr unzufrieden	113	1,4	2,2	26	0,3	0,5
ziemlich unzufrieden	174	2,1	3,4	53	0,6	1,0
eher unzufrieden	661	8,1	13,1	208	2,6	4,1
eher zufrieden	1.506	18,5	29,9	809	9,9	16,0
ziemlich zufrieden	1.710	21,0	33,9	2.110	25,9	41,6
sehr zufrieden	876	10,8	17,4	1.864	22,9	36,8
Total	5.039	61,9	100,0	5.071	62,3	100,0
Missing	3.102	38,1		3.071	37,7	
Total	8.141	100,0		8.141	100,0	

Quelle: EU-SILC 2005, eigene Berechnungen

Abbildung 1: Zufriedenheit mit dem Einkommen und mit dem Leben



Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

Die Korrelation (Pearson-R) der Einnahmen-Ausgaben-Differenz mit der subjektiven Zufriedenheit, einmal die Korrelation mit dem Leben und einmal mit dem Einkommen, ergibt zwei signifikant positive Werte (Leben: $r=0,160$ | $p=0,000$; Einkommen: $r=0,300$ | $p=0,000$). Die Zufriedenheit variiert also systematisch mit der Differenz zwischen vorhandenen Haushaltsressourcen und den

durchschnittlichen Haushaltsausgaben. Beide Korrelationen sind jedoch nicht sehr stark ausgeprägt. Dennoch bestätigt sich der vermutete Zusammenhang der beiden Variablen mit der Einnahmen-Ausgaben-Differenz und es wird auch ersichtlich, dass die Korrelation – vermutlich aus plausiblen Gründen⁷⁰ – mit der Lebenszufriedenheit geringer ausfällt als mit dem Einkommen.

Bei der Korrelation nach Pearson wird unterstellt, dass die Beziehung zwischen der objektiven Einkommenssituation und der subjektiven Zufriedenheit linear ist. Diese Annahme wird jedoch bei der genaueren Betrachtung nicht bestätigt (siehe nachstehende Tabelle). Die subjektive Zufriedenheit variiert mit der Differenz der tatsächlichen Einnahmen zu den durchschnittlichen Ausgaben. Die Unzufriedenheit herrscht vor allem dann vor, wenn diese Differenz negativ ist, Zufriedenheit hingegen bei positiver Differenz. Die Zufriedenheit steigt daher kontinuierlich mit der Differenz (in beide Richtungen). Der Kurvenverlauf ist zwar monoton steigend, aber nicht linear.

Tabelle 4: Einkommenszufriedenheit und Einnahmen-Ausgaben-Differenz

Zufriedenheit mit Einkommen	Differenz der tatsächlichen Einnahmen zu den durchschnittlichen Ausgaben						
	N	Mean	Median		Quartile		SD
	in 1.000		0,50	0,25	0,75		
sehr unzufrieden	113	-260,29	-387,93	-696,67	-54,52	795,61	
ziemlich unzufrieden	174	-244,85	-285,79	-576,67	-15,83	543,25	
eher unzufrieden	661	-62,63	-176,03	-499,75	183,57	728,29	
eher zufrieden	1.506	135,30	-7,22	-326,47	377,07	891,07	
ziemlich zufrieden	1.710	348,40	219,49	-137,62	682,15	825,46	
sehr zufrieden	876	825,15	572,75	95,59	1206,79	1.290,61	
Total	5.039	279,50	102,09			970,97	

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

⁷⁰ Anmerkung: Man kann mit seinem eigenen Leben insgesamt zufrieden sein auch wenn die Einkommenssituation unbefriedigend ist. Die Pearson-Korrelation fällt auch deshalb geringer aus, weil die Voraussetzung der Normalverteilung (Die Variable Lebenszufriedenheit ist schiefer verteilt als die der Einkommenszufriedenheit) und der metrischen Skalierung (sechsstufiges Antwortkontinuum) der eingehenden Variablen nicht vollständig erfüllt werden.

Durchschnittlich unzufrieden mit dem Einkommen zeigen sich die RespondentInnen durchgängig bei negativem Abstand zur Teilhabegefährdungsschwelle. „*Sehr unzufrieden*“ mit dem Einkommen sind jene Personen, die eine sehr hohe negative Differenz zwischen ihren tatsächlichen Einnahmen und den hypothetischen Ausgaben der Bevölkerung aufweisen (Mittelwert: -260,29 bzw. Median: -387,93 EUR). Im Vergleich dazu haben Personen, die „*eher unzufrieden*“ mit dem Einkommen sind, einen eher geringeren negativen Abstand zur Teilhabegefährdungsschwelle (Mittelwert: -62,63 bzw. Median -176,03 EUR). Bei „*ziemlich unzufriedenen*“ Personen ist die negative Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben auch noch relativ hoch (Mittelwert: -244,85 bzw. Median: -285,79). Bei „*eher zufriedenen*“ Personen ist die Differenz ebenfalls noch „knapp“ negativ (Mittelwert: -62,63 bzw. Median: -7,22 EUR). Im Mittel sind die befragten Personen erst dann zufrieden mit ihrer Einkommenssituation, wenn die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben positiv wird, d.h. objektiv mehr monatliche Einnahmen als durchschnittliche Ausgaben zur Verfügung stehen. „*Ziemlich*“ bis „*sehr zufrieden*“ mit dem Einkommen ist die Bevölkerung bei einem monatlichen „Überschuss“, bei einer mittleren Differenz von monatlich +348 EUR (Median > -7,22 EUR⁷¹).

Tabelle 5: Lebenszufriedenheit und Einnahmen-Ausgaben-Differenz

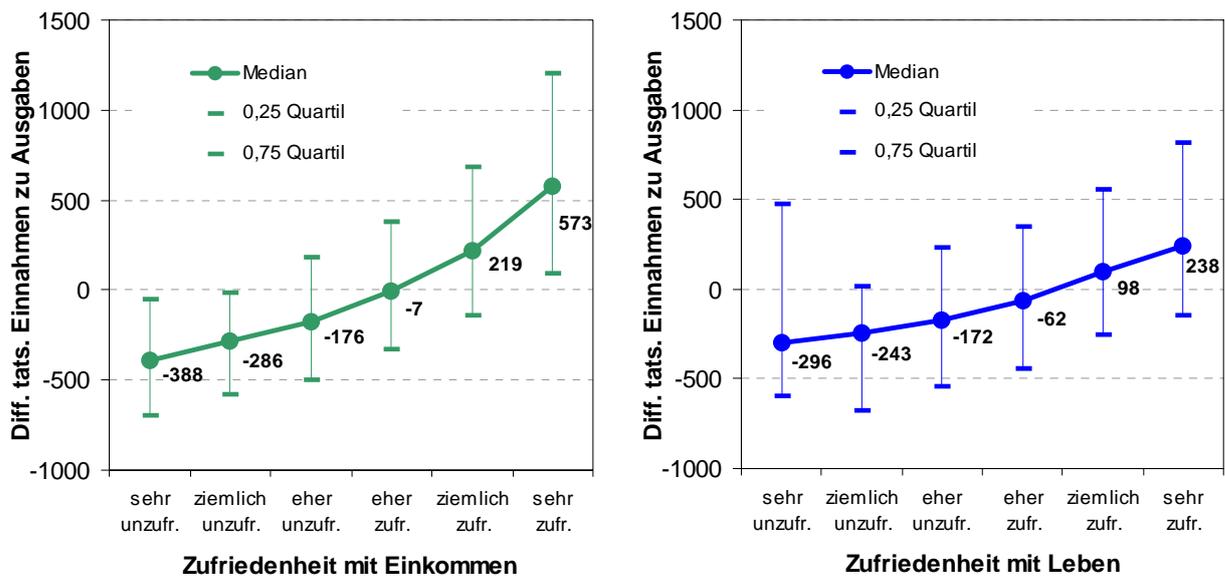
Zufriedenheit mit Leben	Differenz der durchschnittlichen Einnahmen zu den durchschnittlichen Ausgaben					
	N	Mean	Median	Quartile		SD
	in 1.000		0,50	0,25	0,75	
sehr unzufrieden	26	-56,66	-296,25	-598,17	471,50	787,61
ziemlich unzufrieden	53	-301,55	-242,73	-672,71	15,67	541,42
eher unzufrieden	208	14,89	-171,56	-542,89	232,50	1.315,04
eher zufrieden	809	62,18	-61,81	-439,17	351,28	780,02
ziemlich zufrieden	2.110	237,10	97,83	-251,67	554,71	844,34
sehr zufrieden	1.864	468,51	238,41	-148,72	819,58	1.093,49
Total	5070	278,01	101,78			969,02

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

⁷¹ Es herrscht wiederum beträchtliche Streuung der Werte um den Mittelwert, vor allem weil der Mittelwert anfällig gegenüber Ausreißern ist. Daher wird wieder der Median für die weitere Interpretation herangezogen.

Genau der gleiche positive, jedoch nicht so starke und wiederum nicht lineare, Zusammenhang ist auch bei der Auswertung der Lebenszufriedenheit ersichtlich. Beide Zufriedenheitsverläufe werden zusätzlich in der nachstehenden Abbildung noch einmal grafisch veranschaulicht.

Abbildung 2: Einkommens- bzw. Lebenszufriedenheit und durchschnittliche Einnahmen-Ausgaben-Differenz



Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

Zusammenfassend muss man festhalten, dass die Individuen bei einer negativen Differenz zwischen tatsächlichen Einnahmen und hypothetischen Konsumausgaben, ziemlich benachteiligt sind. Ein durchschnittlicher Lebensstandard ohne große „auszubeutende“ Ersparnisse ist nur noch schwer zu realisieren. Generell gilt daher: Zufriedenheit mit dem Einkommen liegt bei positiver Differenz, und Unzufriedenheit mit dem Einkommen liegt bei negativer Differenz vor.

Die „ziemlich bis sehr unzufriedenen“ Personen sind besonders vom negativen Abstand zur Teilhabegefährdungsschwelle betroffen: Diese Befragten weisen beim 0,75 Quartil der Einkommens-Ausgaben-Differenz keinen positiven Wert auf (das sind die untersten 75%). Bei den *eher Unzufriedenen* trifft das nur noch bis

zum 0,5 Quartil zu. D.h. unter diese Hälfte fallen Personen, die nicht Teilhabegefährdet sind. Die „*ziemlich bis sehr unzufriedenen*“ Personen haben eine mittlere Einkommens-Ausgaben-Differenz von durchschnittlich –286 EUR (= Medianwert) pro Monat. Dieser Betrag fehlt also im Mittel, um einen durchschnittlichen Lebensstandard realisieren zu können (d.h. gemessen an den durchschnittlichen Konsumausgaben von 1.410 EUR der Bevölkerung). Durch das subjektive Indiz der immer stärker werdenden Unzufriedenheit damit, kann dieser Wert von –286 EUR gut als Grenzwert oder Schwelle fungieren, ab dem bzw. ab der von Armutsgefährdung gesprochen werden kann. Die Realisierung eines durchschnittlichen Lebensstandards ist mit so einem Abstand vermutlich nicht mehr möglich.

Zur Bestimmung der Armutsgefährdungsgrenze wird die Frage nach der Einkommenszufriedenheit ausgewählt, und zwar aus zwei Gründen: Erstens zielt diese konkret auf die Einkommensdimension⁷² ab und nicht, wie die Frage nach der Lebenszufriedenheit auf ein unkonkretes Konglomerat an Dimensionen. Zweitens liegen die Einnahmen-Ausgabendifferenzen bei den untersten 75% der mit dem Leben Unzufriedenen im positiven Bereich, was bedeutet, dass sich unter dieser Mehrheit einige Personen sammeln, die nicht teilhabegefährdet sind – dies trifft bei der Einkommensfrage erst ab der Kategorie *eher unzufrieden* zu. Daher wird die Armutsgefährdungsschwelle bei der Kategorie *ziemlich unzufrieden* mit einem Medianwert von –286 EUR angesetzt. D.h. Personen die eine Differenz von –286 EUR oder eine größere negative Differenz aufweisen, werden als armutsgefährdet betrachtet. Das entspräche einem monatlichen (äquivalisierten) Einkommen von 1.124 EUR oder weniger.

1.2 Gefährdungsstufen

Analog der Konzeption des gängigen Messmodells, das die Bevölkerung in Nicht-Arme, von mangelnder Teilhabe Betroffene und Armutsgefährdete, bestehend aus Einkommensarmen und manifest Armen, einteilt – entstehen auch beim

⁷² Schließlich gilt es herauszufinden, ab welchem Einkommen jemand so unzufrieden mit diesem ist, dass er als armutsgefährdet bezeichnet werden kann.

entwickelten Messkonzept, Gefährdungsstufen. Da bei diesem schon mehr Grundkategorien (Teilhabegefährdung, Armutsgefährdung und mangelnde Teilhabe) vorliegen, als beim konventionellen Konzept, entstehen auch mehr Stufen, die im Folgenden verbal aber auch mit einer Tabelle dargestellt werden.

Tabelle 6: Schematische Übersicht der „Gefährdungsstufen“ beider Konzepte

Konventionelles Konzept	Einkommen	Deprivation
Nicht arm	$\geq 60\%$ des Medianeinkommens	Nein
Mangelnde Teilhabe	$\geq 60\%$ des Medianeinkommens	Ja
Einkommensarm	$<$ als 60% des Medianeinkommens	Nein
Manifest arm	$<$ als 60% des Medianeinkommens	Ja
Entwickeltes Konzept		
Nicht gefährdet	≥ 1.410 EUR	Nein
Mangelnde Teilhabe	≥ 1.410 EUR	Ja
Teilhabegefährdet	< 1.410 EUR	Ja & nein
Armutsgefährdet	≤ 1.124 EUR*	Nein
Manifest arm	≤ 1.124 EUR*	Ja

* Ein Einkommen, ab dem der Wert, nach Abzug der durchschnittlichen Ausgaben von 1.410 EUR, -286 EUR oder weniger beträgt.

Als teilhabegefährdet werden Personen definiert, die ein Einkommen unter den durchschnittlichen Ausgaben der Bevölkerung haben (das bedeutet, dass sich nach Abzug der durchschnittlichen Ausgaben vom Einkommen eine negative Differenz ergibt, die Teilhabegefährdungsschwelle würde also unterschritten werden⁷³). Von Armutsgefährdung wird erst dann gesprochen, wenn Teilhabegefährdete einen negativen Abstand von der Teilhabegefährdungsschwelle aufweisen, der vom Durchschnitt als auffallend negativ bewertet wird. Manifeste Armut liegt vor, wenn jemand armutsgefährdet und von Deprivation betroffen ist. Beim klassischen Konzept liegt mangelnde Teilhabe dann vor, wenn eine Person ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle hat, aber depriviert ist. Beim entwickelten Konzept

⁷³ Teilhabegefährdungsschwelle entspricht der Differenz zwischen dem äquivalisierten Haushaltseinkommen einer Person und den durchschnittlichen Ausgaben der Bevölkerung.

gestaltet sich diese Einteilung aufgrund mehrerer Schwellen als etwas komplizierter. Als von mangelnder Teilhabe betroffen, wird eine Person daher nur klassifiziert, wenn ihr Einkommen über der Teilhabegefährdungsschwelle liegt, oder ihr genau entspricht und sie depriviert ist. Um alle Personen zusammenzufassen, die depriviert aber nicht armutsgefährdet sind, müssten die Teilhabegefährdeten nach depriviert bzw. nicht depriviert aufgegliedert werden, was zu noch mehr Subkategorien führen würde. Daher besteht die Kategorie „Teilhabegefährdete“, sowohl aus deprivierten, als auch nicht-deprivierten Personen. Als „nicht gefährdet“ werden Personen bezeichnet, die weder depriviert sind noch von Teilhabegefährdung betroffen sind.

2 Darstellung der Armutsgefährdung in Österreich

Die Armutsgefährdung in Österreich wird nun getrennt für beide Konzepte anhand von jeweils drei Tabellen mit verschiedenen Merkmalen dargestellt. Da das entwickelte Konzept mehr Gefährdungsstufen kennt als das gängige, erfolgt die Darstellung in zwei Schritten. Zunächst wird die Situation der Bevölkerung in groben Kategorien dargestellt („nicht-gefährdet“, „mangelnde Teilhabe“ und „Teilhabegefährdung“) und danach etwas detailreicher (die einzelnen Unterkategorien der Teilhabegefährdung).

2.1 Armut nach dem gängigen Messkonzept

Von Einkommensarmut sind in Österreich 7,1% der Bevölkerung betroffen, von manifester Armut 5,2% der Bevölkerung. Das entspricht zusammen, einer Armutsgefährdungsquote von 12,3%. Von mangelnder Teilhabe sind 20,3% betroffen. Als nicht arm, können somit 67,4% der Bevölkerung bezeichnet werden.

2.1.1 Armut nach Haushalts- und soziodemographischen Merkmalen

Insgesamt betrachtet sind Frauen von beiden Formen der Armutsgefährdung, als auch von der mangelnden Teilhabe, etwas stärker betroffen als Männer. Buben

und Männer bis 19 Jahre liegen bei beiden Formen der Armutsgefährdung über dem Männer- als auch dem Gesamtdurchschnitt. Männer, die 65 oder älter sind, sind von manifester Armut stärker betroffen als der Durchschnitt der Männer. Von mangelnder Teilhabe, deutlich stärker als der Durchschnitt insgesamt. 65-jährige Frauen (und älter) liegen bei beiden Formen der Armutsgefährdung über dem Durchschnitt, bei mangelnder Teilhabe besonders deutlich. Frauen und Mädchen bis 19 Jahre sind im Gegensatz zu den Männern und Burschen der gleichen Alterskategorie nur von Einkommensarmut überdurchschnittlich betroffen.

Bezüglich der Bildung zeigt sich sowohl bei Männern als auch bei Frauen, dass die Pflichtschule als maximaler Bildungsabschluss, das Betroffenheitsrisiko in allen Kategorien erhöht und es ein Universitätsabschluss senkt. Allerdings kann nicht prinzipiell festgestellt werden, dass das Risiko mit steigender Bildung sinkt: Teilweise haben Personen mit Lehrabschluss oder mittlerer Schule ein geringeres Risiko als Personen mit Matura.

Personen aus einem Haushalt mit Migrationshintergrund sind doppelt so oft von Einkommensarmut und fast vier mal so oft von manifester Armut betroffen. Bei mangelnder Teilhabe ist dieser Trend viel schwächer ausgeprägt.

Bei Einpersonenhaushalten mit Pension, sind Frauen etwas mehr als vier mal so oft von Einkommensarmut betroffen wie Männer, welche sogar unter dem Durchschnitt liegen. Bei der manifesten Armut ist zwar auch ein Unterschied in diese Richtung vorhanden, allerdings ist er nicht so stark ausgeprägt: Von den Frauen sind 12,2% manifest arm, von den Männern hingegen 9,2%. Von mangelnder Teilhabe sind beide Gruppen relativ gleich stark betroffen.

Bei Einpersonenhaushalten ohne Pension, sind Männer sogar ein wenig stärker von Einkommensarmut betroffen als Frauen, beide liegen jedoch über dem Durchschnitt. Bei der manifesten Armut, sind Frauen jedoch doppelt so stark betroffen als Männer. Mangelnde Teilhabe ist bei beiden Gruppen eher durchschnittlich ausgeprägt.

Tabelle 7: Klassisches Konzept nach soziodemographischen Merkmalen, Haushaltstyp und Rechtsverhältnis an der Wohnung

	Armutsgefährdung ¹ (a)						
	Gesamt	Einkommensarmut (a)		Manifeste Armut (a)		mangelnde Teilhabe (a)	
		in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Gesamt	8.141	577	7,1	423	5,2	1.655	20,3
Männer							
<i>zusammen</i>	3.967	266	6,7	188	4,7	767	19,3
bis 19 Jahre	927	87	9,4	53	5,7	145	15,7
20 bis 39 Jahre	1.157	81	7,0	52	4,5	207	17,9
40 bis 64 Jahre	1.365	77	5,6	56	4,1	280	20,5
65 Jahre +	518	22	4,3	28	5,3	135	26,0
max. Pflichtschule	630	53	8,4	66	10,5	147	23,3
Lehre/mittlere Schule	1.756	95	5,4	55	3,1	378	21,5
Matura	536	35	6,5	14	2,6	69	12,9
Universität	317	12	3,9	8	2,5	61	19,1
Frauen							
<i>zusammen</i>	4.174	311	7,4	235	5,6	888	21,3
bis 19 Jahre	881	86	9,8	43	4,9	154	17,4
20 bis 39 Jahre	1.145	78	6,8	64	5,6	205	17,9
40 bis 64 Jahre	1.389	80	5,7	64	4,6	290	20,9
65 Jahre +	759	67	8,8	64	8,4	239	31,5
max. Pflichtschule	1.145	114	10,0	117	10,2	312	27,3
Lehre/mittlere Schule	1.463	78	5,4	57	3,9	294	20,1
Matura	581	36	6,1	23	4,0	98	16,8
Universität	292	14	4,8	6	2,0	64	21,8
Migrationshintergrund des Haushalts							
ohne	7.205	455	6,3	308	4,3	1.433	19,9
mit	937	122	13,1	116	12,3	222	23,7
Haushaltstyp							
<i>Einpersonenhaushalte mit Pension</i>							
Männer	103	4	3,8	10	9,2	28	27,2
Frauen	416	52	12,5	51	12,2	123	29,5
<i>Einpersonenhaushalte ohne Pension</i>							
Männer	379	31	8,2	25	6,7	86	22,6
Frauen	302	23	7,5	36	12,0	69	22,8
<i>Mehrpersonenhaushalte</i>							
MPH ohne Kinder	2.887	130	4,5	105	3,6	662	22,9
Alleinerziehend	297	43	14,6	39	13,0	68	22,8
MPH +1 Kind	1.405	72	5,1	57	4,0	241	17,2
MPH + 2 Kinder	1.581	117	7,4	51	3,2	267	16,9
MPH + 3 oder mehr K.	771	107	13,9	50	6,5	110	14,3

	Armutsgefährdung ¹ (a)						
	Gesamt	Einkommensarmut (a)		Manifeste Armut (a)		mangelnde Teilhabe (a)	
		in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Gesamt	8.141	577	7,1	423	5,2	1.655	20,3
Rechtsverhältnis an der Wohnung							
Hauseigentum	3.944	245	6,2	117	3,0	630	16,0
Wohnungseigentum	854	48	5,6	18	2,1	160	18,7
Gemeindewohnung	493	45	9,1	53	10,8	152	30,8
Genossenschaftswohnung	967	55	5,7	52	5,4	246	25,4
sonst. Haupt-/Untermiete	1.407	139	9,9	142	10,1	379	26,9
mietfreie Wohnung/Haus	476	45	9,6	41	8,6	89	18,7

¹ Einige Werte dieser Darstellung weichen von Darstellungen der Statistik Austria (2007a) ab, weil für die Berechnung der Deprivation hier mehr Variablen verwendet wurden. Nach mündlicher Auskunft, einer für den Bericht 2007 (SILC 2005) verantwortlichen Person, wurden diese Variablen erst ab SILC 2006 berücksichtigt.

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

Am niedrigsten ist die Armutsgefährdung bei Personen aus Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder. Die höchste Gefährdung weisen Personen aus AlleinerzieherInnenhaushalten in allen Kategorien auf, gefolgt von Personen aus Mehrpersonenhaushalten mit drei oder mehr Kindern in den Kategorien Einkommensarmut und manifeste Armut.

Betrachtet man die Gefährdungen nach dem Rechtsverhältnis an der Wohnung, ergibt sich folgendes Bild: Personen, die in Gemeindewohnungen leben, weisen hohe Anteile bei Einkommensarmut, manifester Armut und mangelnder Teilhabe auf. Ebenso Personen aus Objekten mit Haupt- oder Untermiete. Auch Personen die mietfrei wohnen, gehören vermehrt zu den Armutsgefährdeten. Unter dem Durchschnitt (oder ganz knapp darüber) liegen Personen, die in Eigentumswohnungen oder –häusern bzw. Genossenschaftswohnungen leben.

2.1.2 Armut nach Dimensionen der Erwerbstätigkeit

Nach unterschiedlicher Haupttätigkeit betrachtet, zeigt sich, dass Erwerbstätige, insbesondere Vollzeitwerbstätige am wenigsten von Armutsgefährdung oder mangelnder Teilhabe betroffen sind. Arbeitslose sind vor allem von manifester Armut äußerst stark betroffen (fünffach so stark wie der Durchschnitt) aber auch

von Einkommensarmut und mangelnder Teilhabe. Auch stark von beiden Formen der Armutsgefährdung betroffen sind Personen, die im Haushalt tätig sind oder jene, die sich in Ausbildung befinden. Für Personen deren Haupttätigkeit die Pension ist, lässt sich feststellen, dass diese unterdurchschnittlich von Einkommensarmut betroffen sind und bei manifester Armut nur knapp über dem Schnitt liegen.

Kurzzeitarbeitslose sind vor allem von manifester Armut und mangelnder Teilhabe betroffen, jedoch nicht vermehrt von Einkommensarmut. Langzeitarbeitslose sind insbesondere von manifester Armut betroffen, aber auch sehr stark von Einkommensarmut sowie mangelnder Teilhabe.

Stammt eine Person aus einem Haushalt mit Hauptverdienerin, ist sie bei Einkommensarmut, manifester Armut und mangelnder Teilhabe stärker betroffen, als eine Person aus einem Haushalt mit Hauptverdiener.

Tabelle 8: Klassisches Konzept nach Erwerbsmerkmalen

	Armutsgefährdung						
	Gesamt	Einkommensarmut (a)		Manifeste Armut (a)		mangelnde Teilhabe	
		in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Gesamt	8.141	577	7,1	423	5,2	1.655	20,3
Haupttätigkeit (2005)							
Erwerbstätig (Vollzeit)	2.989	126	4,2	69	2,3	563	18,8
Erwerbstätig (Teilzeit)	653	47	7,2	28	4,3	113	17,4
Pension	1.769	110	6,2	101	5,7	500	28,2
Arbeitslos	223	27	11,9	49	21,9	58	26,0
Haushalt	685	80	11,6	67	9,8	132	19,3
in Ausbildung	400	48	12,1	33	8,2	56	13,9
Arbeitslosigkeit							
Nicht arbeitslos	7.749	538	6,9	355	4,6	1550	20,0
Kurzzeitarbeitslos <6 Monate	212	11	5,4	19	8,8	60	28,2
Langzeitarbeitslos >= 6 Monate	181	28	15,4	50	27,7	45	24,7
Hauptverdiener/-in							
Hauptverdiener	6.117	397	6,5	257	4,2	1148	18,8
Hauptverdienerin	2.025	180	8,9	166	8,2	506	25,0

	Armutsgefährdung						
	Gesamt	Einkommensarmut (a)		Manifeste Armut (a)		mangelnde Teilhabe	
		in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Gesamt	8.141	577	7,1	423	5,2	1.655	20,3
Haupteinkommensquelle d. HH							
unselbständige Arbeit	5.182	237	4,6	149	2,9	980	18,9
selbständige Arbeit	626	68	10,9	21	3,3	115	18,4
Sozialleistungen	592	142	23,9	131	22,1	118	19,9
Pensionen	1.666	116	7,0	111	6,7	431	25,9
private Einkommen	75	14	18,5	11	14,8	11	14,8
Erwerbsintensität d. HH							
keine Erwerbstätigkeit	747	95	12,7	112	15,0	164	22,0
Teilweise Erwerbstätigkeit	2.833	296	10,5	188	6,6	532	18,8
volle Erwerbstätigkeit	3.644	104	2,9	41	1,1	702	19,3

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

Besteht die Haupteinkommensquelle eines Haushaltes aus Sozialleistungen, ist die Einkommensarmut drei mal und die manifeste Armut vier mal so hoch wie beim Durchschnitt. Auch wenn der Haushalt sein Einkommen vorwiegend aus privaten Einkommen zieht, sind beide Formen der Armutsgefährdung deutlich erhöht. Bei selbstständiger Arbeit als Hauptverdienst ist nur die Einkommensarmut etwas erhöht, manifeste Armut und mangelnde Teilhabe liegen unter dem durchschnittlichen Niveau. Bei Pensionen als Haupteinkommensquelle ist die Einkommensarmut durchschnittlich, die manifeste Armut leicht erhöht, die mangelnde Teilhabe jedoch deutlich über dem allgemeinen Niveau.

Liegt im Haushalt keine Erwerbstätigkeit vor, ist die Einkommensarmut fast zwei mal so groß wie beim Durchschnitt und die manifeste Armut fast drei mal so groß. Im Vergleich dazu: Bei teilweiser Erwerbstätigkeit im Haushalt sinkt die Einkommensarmut ein wenig, die manifeste Armut um mehr als die Hälfte. Bei voller Erwerbstätigkeit im Haushalt sind beide Formen der Armutsgefährdung äußerst niedrig.

2.1.3 Armut nach Wohnort

In Wien liegt nur die manifeste Armut knapp über dem Österreichschnitt, die Einkommensarmut knapp darunter – die mangelnde Teilhabe ist jedoch um einiges höher. Personen aus Gemeinden mit über 100.000 EinwohnerInnen sind nur von einem höheren Anteil mangelnder Teilhabe betroffen. Bei Personen, die in Gemeinden mit über 10.000 Menschen leben, ist die Armutsgefährdung in beiden Kategorien höher als beim Rest. Personen aus Gemeinden bis zu einer EinwohnerInnenzahl von 10.000 Personen, sind entweder durchschnittlich oder unterdurchschnittlich von Armutsgefährdung und mangelnder Teilhabe betroffen.

Werden die Armutsgefährdungsquoten nach Bundesland analysiert, lässt sich feststellen, dass Personen aus dem Burgenland und Kärnten in stärkerem Maße von Armutsgefährdung betroffen sind als der Österreichschnitt. Tirol weist eine über dem Durchschnitt liegende Einkommensgefährdung und Vorarlberg eine höhere Betroffenheit von manifester Armut auf. Wien fällt nur durch eine stark erhöhte mangelnde Teilhabe und leicht erhöhte manifeste Armut auf.

Tabelle 9: Klassisches Konzept nach Region und Bundesland

	Armutsgefährdung						
	Gesamt	Einkommensarmut (a)		Manifeste Armut (a)		mangelnde Teilhabe	
		in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Gesamt	8.141	577	7,1	423	5,2	1.655	20,3
Region							
Wien	1.604	113	7,0	91	5,7	441	27,5
>100.000	680	37	5,4	24	3,5	181	26,6
>10.000	1.272	104	8,1	89	7,0	252	19,8
<=10.000	4.585	324	7,1	219	4,8	781	17,0
Bundesland							
Burgenland	278	21	7,7	21	7,5	43	15,5
Kärnten	560	53	9,4	39	6,9	107	19,1
Niederösterreich	1.554	115	7,4	85	5,5	254	16,4
Oberösterreich	1.388	82	5,9	55	3,9	278	20,0
Salzburg	524	30	5,8	16	3,0	115	21,9
Steiermark	1.194	79	6,6	59	5,0	199	16,7
Tirol	680	65	9,5	30	4,5	156	22,9
Vorarlberg	359	19	5,3	27	7,7	62	17,3
Wien	1.604	113	7,0	91	5,7	441	27,5

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

2.2 Armut nach dem entwickelten Messkonzept

Wie bereits erwähnt erfolgt zunächst eine grobe Darstellung der Teilhabegefährdung und in einem weiteren Schritt eine detailliertere.

2.2.1 Nach Teilhabe(gefährdung)

Insgesamt sind 44,4% der Bevölkerung von keiner der definierten Gefährdungen betroffen: Weder leiden sie unter mangelnder Teilhabe⁷⁴, noch unter Teilhabegefährdung, die alle Formen der Armut einschließt. Mangelnde Teilhabe betrifft 11,2% der Bevölkerung und Teilhabegefährdet sind 44,4%. Dementsprechend nicht teilhabegefährdet sind 56,6%, d.h. knapp mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung hat ein Einkommen über den durchschnittlichen Konsumausgaben.

2.2.1.1 Armut nach Haushalts- und soziodemographischen Merkmalen

Bei den Männern sind 46,7% nicht gefährdet, also etwas öfter als die Gesamtbevölkerung (44,4%). Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung (44,4%) ist ihr Risiko von Teilhabegefährdung betroffen zu sein etwas geringer (42,2%). Bei den Frauen kehrt sich diese Verhältnis fast um (42,2% nicht gefährdet und 46,4% schon). Die Betroffenheit von mangelnder Teilhabe weicht bei beiden Geschlechtern kaum vom Durchschnitt ab.

Analysiert man die Männer nach Alter und Bildung, ergibt sich folgendes Bild: 55,1% der unter 19-Jährigen aber nur 35,9% der 40- bis 64-jährigen sind von Teilhabegefährdung betroffen. Die 20-39- und die mindestens 65-jährigen liegen mit 40,2% bzw. 40,4% dazwischen. Die mangelnde Teilhabe verläuft hingegen aufsteigend: Je jünger die Männer sind, desto seltener tritt sie auf. Am häufigsten nicht gefährdet sind Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) mit jeweils knapp 50%, gefolgt von den Älteren mit 42,6% und den Jüngsten mit 38,5%. Bei der Bildung ergibt sich ein klares Bild: Je höher gebildet ein Mann ist, desto weniger

⁷⁴ Vorliegen von Deprivation ohne von Teilhabegefährdung betroffen zu sein.

ist er von Teilhabegefährdung betroffen und auch im umgekehrten Fall trifft das zu (je gebildeter desto häufiger sind Männer nicht gefährdet). Etwas anders verteilt sich die mangelnde Teilhabe: Am wenigsten davon betroffen sind Männer mit Matura (8,5%), mit einem Pflichtschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss (12,0%), knapp gefolgt von Männern mit Lehrabschluss oder einer mittleren Schule und am häufigsten Männer mit Universitätsabschluss (14,3%).

Bei den Frauen ergibt sich bei den Altersklassen folgendes Bild: Auch hier sind am häufigsten Mädchen und Frauen unter 19 Jahren von Armutsgefährdung betroffen (56,2%), jedoch dichter gefolgt von Frauen, die mindestens 65 Jahre alt sind, (53,5%) als bei den Männern (bei diesen war ein Abstand von ca. 15%). Dem folgen Frauen zwischen 20 und 39 (44,9%) und 40 und 64 (37,6%). Gleich bleibt die Reihenfolge von jung nach alt bei den von mangelnder Teilhabe betroffenen Frauen. Deutlich unterscheidet sich die Altersreihung bei den nicht gefährdeten Frauen: Am seltensten nicht gefährdet sind hier Frauen ab 65 mit 29,1%, gefolgt von den unter 20-jährigen mit 36,6%. Bei den 20-39- und 40-64-jährigen entspricht die Reihung derjenigen der Männer. Auch bei den Frauen sinkt die Teilhabegefährdung mit dem Bildungsgrad bzw. steigt die Nichtgefährdung mit dem höchsten Bildungsabschluss. Am häufigsten von mangelnder Teilhabe betroffen sind auch hier Frauen mit einem Universitätsabschluss (16,8%), an zweiter Stelle sind bei diesen jedoch diejenigen mit maximal Pflichtschule (12,8%), gefolgt von Frauen mit Matura (11,3%) und denjenigen mit Lehrabschluss oder mittlerer Schule (11,2%).

64,2% der Personen aus Haushalten mit Migrationshintergrund sind von Teilhabegefährdung betroffen, im Gegensatz dazu nur 41,8% der Personen aus Haushalten ohne Migrationshintergrund. Dieses Verhältnis kehrt sich bei der Nichtbetroffenheit um. Mangelnde Teilhabe ist bei Haushalten ohne Migrationshintergrund um weniger als 2% höher.

Bei der Betrachtung von Einpersonenhaushalten mit Pension ergibt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen: 66% der Frauen sind

Teilhabegefährdet aber nur 36,6% der Männer – fast zu 30% weniger. Mangelnde Teilhabe trifft öfter Männer (21,3%) als Frauen (12,1%) und bei Personen die nicht gefährdet sind, übertreffen die Männer die Frauen um ca. 20%.

Dieser deutliche Unterschied lässt sich bei alleinlebend Männern und Frauen ohne Pension nicht mehr feststellen: Der Unterschied zwischen Teilhabe- und Nichtteilhabegefährdeten macht jeweils nur knapp 3% aus, bei der mangelnden Teilhabe nicht einmal 1%. Alleinlebende Frauen ohne Pension sind daher nur gering häufiger als Männer mit dem gleichen Status von Teilhabegefährdung betroffen.

Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder haben das geringste Risiko⁷⁵, von Teilhabegefährdung betroffen zu sein (31,5%), 15,1% sind jedoch von mangelnder Teilhabe berührt. Das ist mehr als bei allen anderen Haushaltsformen (außer bei allein lebenden Männern mit Pension). Die höchste Betroffenheit von Teilhabegefährdung, liegt bei Personen aus Haushalten mit AlleinerzieherInnen⁷⁶ (68,4%) und bei jenen aus Mehrpersonenhaushalten mit drei oder mehr Kindern (67,3%) vor. Relativ gering ist die Teilhabegefährdung bei Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind (36,7%) deutlich erhöht bei Mehrpersonenhaushalten mit zwei Kindern (53,8%). Mangelnde Teilhabe ist am geringsten ausgeprägt bei Mehrpersonenhaushalten mit drei oder mehr als drei Kindern (4,3%) und am meisten bei Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind (9,8%). Ca. 8% beträgt sie bei Personen aus AlleinerzieherInnenhaushalten und Mehrpersonenhaushalten mit zwei Kindern.

⁷⁵ Bezogen auf Mehrpersonenhaushalte.

⁷⁶ Personen aus einem Haushalt mit AlleinerzieherIn.

Tabelle 10: Entwickeltes Konzept (grobe Kategorien) nach soziodemographischen Merkmalen, Haushaltstyp und Rechtsverhältnis an der Wohnung

	Nicht Gefährdet		Mangelnde Teilhabe*		Teilhabegefährdet (b)	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Gesamt	3.617	44,4	911	11,2	3.613	44,4
Männer						
<i>zusammen</i>	1.854	46,7	438	11,0	1.676	42,2
bis 19 Jahre	357	38,5	59	6,4	511	55,1
20 bis 39 Jahre	574	49,6	118	10,2	465	40,2
40 bis 64 Jahre	702	51,4	173	12,7	490	35,9
65 Jahre +	221	42,6	88	16,9	210	40,4
max. Pflichtschule	217	34,5	76	12,0	337	53,5
Lehre/mittlere Schule	846	48,2	227	12,9	683	38,9
Matura	319	59,5	46	8,5	171	31,9
Universität	204	64,5	46	14,3	67	21,2
Frauen						
<i>zusammen</i>	1.763	42,2	474	11,3	1.937	46,4
bis 19 Jahre	322	36,6	64	7,3	495	56,2
20 bis 39 Jahre	529	46,2	102	8,9	514	44,9
40 bis 64 Jahre	690	49,7	176	12,6	523	37,6
65 Jahre +	221	29,1	132	17,4	406	53,5
max. Pflichtschule	311	27,2	147	12,8	687	60,0
Lehre/mittlere Schule	707	48,4	164	11,2	591	40,4
Matura	321	55,2	66	11,3	195	33,5
Universität	176	60,4	49	16,8	67	22,8
Migrationshintergrund des HH						
ohne	3.373	46,8	820	11,4	3.011	41,8
mit	244	26,0	91	9,8	602	64,2
Haushaltstyp						
<i>Einpersonenhaushalte mit Pension</i>						
Männer	43	42,1	22	21,3	38	36,6
Frauen	91	21,9	50	12,1	275	66,0
<i>Einpersonenhaushalte ohne Pension</i>						
Männer	167	43,9	50	13,2	163	42,9
Frauen	124	41,1	38	12,6	139	46,2
<i>Mehrpersonenhaushalte</i>						
MPH ohne Kinder	1.539	53,3	437	15,1	911	31,5
Alleinerziehend	70	23,6	24	8,0	203	68,4
MPH +1 Kind	752	53,5	138	9,8	515	36,7
MPH + 2 Kinder	611	38,6	119	7,5	851	53,8
MPH + 3 oder mehr Kinder	219	28,5	33	4,3	518	67,3
Rechtsverhältnis an der Wohnung						
Hauseigentum	1.989	50,4	414	10,5	1.541	39,1
Wohnungseigentum	436	51,1	101	11,8	317	37,1
Gemeindewohnung	138	28,0	66	13,3	289	58,7
Genossenschaftswohnung	441	45,6	124	12,8	402	41,6
sonst. Haupt-/Untermiete	464	33,0	174	12,4	768	54,6
mietfreie Wohnung/Haus	149	31,3	32	6,7	295	62,0

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen; * nicht teilhabegefährdet

Der größte Anteil an Teilhabegefährdeten ist bei Personen zu finden, die in einer mietfreien Wohnung oder einem mietfreien Haus leben (62%) – diese Zahl ist jedoch mit Vorsicht zu interpretieren, da in den durchschnittlichen Ausgaben ja die Mieten enthalten sind, die diese Personen nicht zahlen müssen. Davon abgesehen sind am häufigsten Personen teilhabegefährdet, die in Gemeindewohnungen (58,7%) oder Haupt- und Untermietverhältnissen (54,6%) leben. Am seltensten liegt Teilhabegefährdung vor, bei den Wohnformen Genossenschaftswohnung (41,6%), Hauseigentum (39,1%) oder Wohnungseigentum (37,1%). Die mangelnde Teilhabe unterscheidet sich bei den verschiedenen Wohnformen nicht gravierend, außer dass sie bei Personen aus mietfreien Objekten auffallend geringer ist (6,7%). Das deutet wieder auf die Sonderposition dieses Wohntyps hin.

2.2.1.2 Armut nach Dimensionen der Erwerbstätigkeit

Nach der Haupttätigkeit einer Person betrachtet, ergibt sich die höchste Teilhabegefährdung bei Arbeitslosen und im Haushalt tätigen Personen (über 60%). Personen in Ausbildung sind zu ca. 50% von Teilhabegefährdung betroffen. Ungefähr gleich hoch (knapp unter dem Durchschnitt) betroffen sind Teilzeiterwerbstätige und PensionistInnen. Die geringste Teilhabegefährdung ist bei Vollzeiterwerbstätigen zu finden. Am geringsten ist die mangelnde Teilhabe bei Personen in Ausbildung oder im Haushalt und am höchsten bei PensionistInnen. Bei den anderen Tätigkeitsformen liegt diese knapp über bzw. unter dem Durchschnitt.

Langzeitarbeitslose sind, um mehr als die Hälfte seltener nicht gefährdet als Kurzzeitarbeitslose und um zwei Drittel seltener als Personen, die nicht arbeitslos sind. Langzeitarbeitslose sind zu über 76% von Teilhabegefährdung betroffen, Kurzzeitarbeitslose immer zu fast 50% und Nicht-Arbeitslose liegen knapp unter dem Durchschnitt.

Hat der Haushalt eine Hauptverdienerin, liegt die Teilhabegefährdung bei 46,7%, bei Personen aus Haushalten mit Hauptverdienern ist die Gefährdung etwas

geringer (43,6%). Allerdings ist auch bei der mangelnden Teilhabe ein größerer Anteil von Personen betroffen, wenn dem Haushalt eine Hauptverdienerin vorsteht.

Tabelle 11: Entwickeltes Konzept (grobe Kategorien) nach Erwerbsmerkmalen

	Nicht Gefährdet		Mangelnde Teilhabe*		Teilhabegefährdet (b)	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Gesamt	3.617	44,4	911	11,2	3.613	44,4
Haupttätigkeit (2005)						
Erwerbstätig (Vollzeit)	1.684	56,3	344	11,5	962	32,2
Erwerbstätig (Teilzeit)	310	47,4	67	10,3	276	42,3
Pension	693	39,2	298	16,9	777	43,9
Arbeitslos	52	23,5	27	12,0	144	64,5
Haushalt in Ausbildung	197	28,8	52	7,5	436	63,7
	166	41,5	31	7,8	203	50,7
Arbeitslosigkeit						
Nicht arbeitslos	3.512	45,3	863	11,1	3.373	43,5
Kurzzeitarbeitslos <6 Monate	77	36,5	33	15,4	102	48,1
Langzeitarbeitslos >= 6 Monate	27	15,1	15	8,5	138	76,5
Hauptverdiener/-in						
Hauptverdiener	2.827	46,2	623	10,2	2.667	43,6
Hauptverdienerin	790	39,0	289	14,3	946	46,7
Haupteinkommensquelle des HH						
unselbständige Arbeit	2.564	49,5	544	10,5	2.073	40,0
selbständige Arbeit	322	51,5	72	11,6	231	36,9
Sozialleistungen	79	13,4	37	6,3	476	80,4
Pensionen	624	37,4	250	15,0	792	47,5
private Einkommen	27	36,4	7	9,5	41	54,1
Erwerbsintensität des Haushaltes						
keine Erwerbstätigkeit	223	29,8	75	10,0	449	60,1
Teilweise Erwerbstätigkeit	1.012	35,7	238	8,4	1.584	55,9
volle Erwerbstätigkeit	2.109	57,9	462	12,7	1.074	29,5

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen; * nicht teilhabegefährdet

Werden die Teilhabegefährdeten nach der Haupteinkommensquelle des Haushaltes betrachtet, springt die Gefährdung von 80,4% von Personen aus Haushalten mit Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle ins Auge. Auch deutlich über dem Schnitt sind Personen aus Haushalten mit privaten Einkommen. Relativ häufig von Teilhabegefährdung betroffen sind außerdem Personen aus Haushalten mit Pensionseinkommen als Hauptquelle. Am wenigsten gefährdet sind Personen aus Haushalten die ihr Einkommen hauptsächlich aus

selbstständigem oder unselbstständigem Erwerbseinkommen beziehen. Zwar ist die mangelnde Teilhabe in Haushalten mit Sozialleistungen am geringsten, dafür aber auch der Anteil der nicht Gefährdeten (13,4%). Am häufigsten von mangelnder Teilhabe betroffen sind „Pensionshaushalte“.

Deutlich wirkt sich die Erwerbsintensität des Haushaltes auf die Teilhabegefährdung der darin lebenden Personen aus: Gibt es im Haushalt keine Erwerbstätigkeit, sind 60,1% der Personen aus solchen Haushalten teilhabegefährdet, bei teilweiser Erwerbstätigkeit sind es immerhin noch mehr als die Hälfte (55,9%) und bei voller Erwerbstätigkeit im Haushalt sind knapp 30% davon betroffen.

2.2.1.3 Armut nach Wohnort

Die geringste Teilhabegefährdung weisen Personen aus Wien auf, die höchste Personen aus Gemeinden, die nicht mehr als 10.000 Menschen umfassen. Auch eine relativ hohe Gefährdung weisen Personen auf, die in Städten mit mehr als 100.000 BewohnerInnen leben. Personen aus einer Gemeinde mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen sind knapp unter dem Durchschnitt gefährdet. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass nur WienerInnen eine Teilhabegefährdung deutlich unter dem Durchschnitt aufweisen und alle Personen aus anderen Besiedlungsdichtungen entweder knapp über oder knapp unter dem Durchschnitt liegen. In Wien und Städten über 100.000 EinwohnerInnen ist jedoch die mangelnde Teilhabe klar über dem Schnitt.

Nach Bundesland betrachtet zeigt sich, dass Personen aus dem Burgenland, Kärnten und Tirol zu fast 50% zu den Teilhabegefährdeten gehören, Personen aus der Steiermark und Salzburg knapp über dem Schnitt liegen und Personen aus Nieder- und Oberösterreich sowie Vorarlberg knapp darunter. Deutlich darunter liegt wie eben beschrieben Wien mit 39,2%.

Tabelle 12: Entwickeltes Konzept (grobe Kategorien) nach Region und Bundesland

	Nicht Gefährdet		Mangelnde Teilhabe*		Teilhabegefährdet (b)	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Gesamt	3.617	44,4	911	11,2	3.613	44,4
Region						
Wien	723	45,1	253	15,8	628	39,2
>100.000	276	40,6	98	14,4	306	45,0
>10.000	580	45,5	137	10,8	556	43,7
<=10.000	2.038	44,5	424	9,2	2.123	46,3
Bundesland						
Burgenland	113	40,5	24	8,7	142	50,9
Kärnten	220	39,3	66	11,7	275	49,0
Niederösterreich	743	47,8	142	9,1	670	43,1
Oberösterreich	640	46,1	143	10,3	605	43,6
Salzburg	219	41,8	69	13,2	236	45,0
Steiermark	532	44,6	101	8,5	561	47,0
Tirol	262	38,5	81	11,9	338	49,6
Vorarlberg	166	46,2	33	9,2	160	44,7
Wien	723	45,1	253	15,8	628	39,2

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen; * nicht teilhabegefährdet

2.2.2 Teilhabegefährdung im Detail (Armutgefährdungsstufen)

Von den insgesamt 44,4% der Teilhabegefährdeten, sind 19,9% „nur“ teilhabegefährdet, d.h. in dieser Kategorie sind weder Armutsgefährdete noch manifest Arme inkludiert. 15,8% aller von Teilhabegefährdung Betroffenen sind armutsgefährdet und 8,7% manifest arm. Die folgenden Ausführungen beziehen sich nur auf die drei Unterkategorien der gesamten Teilhabegefährdung, da diese bereits im vorangegangenen Kapitel global dargestellt wurde⁷⁷.

2.2.2.1 Armut nach Haushalts- und soziodemographischen Merkmalen

Der Großteil der Männer ist von Teilhabegefährdung betroffen, ein geringerer von Armutsgefährdung und ein relativ kleiner Teil von manifester Armut. Bei den Frauen ergibt sich das gleiche Bild, nur sind die Werte etwas höher als bei den Männern.

⁷⁷ Wenn also von Teilhabegefährdung gesprochen wird, ist zur Vereinfachung die Kategorie „(nur) teilhabegefährdet“ gemeint.

Männer haben, nach dem Alter betrachtet, bis zum 19 Lebensjahr das höchste Risiko teilhabe- oder armutsgefährdet bzw. manifest arm zu sein. Bei allen anderen Altersgruppen ist das Risiko deutlich geringer teilhabegefährdet zu sein – von diesen aber bei den Ältesten am höchsten. Abgesehen von den jüngsten Männern, ist die Armutsgefährdung bei den 20-39-jährigen am höchsten aber dennoch unter dem Durchschnitt. Bei der Betroffenheit von manifester Armut liegen Männer, die mindestens 65 sind fast mit den Jüngsten gleichauf. Von der Bildung her haben die geringst gebildeten Männer das größte Risiko von einer der drei Gefährdungstufen betroffen zu sein, dieses Risiko sinkt mit dem Bildungsniveau. Bei der manifesten Armut ist das Risiko der Männer, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, sehr deutlich über dem Durchschnitt. Auffällig unterdurchschnittlich ist das Gefährdungsrisiko von Männern mit Universitätsabschluss.

Bei den Frauen haben zwar auch die bis 19-Jährigen den größten Anteil bei Teilhabe- und Armutsgefährdung, die Betroffenheit von manifester Armut ist jedoch leicht unter dem Durchschnitt. Etwas dramatischer scheint hier die Lage von Frauen, die 65 Jahre oder älter sind: Zwar liegen sie bei der Teilhabegefährdung knapp unter dem Durchschnitt, allerdings bei Armutsgefährdung darüber und bei manifester Armut deutlich über diesem. Am geringsten betroffen sind Frauen im Alter von 40 bis 64 Jahren, gefolgt von Frauen zwischen 20 und 39. Von der Bildung her, liegen Frauen mit einem Bildungsniveau von mindestens Matura deutlich unter dem Durchschnitt der Gefährdungen. Besonders deutlich wirkt sich die Bildung bei Frauen mit höchstens Pflichtschulniveau, insbesondere bei Betroffenheit von manifester Armut, aus. Die Richtung je höher der Bildungsabschluss desto geringer die Gefährdung trifft zwar auch bei den Frauen zu aber nicht so stark wie bei den Männern.

Bei der Teilhabegefährdung gibt es zwischen Personen aus Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund keine gravierenden Unterschiede. Bei der Armutsgefährdung und der manifesten Armut sind Personen aus Haushalten mit Migrationshintergrund jedoch doppelt so oft betroffen.

Tabelle 13: Entwickeltes Konzept (im Detail) nach soziodemographischen Merkmalen, Haushaltstyp und Rechtsverhältnis an der Wohnung

	Teilhabege- fährdung gesamt		(nur) teilhabe- gefährdet		armuts- gefährdet (b)		manifest arm (b)	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Gesamt	3.613	44,4	1.620	19,9	1.282	15,8	711	8,7
Männer								
<i>zusammen</i>	1.677	42,3	772	19,5	590	14,9	315	7,9
bis 19 Jahre	511	55,1	223	24,0	205	22,1	83	9,0
20 bis 39 Jahre	465	40,2	214	18,5	161	13,9	91	7,8
40 bis 64 Jahre	490	35,9	233	17,1	163	11,9	94	6,9
65 Jahre +	210	40,4	102	19,7	61	11,8	46	8,9
max. Pflichtschule	337	53,5	142	22,5	105	16,6	91	14,4
Lehre/mittlere Schule	683	38,9	330	18,8	230	13,1	124	7,0
Matura	171	31,9	81	15,2	67	12,4	23	4,3
Universität	67	21,2	37	11,6	20	6,3	10	3,3
Frauen								
<i>zusammen</i>	1.937	46,4	848	20,3	693	16,6	396	9,5
bis 19 Jahre	495	56,2	223	25,3	198	22,4	74	8,4
20 bis 39 Jahre	514	44,9	243	21,2	173	15,1	98	8,5
40 bis 64 Jahre	523	37,6	233	16,8	184	13,2	105	7,6
65 Jahre +	406	53,5	149	19,6	138	18,2	119	15,7
max. Pflichtschule	687	60,0	250	21,9	238	20,8	198	17,3
Lehre/mittlere Schule	591	40,4	297	20,3	196	13,4	98	6,7
Matura	195	33,5	84	14,4	76	13,0	35	6,1
Universität	67	22,8	36	12,2	23	7,7	9	2,9
Migrationshintergrund d. Haushaltes								
ohne	3.011	41,8	1.430	19,8	1.045	14,5	537	7,4
mit	602	64,2	191	20,3	237	25,3	174	18,6
Haushaltstyp								
<i>Einpersonenhaushalte mit Pension</i>								
Männer	38	36,6	19	18,4	7	6,3	12	11,9
Frauen	275	66,0	78	18,8	108	26,0	88	21,2
<i>Einpersonenhaushalte ohne Pension</i>								
Männer	163	42,9	59	15,6	54	14,2	50	13,1
Frauen	139	46,2	44	14,6	45	15,1	50	16,6
<i>Mehrpersonenhaushalte</i>								
MPH ohne Kinder	911	31,5	449	15,5	276	9,6	186	6,4
Alleinerziehend	203	68,4	75	25,3	72	24,2	56	18,9
MPH +1 Kind	515	36,7	258	18,4	154	11,0	102	7,3
MPH + 2 Kinder	851	53,8	441	27,9	318	20,1	92	5,8
MPH + 3 oder mehr K.	518	67,3	197	25,6	248	32,2	73	9,5
Rechtsverhältnis an der Wohnung								
Hauseigentum	1.541	39,1	749	19,0	594	15,1	199	5,0
Wohnungseigentum	317	37,1	159	18,6	116	13,6	42	4,9
Gemeindewohnung	289	58,7	126	25,5	77	15,7	86	17,5
Genossenschaftswohnung	402	41,6	173	17,8	128	13,3	101	10,5
sonst. Haupt-/Untermiete	768	54,6	284	20,2	262	18,6	222	15,8
mietfreie Wohnung/Haus	295	62,0	130	27,3	105	22,1	60	12,6

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

Bei alleinstehenden Männern und Frauen mit Pension, gibt es bei der Betroffenheit von Teilhabegefährdung nur marginale Unterschiede. Gravierend sind sie jedoch bei den beiden anderen Kategorien: Alleinlebende Frauen mit Pension sind vier mal so oft von Armutsgefährdung betroffen und fast doppelt so oft von manifester Armut. Auch hier lässt sich dieser deutliche Unterschied nicht mehr feststellen, wenn alleinlebende Männer und Frauen ohne Pension verglichen werden. Um jeweils ca. 1% häufiger betroffen sind allein lebende Frauen ohne Pension von Teilhabe- und Armutsgefährdung und um etwas mehr als 3% bei manifester Armut.

Von Personen aus Mehrpersonenhaushalten haben das geringste Risiko einer Gefährdung, Erwachsene ohne Kinder. Von Mehrpersonenhaushalten mit Kindern haben Personen aus Haushalten mit drei oder mehr Kindern die höchste Betroffenheit von Armutsgefährdung, gefolgt von Personen aus Haushalten mit einer AlleinerzieherIn und Haushalten mit zwei Kindern. Von den AlleinerzieherInnenhaushalten sind jedoch auch fast 20% von manifester Armut betroffen, wohingegen Personen aus anderen Mehrpersonenhaushalten rund um den Durchschnitt von 8,7% betroffen sind. Mehrpersonenhaushalte mit einem Kind sind in allen Kategorien einem eher geringeren Risiko der Betroffenheit ausgesetzt.

Von manifester Armut betroffen, sind insbesondere Personen die in Gemeindewohnungen sowie zur Haupt- oder Untermiete wohnen. Auch Personen die mietfrei wohnen, liegen deutlich über dem Durchschnitt. Jene Haushalte sind auch von der Armutsgefährdung in besonderem Maße betroffen. Von Teilhabegefährdung überdurchschnittlich Betroffen sind hingegen vor allem Personen aus Gemeindewohnungen oder jene die mietfrei wohnen. Inwiefern Letztere jedoch tatsächlich betroffen sind wäre genauer zu prüfen.

2.2.2.2 Armut nach Dimensionen der Erwerbstätigkeit

Am geringsten ist die Betroffenheit von Armutsgefährdung und manifester Armut bei Erwerbstätigen Personen (Teil- und Vollzeit). Am höchsten ist die Betroffenheit

von diesen beiden Kategorien bei Arbeitslosen und im Haushalt Tätigen, bei letzteren ist auch die Teilhabegefährdung über dem Durchschnitt. Personen in Ausbildung haben zwar ein erhöhtes Risiko der Armutsgefährdung, die manifeste Armut liegt bei dieser Gruppe jedoch nur knapp über dem Durchschnitt.

Bei fast allen Kategorien liegen Personen, die nicht arbeitslos sind im Durchschnitt. Besonders hoch zeigt sich die Betroffenheit von Armutsgefährdung und insbesondere manifeste Armut bei Langzeitarbeitslosen. Bei den Kurzarbeitslosen ist die Teilhabegefährdung knapp über dem Durchschnitt und die Armutsgefährdung knapp darunter, die manifeste Armut jedoch hoch.

Ist eine Person aus einem Haushalt mit Hauptverdienerin, liegt ihre Betroffenheit von manifeste Armut deutlich über dem Durchschnitt, die von Armutsgefährdung allerdings nur knapp. Bei einem Hauptverdiener liegen beide Kategorien unter dem Durchschnitt.

Am geringsten sind sowohl Armutsgefährdung als auch manifeste Armut in Haushalten, bei denen die Haupteinkommensquelle unselbstständige Arbeit darstellt. Für selbstständige Arbeit als vorwiegendes Haupteinkommen ist die Betroffenheit von manifeste Armut unterdurchschnittlich, die von Armutsgefährdung jedoch leicht über dem Durchschnitt. Am häufigsten armutsgefährdet sind Personen bei denen die Haupteinkommensquelle Sozialleistungen sind, mit deutlichem Abstand gefolgt von Personen, bei denen diese aus privatem Einkommen besteht.

Personen aus Haushalten ohne Erwerbstätigkeit sind sowohl von Armutsgefährdung als auch von manifeste Armut sehr stark betroffen. Bei jenen aus teilweise erwerbstätigen Haushalten, trifft dies im selben Maße für die Armutsgefährdung zu, jedoch weniger für die manifeste Armut. Personen aus vollerwerbstätigen Haushalten liegen bei Armutsgefährdung und manifeste Armut deutlich unter dem Durchschnitt.

Tabelle 14: Entwickeltes Konzept (im Detail) nach Erwerbsmerkmalen

	Teilhabege- fährdung gesamt		(nur) teilhabe- gefährdet		armuts- gefährdet (b)		manifest arm (b)	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Gesamt	3.613	44,4	1.620	19,9	1.282	15,8	711	8,7
Haupttätigkeit (2005)								
Erwerbstätig (Vollzeit)	962	32,2	514	17,2	301	10,1	147	4,9
Erwerbstätig (Teilzeit)	276	42,3	131	20,0	99	15,2	46	7,0
Pension	777	43,9	336	19,0	248	14,0	193	10,9
Arbeitslos	144	64,5	40	17,9	45	20,1	59	26,6
Haushalt	436	63,7	158	23,1	174	25,4	104	15,2
in Ausbildung	203	50,7	77	19,3	87	21,7	39	9,7
Arbeitslosigkeit								
Nicht arbeitslos	3.373	43,5	1.545	19,9	1.212	15,6	616	8,0
Kurzzeitarbeitslos <6 Monate	102	48,1	45	21,2	28	13,2	29	13,8
Langzeitarbeitslos >= 6 Monate	138	76,5	30	16,8	42	23,5	65	36,2
Hauptverdiener/-in								
Hauptverdiener	2.667	43,6	1.274	20,8	939	15,4	454	7,4
Hauptverdienerin	946	46,7	346	17,1	343	17,0	257	12,7
Haupteinkommensquelle d. HH								
unselbständige Arbeit	2.073	40,0	1.108	21,4	670	12,9	295	5,7
selbständige Arbeit	231	36,9	81	13,0	112	17,9	38	6,0
Sozialleistungen	476	80,4	98	16,5	211	35,7	167	28,2
Pensionen	792	47,5	325	19,5	269	16,1	198	11,9
private Einkommen	41	54,1	8	11,3	19	25,9	13	16,9
Erwerbsintensität des Haushaltes								
keine Erwerbstätigkeit	449	60,1	126	16,9	168	22,5	155	20,7
Teilweise Erwerbstätigkeit	1.584	55,9	664	23,4	631	22,3	289	10,2
volle Erwerbstätigkeit	1.074	29,5	646	17,7	310	8,5	118	3,2

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

2.2.2.3 Armut nach Wohnort

Personen aus Gemeinden mit einer Besiedlung kleiner oder gleich 10.000 EinwohnerInnen weisen sowohl bei Teilhabe- als auch bei Armutsgefährdung Anteile leicht über dem Durchschnitt auf, jedoch bei manifester Armut Werte darunter. Bei Personen aus Gemeinden über 10.000 EinwohnerInnen ist nur der Anteilswert der manifesten Armut über dem Durchschnitt. Personen aus Gemeinden mit über 100.000 EinwohnerInnen sind überdurchschnittlich häufig von Teilhabegefährdung betroffen, liegen sonst jedoch unter den

Durchschnittswerten. WienerInnen liegen nur bei der manifesten Armut knapp über dem Durchschnitt, sonst darunter.

Personen aus dem Burgenland, sind sowohl zu einem größeren Anteil von Armutsgefährdung als auch von manifester Armut betroffen. In Salzburg lebende Personen, haben zwar ein höheres Risiko von Armutsgefährdung betroffen zu sein, dafür ist dort der Anteil der manifesten Armut niedrig. In Kärnten und Tirol ist die Armutsgefährdung relativ deutlich über dem Österreichschnitt, die Betroffenheit von manifester Armut jedoch nahe am Durchschnitt. In Nieder- und Oberösterreich ist nur der Anteil der Teilhabegefährdung etwas erhöht, in der Steiermark dieser Anteil sowie der der Armutsgefährdeten. VorarlbergerInnen haben ein über dem Durchschnitt liegendes Risiko manifest Arm zu sein. Die WienerInnen haben in allen Kategorien unterdurchschnittliche Anteilswerte, nur die manifeste Armutsbetroffenheit liegt leicht über dem Durchschnitt.

Tabelle 15: Entwickeltes Konzept (im Detail) nach Region und Bundesland

	Teilhabegefährdung gesamt		(nur) teilhabe- gefährdet		armuts- gefährdet (b)		manifest arm (b)	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Gesamt	3.613	44,4	1.620	19,9	1.282	15,8	711	8,7
Region								
Wien	628	39,2	274	17,1	199	12,4	155	9,7
>100.000	306	45,0	158	23,2	95	14,0	53	7,9
>10.000	556	43,7	221	17,4	193	15,2	142	11,1
<=10.000	2.123	46,3	968	21,1	795	17,3	360	7,9
Bundesland								
Burgenland	142	50,9	53	19,2	55	19,9	33	11,8
Kärnten	275	49,0	108	19,2	117	20,9	50	8,9
Niederösterreich	670	43,1	310	20,0	223	14,4	136	8,8
Oberösterreich	605	43,6	301	21,7	195	14,1	108	7,8
Salzburg	236	45,0	112	21,4	95	18,2	28	5,4
Steiermark	561	47,0	265	22,2	203	17,0	92	7,7
Tirol	338	49,6	125	18,4	144	21,2	68	10,0
Vorarlberg	160	44,7	72	19,9	49	13,8	39	11,0
Wien	628	39,2	274	17,1	199	12,4	155	9,7

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

3 Vergleich der Ergebnisse beider Konzepte

In diesem Kapitel werden die beiden Armutskonzepte nach unterschiedlichen Aspekten miteinander verglichen. An erster Stelle steht eine Übersicht der beiden Konzepte und ihrem Verhältnis zueinander. Dem folgt ein Vergleich der in Kapitel 2 gewonnenen Erkenntnisse. Des Weiteren werden verschiedene Varianten der Armutsgefährdungslücke verglichen und gezeigt, in welchem Verhältnis die Medianausgaben verschiedener Gefährdungsstufen zu den durchschnittlichen Ausgaben stehen.

3.1 Übersicht

Von Armutsgefährdung nach dem „klassischen“ Konzept sind 12,3% der österreichischen Bevölkerung betroffen, das sind etwas mehr als eine Million Menschen. Diese Armutsgefährdung ergibt sich aus den 7,1% Einkommensarmen und 5,2% manifest Armen. Weitere 20,3% der Bevölkerung haben zwar kein niedriges Einkommen (entspricht einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle), sind aber zumindest in einer von fünf Dimensionen depriviert. Als nicht arm gelten somit 64,7%.

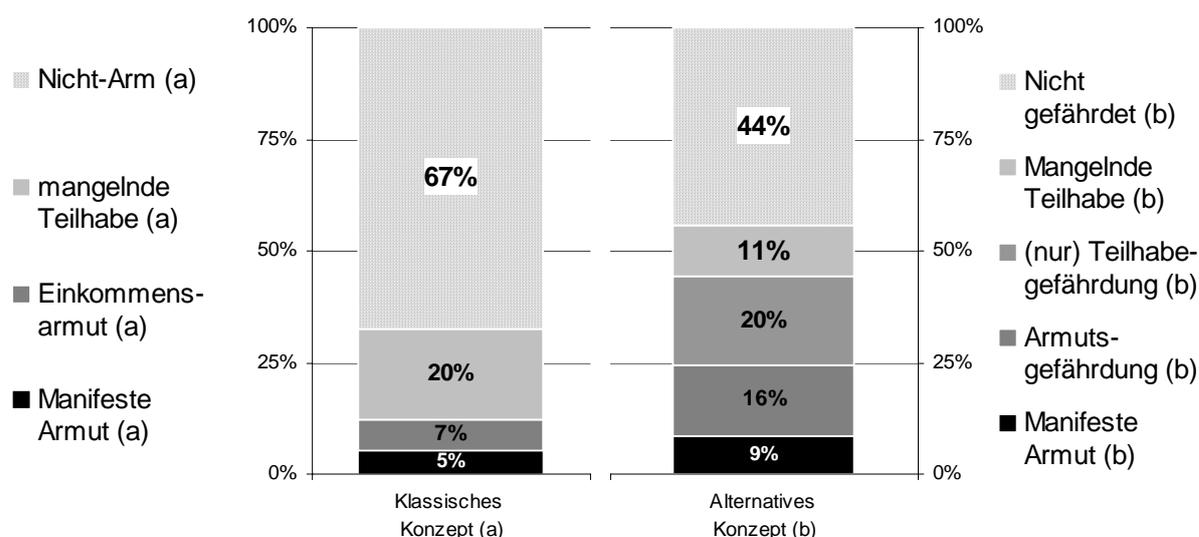
Beim entwickelten Konzept sind nur 44,4% der Bevölkerung von keiner der definierten Gefährdungen betroffen (entspricht dem Verständnis von „nicht arm“ beim klassischen Konzept): 11,2% sind von mangelnder Teilhabe betroffen und 44,4% gelten als Teilhabegefährdet. Diese 44,4% teilen sich auf in insgesamt 15,8% Armutsgefährdete und 8,7% manifest Arme und 19,9% die „nur“ teilhabegefährdet sind. Der Anteil der Armutsgefährdeten und manifest Armen zusammen entspricht rund 2 Millionen Menschen, also knapp einem Viertel der Bevölkerung (zur Übersicht siehe nachstehende Tabelle und Abbildung).

Tabelle 16: Betroffenheit von Gefährdungsstufen (beide Konzepte)

	Klassisches Konzept (a)		Alternatives Konzept (b)		
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
			4.528	55,6%	Keine Teilhabegefährdung
Nicht-Arm (a)	5.486	67,4%	3.617	44,4%	<i>Nicht gefährdet (b)</i>
mangelnde Teilhabe (a)	1.655	20,3%	911	11,2%	<i>Mangelnde Teilhabe (b)</i>
Armutsgefährdung	1.001	12,3%	3.613	44,4%	Teilhabegefährdung
			1.620	19,9%	<i>(nur) Teilhabegef. (b)</i>
<i>Einkommensarmut (a)</i>	577	7,1%	1.282	15,7%	<i>Armutsgefährdung (b)</i>
<i>Manifeste Armut (a)</i>	423	5,2%	711	8,7%	<i>Manifeste Armut (b)</i>
Gesamt	8.141	100,0%	8.141	100,0%	Gesamt

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen; (a) gängiges Armutskonzept; (b) entwickeltes Armutskonzept

Abbildung 3: Betroffenheit von Gefährdungsstufen (beide Konzepte)



Quelle: EU-SILC 2005, eigene Berechnungen

(a) gängiges Armutskonzept; (b) entwickeltes Armutskonzept

Zueinander im Verhältnis stehen die beiden Konzepte folgendermaßen: Knapp 80% der Personen, die im entwickelten Konzept als nicht teilhabegefährdet gelten sind im klassischen Konzept nicht armutsgefährdet und ca. 20% sind von mangelnder Teilhabe betroffen. Diejenigen die im neuen Konzept als „nur“ Teilhabegefährdet angesehen werden, sind im herkömmlichen Verständnis zu 71,9% nicht arm und zu 28,1% von mangelnder Teilhabe betroffen. Von den

Armutsgefährdeten des entwickelten Konzepts werden beim EU-Konzept 45% auch als arm verstanden und 55% nicht. Bei der manifesten Armut entsprechen sich 59,6% und 40,4% der manifest Armen des neuen Konzepts gelten im gängigen Konzept als von mangelnder Teilhabe betroffen.

Tabelle 17: Verhältnis der Konzepte zueinander

klassisches Konzept	Entwickeltes Konzept				Gesamt
	Keine Teilhabe-gefährdung	(nur) Teilhabe-gefährdung (b)	Armuts-gefährdung (b)	manifeste Armut (b)	
Nicht-arm	79,9	71,9	55,0	0	67,4
Einkommensarmut (a)	0	0	45,0	0	7,1
Manifeste Armut (a)	0	0	0	59,6	5,2
Mangelnde Teilhabe (a)	20,1	28,1	0	40,4	20,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

(a) gängiges Armutskonzept; (b) entwickeltes Armutskonzept

3.2 Vergleich nach analysierten Merkmalen

Insgesamt betrachtet sind bei beiden Konzepten etwas mehr Frauen als Männer von Armutsgefährdung bzw. manifester Armut betroffen. Auch bei beiden sind von den Männern, die bis 19-Jährigen und diejenigen mit dem niedrigsten Bildungsniveau am stärksten von Armutsgefährdung betroffen. Beim neu entwickelten Konzept gibt es jedoch einen klaren Bildungstrend (je höher das Bildungsniveau, desto niedriger sind Armutsgefährdung und manifeste Armut), welcher beim konventionellen Konzept bei der Einkommensarmut nicht in dieser Deutlichkeit zu sehen ist: Männer mit Matura sind etwas häufiger von Einkommensarmut betroffen als jene mit Lehre oder mittlerer Schule.

Bei den Frauen sind die über 64-Jährigen überdurchschnittlich von manifester Armut betroffen. Außerdem sind bei beiden Konzepten Frauen bis 19 Jahre bzw. über 65 relativ stark von Einkommensarmut (a) bzw. Armutsgefährdung (b) betroffen – beim entwickelten Konzept ist dieser Trend jedoch stärker. Wie bei den

Männern bei beiden Konzepten sind auch hier Frauen mit dem niedrigsten Bildungsniveau am stärksten von Armut betroffen. Der Trend – je höher das Bildungsniveau, desto niedriger das Armutsrisiko – gilt auch bei den Frauen, uneingeschränkt, nur beim entwickelten Konzept.

Die stärkere Gefährdung von Personen aus Haushalten mit Migrationshintergrund gilt für beide Messansätze.

Auch der größere Anteil armutsgefährdeter Frauen aus Einpersonenhaushalten mit Pension, als bei Männern gleicher Haushaltskategorie, tritt bei beiden Herangehensweisen auf. Bei Einpersonenhaushalten ohne Pension, gleichen sich beim neuen Konzept die Gefährdungsanteile bei Männern und Frauen, sowohl bei den Armutsgefährdeten als auch bei den von manifester Armut Betroffenen an – beim konventionellen Konzept nur bei der Einkommensarmut. Bei der manifesten Armut bleiben deutliche Unterschiede bestehen.

Bei beiden Konzepten sind Personen aus AlleinerzieherInnenhaushalten besonders stark von allen Armutsformen betroffen. Beim klassischen Konzept, trifft die stärkere Betroffenheit von Einkommensarmut und manifester Armut außerdem noch auf Personen aus Mehrpersonenhaushalten mit drei oder mehr Kindern zu. Beim entwickelten Konzept sind dieser Haushaltstyp und Mehrpersonenhaushalte mit zwei Kindern zwar auch sehr stark betroffen, aber nur von Armutsgefährdung und nicht von manifester Armut.

Beim Rechtsverhältnis an der Wohnung unterscheiden sich die beiden Konzepte vom Trend her nur in einem Punkt: Sind dem klassischen Konzept nach Personen, die in Gemeindewohnungen leben überdurchschnittlich von Einkommensarmut und manifester Armut betroffen, trifft das für das neue Konzept nur im Punkt der manifesten Armut zu.

Nach der Haupttätigkeit betrachtet gibt es auch keine gravierenden Unterschiede. Langzeitarbeitslosigkeit wirkt sich bei beiden Konzepten massiv auf alle Formen der Gefährdung aus. Auch das Geschlecht der Hauptverdienerin/ des Hauptverdieners wirkt sich bei beiden Ansätzen gleichermaßen aus. Bei Einkommensarmut und Armutsgefährdung gibt es keine großen Unterschiede, bei manifester Armut schon: Personen aus Haushalten mit Hauptverdienerin sind stärker von manifester Armut betroffen. Auch wenn die Gefährdungen nach der Haupteinkommensquelle des Haushaltes betrachtet werden, bleibt das Bild gleich: Insbesondere Personen aus Haushalten mit Sozialleistungen oder privaten Einkommen als Haupteinnahmequelle sind in allen Kategorien in stärkerem Ausmaß betroffen. Die Erwerbsintensität des Haushaltes hat bei beiden Konzepten die gleiche Auswirkung: Keine Erwerbstätigkeit und teilweise Erwerbstätigkeit im Haushalt zeigen sich als Risikofaktoren.

Die Armutsgefährdung nach Besiedlungsdichte variiert zwischen den beiden Konzepten: Gefährdeter sind, nach dem konventionellen Konzept, in beiden Armutsgefährdungskategorien Personen aus Gemeinden, die mehr als 10.000 EinwohnerInnen haben. Beim entwickelten Konzept sind Personen aus Gemeinden mit höchstens 10.000 EinwohnerInnen vermehrt von Armutsgefährdung betroffen, jene aus Gemeinden mit mehr als 10.000 BewohnerInnen verstärkt von manifester Armut. Weitere Unterschiede gibt es, wenn die Armutsgefährdung nach Bundesland betrachtet wird: Beim konventionellen Konzept sind sowohl Personen aus Kärnten als auch aus dem Burgenland bei beiden Armutskategorien stärker gefährdet, Personen aus Tirol nur bei Einkommensarmut und VorarlbergerInnen vor allem bei manifester Armut. Beim ausgabenorientierten Konzept weichen BurgenländerInnen nicht vom klassischen Konzept ab. Von Armutsgefährdung in stärkerem Ausmaß betroffen, und weniger von manifester Armut, sind jedoch Kärntner-, Salzburger- und TirolerInnen. Auch verstärkt von manifester Armut betroffen zeigen sich hier VorarlbergerInnen.

3.3 Armutsgefährdungslücke

Die Armutsgefährdungslücke ist ein Maß, das die Intensität der Armutsgefährdung in Prozent beschreibt. Die Zahl drückt aus, um wie viel Prozent das Medianeinkommen der Armutsgefährdeten niedriger ist, als die Armutsgefährdungsschwelle. Im Folgenden werden die Armutsgefährdungslücken nach Gefährdungsstufen (nach Konzept) dargestellt aber auch die analog entwickelte Teilhabelücke (alle jährlich).

Tabelle 18: Armuts- und Teilhabelücken verschiedener „Gefährdungsstufen“

	Median- äquivalenz- einkommen (Jahr)	Armuts- gefährdungs- schwelle (a) (Jahr)	Armuts- gefährdungs- lücke (a)	Teilhabe- schwelle (b) (Jahr)	Teilhabe- lücke (b)
	in EUR	in EUR	in %	in EUR	in %
Armutsgefährdete (a)	9.145	10.796	15,3%	16920	46%
Teilhabegefährdete (b)	13.069	10.796	-21,1%	16920	23%
Armutsgefährdete (b)	10.780	10.796	0,1%	16920	36%

Quelle: EU-SILC 2005; eigene Berechnungen

(a) gängiges Armutskonzept; (b) entwickeltes Armutskonzept

Das Medianeinkommen, der nach dem klassischen Konzept definierten, Armutsgefährdeten, ist um 15% geringer als die Armutsgefährdungsschwelle und liegt sogar um 46% unter der Teilhabeschwelle. Bei den, nach dem neu entwickelten Konzept, von Armutsgefährdung Betroffenen, beträgt der Abstand des Medianeinkommens zur Armutsgefährdungsschwelle nur 0,1% und bei der Teilhabeschwelle um 10% weniger (36%) als bei der Lücke der herkömmlich definierten Armutsgefährdeten. Bei den Teilhabegefährdeten ist die Armutsgefährdungslücke sogar negativ, was bedeutet, dass das Einkommen dieser Gruppe um 21,1% höher ist, als der Wert der Armutsgefährdungsschwelle, die Teilhabelücke beträgt bei dieser Gruppe immerhin 23%.

3.4 Leistbarkeit der durchschnittlichen Ausgaben

Die Armuts- bzw. Teilhabegefährdungslücken geben einen eher abstrakten Überblick darüber, wie intensiv sich die Gefährdung darstellt. Daher soll dieser Sachverhalt noch einmal, in konkreterer Form dargestellt werden: Nämlich daran, welchen Anteil ihres Medianeinkommens Personen unterschiedlicher „Gefährdungsstufen“ für Grundbedürfnisse bzw. die gesamten durchschnittlichen Ausgaben der Bevölkerung aufwenden müssten. Die Einteilung in minimale und erweiterte Grundbedürfnisse dient nur als exemplarische Einteilung. Ziel dieser Diplomarbeit ist es schließlich nicht zu bestimmen, was zum (minimal) notwendigen Lebensstandard gehört. Eine Übersicht über die Konsumkategorien⁷⁸, die den drei Stufen der Ausgaben zugeordnet wurden findet sich weiter unten in Tabelle 20.

Tabelle 19: Durchschnittliche Medianausgaben als Anteil am Medianeinkommen verschiedener Armutsgefährdungsstufen

monatliches Median- einkommen der ...	Monatliche Medianausgaben für			
	EUR	Grundbedürfnisse (minimal)	Grundbedürfnisse (erweitert)	Durchschnittliche Ausgaben d. Bevölkerung
		€ 549	€ 1.142	€ 1.410
Nicht-Armen (a)	€ 1.499	37%	76%	94%
Armutsgefährdeten* (a)	€ 762	72%	150%	185%
Nicht-Teilhabegefährdeten (b)	€ 1.905	29%	60%	74%
Teilhabegefährdeten (b)	€ 1.089	50%	105%	129%
<i>davon: Armutsgefährdete (b)</i>	€ 898	61%	127%	157%
<i>davon: manifest Arme (b)</i>	€ 852	64%	134%	166%

Quelle EU-SILC 2005 und Konsumerhebung 2004/05, eigene Berechnungen

* Da Einkommensarme und manifest Arme das gleiche Medianeinkommen haben, wurde die Überkategorie Armutsgefährdung verwendet. (a) gängiges Armutskonzept; (b) entwickeltes Armutskonzept

Die Nicht-Armen (a) müssten für die minimalen Grundbedürfnisse rund 37% ihres Einkommens aufwenden, die Armutsgefährdeten (a) sogar 72%. Für die

⁷⁸ Für eine Übersicht der Konsumkategorien und deren Unterkategorien sowie die jeweiligen Anteile der Ausgaben am Medianeinkommen und die Eurobeträge der Kategorien siehe im Tabellenanhang.

erweiterten Grundbedürfnisse müssten die Nicht-Armen (a) ca. drei Viertel ihrer Einnahmen ausgeben und die Armutsgefährdeten (a) kämen mit 150% ihres Einkommens deutlich über dieses. Dieser Anteil steigert sich bei den gesamten Durchschnittlichen Ausgaben der Bevölkerung sogar noch weiter auf 185%, wo nicht-armen Personen immerhin noch 6% Sparpotential blieben.

Bei den nicht Teilhabegefährdeten (b), liegen diese Anteilswerte deutlich darunter, selbst wenn sie wie der Durchschnitt konsumieren würden, würden ihnen ein monatliches Sparpotential von 26% bleiben – deutlich mehr als den Nicht-Armen (6%).

Auch Armutsgefährdete und manifest Arme des entwickelten Konzepts würden bei den erweiterten Grundbedürfnissen oder Ausgaben, die dem Durchschnitt entsprechen deutlich über „ihre Verhältnisse“ leben, d.h. sie müssten mehr als ihr Einkommen aufbringen – diese Mehrausgaben wären jedoch nicht so hoch wie bei den herkömmlich definierten Armutsgefährdeten. Sind die minimalen Grundbedürfnisse abgedeckt, blieben diesen Armutsgefährdeten (a) noch 28% Spielraum für weitere Bedürfnisse, den Armutsgefährdeten des neuen Konzepts immerhin 39% ihres Einkommens und den manifest Armen (b) 36%.

Tabelle 20: Unterschiedliche Konsumstufen

Grundbedarf (minimal)	Grundbedarf (erweitert)	Durchschnittliche Ausgaben
Ernährung, Alkoholfreie Getränke	Ernährung, Alkoholfreie Getränke	Ernährung, Alkoholfreie Getränke
Wohnen, Energie	Wohnen, Energie	Wohnen, Energie
Gesundheit	Gesundheit	Gesundheit
	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Alkoholische Getränke, Tabakwaren
	Bekleidung, Schuhe	Bekleidung, Schuhe
	Wohnungsausstattung	Wohnungsausstattung
	Verkehr	Verkehr
	Kommunikation	Kommunikation
	Sonstiges*	Sonstiges*
		Freizeit, Sport, Hobby
		Bildung
		Café, Restaurant, Hotel

Quelle: Statistik Austria (2006b); eigene Darstellung

* Körperpflege, persönliche Ausstattung, soziale Dienste, Kinderbetreuung, Versicherungen, Finanzdienstleistungen, allgemeine Dienstleistungen

4 Beantwortung der Forschungsfragen

Im Folgenden wird jede Forschungsfrage noch einmal – in Bezug zu den Ergebnissen aus Kapitel 3 – explizit beantwortet.

- ❖ *Reichen die vorhandenen Einkünfte eines Haushaltes prinzipiell aus, damit die darin lebenden Personen einen am österreichischen Durchschnitt orientierten Lebensstandard erreichen können? Anders gefragt: Wie viele Personen in Österreich sind von Teilhabe- bzw. Armutsgefährdung betroffen?*

Von Teilhabegefährdung sind in Österreich 44,4% der Personen betroffen und von Armutsgefährdung fast ein Viertel der Bevölkerung (24,5%). Von diesem Viertel sind 8,7% armutsgefährdet und depriviert (=manifest arm) und 15,8% armutsgefährdet und nicht depriviert.

- ❖ *Ab welcher Differenz der Einkünfte zu den durchschnittlichen Ausgaben wird die subjektive Bewertung der objektiven Situation durch die Betroffenen auffallend negativ? Ab welchem mittleren, negativen Wert der Abweichung des Einkommens von den Ausgaben, sollen Personen als Armutsgefährdet bezeichnet werden?*

Unter Kapitel 1.1 in Teil C wurde die Antwort hergeleitet: Wenn zwischen dem Einkommen eines Haushaltes und den durchschnittlichen Konsumausgaben der Bevölkerung eine negative Differenz von -286 EUR oder mehr besteht, wird eine Person als armutsgefährdet eingestuft.

- ❖ *Inwiefern überschneiden sich die Gefährdungsstufen der beiden Messkonzepte?*

Knapp mehr als die Hälfte Armutsgefährdeten des neuen Konzepts (55%) gilt im klassischen Modell als nicht arm, der Rest überschneidet sich mit den Einkommensarmen. Von denen, die als manifest arm definiert wurden, gilt die Mehrheit auch im EU-Modell als manifest arm (59,6%) und die übrigen 40,4% werden dort nur als von mangelnder Teilhabe betroffen betrachtet (depriviert und nicht von einem Medianeinkommen unter 60% betroffen). Die Personen, die im entwickelten Konzept als teilhabegefährdet (ohne Armutsgefährdete und manifest Arme) titulierte wurden, werden im gängigen Modell als nicht arm (71,9%) oder von mangelnder Teilhabe (28,1%) betroffen angesehen. Bei den Personen, die nicht von Teilhabegefährdung betroffen sind, gestaltet sich dieses Verhältnis ähnlich (79,9% nicht arm; 20,1% mangelnde Teilhabe).

- ❖ *In welchem Verhältnis stehen die Medianeinkommen der verschiedenen Armutsformen der beiden Konzepte zu den durchschnittlichen Ausgaben?*

Die Nicht-Armen des gängigen Konzepts können an den durchschnittlichen Ausgaben der Bevölkerung mit einem kleinen Sparpotential von 6% relativ gut partizipieren. Die Armutsgefährdeten müssten 85% mehr als ihr Einkommen ausgeben, um diesen Standard erreichen zu können. Selbst für einen durchschnittlichen erweiterten Grundbedarf ohne Freizeitausgaben müssten sie mehr ausgeben als sie im Mittel haben. Einen minimalen Grundbedarf, der

Wohnen, Ernährung/Getränke und Gesundheit umfasst, könnten sie noch um einige wenige weitere Dimensionen erweitern, da diese Ausgaben rund 72% ihres Einkommens ausmachen (es bleibe ihnen 28% „Spielraum“). Bei den beiden Teilhabegefährdungsstufen des entwickelten Konzepts (Armutgefährdete und manifest Arme) wäre eine Partizipation an den durchschnittlichen Ausgaben und einem erweiterten Grundbedarf auch nicht innerhalb der Einkommensgrenzen möglich – der minimale Grundbedarf könnte jedoch stärker erweitert werden als bei den Armutsgefährdeten des klassischen Konzeptes (der Anteil der Ausgaben für den minimalen Grundbedarfs macht bei den Armutsgefährdeten des neuen Konzepts rund 61% aus und bei den manifest Armen 64% - das entspräche einem „Spielraum“ von 39% bzw. 36%).

❖ *Inwiefern unterscheidet sich der Anteil der Armutsgefährdeten und der in manifester Armut lebenden Personen nach den beiden Messkonzepten?*

Beim gängigen Messkonzept ist die Armutsgefährdung insgesamt deutlich geringer als beim entwickelten Messkonzept. Die Einkommensarmut beträgt 7,1% und die manifeste Armut 5,2% das macht zusammen eine Armutsgefährdung von 12,3%, die beim entwickelten Konzept fast doppelt so hoch ist (24,5%). Die manifest Armen übersteigen die des herkömmlichen Messkonzepts um ca. 3,5% (8,7% manifest Arme).

Diskussion des entwickelten Messkonzeptes

Das entwickelte und zur Anwendung gebrachte Messkonzept ermöglicht es zu überprüfen, inwiefern Personen mit ihrem Einkommen an einem durchschnittlichen Lebensstandard partizipieren könnten. Insbesondere würde das Modell Veränderungen in den Kostenstrukturen aufzeigen können und wäre sensibel in Bezug auf solche Veränderungen bei gegebenem Einkommen. Interessanterweise ist das Medianeinkommen der Armutsgefährdeten des herkömmlichen Konzeptes nicht um vieles niedriger (um 136 EUR) als das der Armutsgefährdeten des entwickelten Konzeptes – der große Unterschied besteht darin, dass das neue Maß sensibel ist auf subjektive Einschätzungen und Ausgabenveränderungen (z.B. rapiden Preisanstiegen). Das Modell kann nicht aufzeigen, ob die Armutsgefährdungsschwelle oder das Medianeinkommen der Armutsgefährdeten der herkömmlichen Definition reichen, um einen minimal notwendigen Lebensstandard zu erreichen – dafür aber inwieweit diese von einem mittleren Lebensstandard entfernt liegen.

Als problematisch erweist sich, dass der österreichische Gesamtschnitt der Ausgaben verwendet wurde. Prinzipiell sollten einige Strukturmerkmale wie das Bundesland oder die Gemeindegröße berücksichtigt werden. Mit der gewählten Vorgehensweise werden zwar regionsspezifische Einkommensunterschiede berücksichtigt, nicht jedoch die einbezogenen Ausgabenunterschiede. So zeigt sich beispielsweise in Wien eine nicht sonderlich starke Armutsbetroffenheit, obwohl es beispielsweise einen hohen Anteil an MigrantInnen aufweist – welche überproportional von Armutsgefährdung betroffen sind. Bei der Betrachtung der Betroffenheit nach Wohnungstyp betrachtet, zeigt sich die Wichtigkeit der Kostenstrukturen fürs Wohnen: Diese sind bei den Ausgabenstrukturen mitberücksichtigt. Personen, die keine Miete zahlen oder eine deutlich unter der Durchschnitt liegende Miete zahlen, werden dadurch möglicherweise bei der Armutsgefährdung stärker „gewichtet“. Das legt den Schluss nahe die realen Wohnkosten vom Einkommen abzuziehen und sie dafür bei den durchschnittlichen Ausgaben nicht zu

berücksichtigen. Das könnte allerdings wiederum Anlass einer Diskussion darüber sein, wie viel Wohnraum oder maximale Wohnkosten einer Person zustehen soll.

Für weiterführende Analysen soll betont werden, dass die Kontrolle einiger Strukturmerkmale das Instrument sensibler machen würde.

Bibliographie

- Alisch, Monika; Dangschat, Jens S., 1998: Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen: Leske + Budrich.
- Andreß, Hans-Jürgen, 1999: Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Andreß, Hans-Jürgen, 2006. Zur Entwicklung von Lebensstandard und Deprivation in Deutschland von 1996 bis 2003. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2006, 75, 1, 131-151.
- Andreß, Hans-Jürgen; Kronauer, Monika, 2006: Arm - Reich. In: Lessenich, Stephan; Nullmeier, Frank, Deutschland - eine gesplante Gesellschaft. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 28-52.
- Andreß, Hans-Jürgen; Krüger, Anne; Sedlacek, Bronia Katharina. 2004: Armut und Lebensstandard. Zur Entwicklung des notwendigen Lebensstandards der Bevölkerung 1996-2003. Gutachten im Rahmen des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung. Köln.
- Andreß, Hans-Jürgen; Lipsmeier, Gero, 1995. Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann ihn sich leisten? Ein neues Konzept zur Armutsmessung. Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 31-32, 1995, 35-49.
- Andreß, Hans-Jürgen; Lipsmeier, Gero, 1999. Lebensstandard nicht allein von Einkommen abhängig. Ergebnisse einer aktuellen Umfrage. ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren, 1999, 21, Januar 1999.
- Arndt, Christian; Volkert, Jürgen, 2006. Amartya Sens Capability-Approach - Ein neues Konzept der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2006, 75, 1, 7-29.
- Badelt, Christoph; Österle, August, 2001: Grundzüge der Sozialpolitik. Spezieller Teil. Sozialpolitik in Österreich. 2. Auflage, Wien: Manz.
- BMSG. 2004: Bericht über die soziale Lage 2003 - 2004. Wien.
- Böhnke, Petra; Delehey, Jan, 2001: Lebensstandard und Einkommensarmut. Plädoyer für eine erweiterte Armutsforschung. In: Barlösius, Eva; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang, Die Armut der Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, 315-335.
- Bourdieu, Pierre, 1987: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Butterwegge, Christoph, 2000a: Armutforschung, Kinderarmut und Familienfundamentalismus. In: Butterwegge, Christoph, Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen. 2. Auflage, Frankfurt/New York: Campus Verlag, 21-58.
- Butterwegge, Christoph, 2000b: Hintergründe der (Kinder-)Armut in Deutschland. In: Zenz, W.M; Bäcker, K.; Blum-Maurice, R., Die vergessenen Kinder. Köln: PapyRossa.
- Butterwegge, Christoph; Holm, Karin; Imholz, Barbara; Klundt, Michael; Michels, Caren; Schulz, Uwe; Zander, Margherita; Zeng, Matthias, 2003: Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Butterwegge, Christoph; Klundt, Michael; Zeng, Matthias, 2005: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Chassé, Karl August; Zander, Margherita; Rasch, Konstanze, 2005: Meine Familie ist Arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dietz, Berthold, 1997: Soziologie der Armut. Eine Einführung. Frankfurt/Main: Campus-Verlag.
- Döring, Diether; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich, 1990: Armut als Lebenslage. In: Döring, Diether; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich, Armut im Wohlstand. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 7-30.
- Eiffe, Franz F.; Heitzmann, Karin, 2006. Armut im Kontext reicher Staaten - Zur wissenschaftlichen Operationalisierung eines normativen Begriffs. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2006, 75, 1, 43-57.
- Engels, Dietrich, 2006. Lebenslagen und soziale Exklusion - Thesen zur Reformulierung des Lebenslagenkonzeptes für die Sozialberichterstattung. Sozialer Fortschritt, 2006, 2006, 5, 109-117.
- Esser, Hartmut, 1993: Soziologie : allgemeine Grundlagen. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verlag.
- Geissler, Birgit, 1994. Klasse, Schicht oder Lebenslage? Was leisten diese Begriffe bei der Analyse der "neuen" sozialen Ungleichheiten? Leviathan, 1994, 22, 4, 541-559.
- Glatzer, Wolfgang; Hübinger, Werner, 1990: Lebenslagen und Armut. In: Döring, Diether; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich, Armut im Wohlstand. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 31-55.
- Goedhart, T.; Halberstadt, V.; van Praag, B.M.S., 1977. The poverty line: concept and measurement. The Journal of Human Resources, 1977, 12, 503-520.

- Groh-Samberg, Olaf; Goebel, Jan, 2007. Armutsmessungen im Zeitverlauf. Indirekte und direkte Armutsindikatoren im Vergleich. Wirtschaftsdienst, 2007, 6, 397-403.
- Hauser, Richard, 2008: Das Maß der Armut: Armutsgrenzen im sozialstaatlichen Kontext. Der sozialstaatliche Diskurs. In: Huster, Ernst-Ulrich, Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 94-117.
- Hauser, Richard; Neumann, Udo, 1992: Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Leibfried, Stephan; Voges, Wolfgang, Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Opladen: Westdeutscher Verlag, 237-271.
- Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen ; Mogge-Grotjahn, Hildegard, 2008: Armut und soziale Ausgrenzung. Ein multidisziplinäres Forschungsfeld. In: Huster, Ernst-Ulrich, Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-38.
- Jackson, Tim; Michaelis, Laurie. 2003: Policies for Sustainable Development. A Report to the Sustainable Development Commission. London.
- Jacobs, Herbert, 2000: Armut. In: Allmendinger, Jutta; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang, Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen. Weinheim: Juventa Verlag, 237-268.
- Jahoda, Marie; Lazarsfeld, Paul F.; Zeisel, Hans, 1975 [1933]: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Klocke, Andreas, 2000. Methoden der Armutsmessung. Einkommens-, Unterversorgungs- und Sozialhilfekonzepnt im Vergleich. Zeitschrift für Soziologie, 2000, 29, 4, 313 - 329.
- Knapp, Gerald, 2004: Armut im Sozialstaat Österreich. In: Knapp, Gerald, Soziale Arbeit und Gesellschaft. Entwicklungen und Perspektiven in Österreich. Klagenfurt/Celovec - Ljubljana/Laibach - Wien/Dunaj: Verlag Hermagoras/Mohorjeva, 66-92.
- Krämer, Walter, 1997: Statistische Probleme bei der Armutsmessung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Krause, Peter; Ritz, Daniel, 2006. EU-Indikatoren zur sozialen Inklusion in Deutschland. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2006, 75, 1, 152-173.
- Lamei, Nadja; Till-Tentschert, Ursula, 2005. Messung von Armutgefährdung und Deprivation. Statistische Nachrichten, 2005, 4, 349-359.

- Leisering, Lutz, 2008: Dynamik von Armut. In: Huster, Ernst-Ulrich, Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 118-132.
- Leßmann, Ortrud, 2006. Lebenslagen und Verwirklichungschancen (capability) - Verschiedene Wurzeln, ähnliche Konzepte. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2006, 75, 1, 30-42.
- Leßmann, Ortrud, 2007: Konzeption und Erfassung von Armut. Vergleich des Lebenslage-Ansatzes mit Sens "Capability"-Ansatz. Bd. 552, Berlin: Duncker & Humblot.
- Lipsmeier, Gero, 1999. Die Bestimmung des notwendigen Lebensstandards - Einschätzungsunterschiede und Entscheidungsprobleme. Zeitschrift für Soziologie, 1999, 28, 4, 281-300.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Barlösius, Eva, 2001: Die Armut der Gesellschaft. In: Barlösius, Eva; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang, Die Armut der Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, 12-67.
- Mack, Joana; Stewart, Lansley, 1985: Poor Britain. London.
- Mejer, Lene, 1999: Statistics on social exclusion: The EU methodological approach. In: Social Exclusion Statistics: Conference Papers Statistics Users's Council/CEIES Joint Conference 22 November 1999. 71-82.
- Muffels, Ruud, 1993: Welfare economic effects of social security. Essays on poverty, social security and labour market: evidence from panel data. Tilburg.
- Nahnsen, Ingeborg, 1975: Bemerkung zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes. In: Osterland, M., Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktbereitschaft. Frankfurt am Main, 148ff.
- Neurath, Otto, 1931: Empirische Soziologie. In: Frank, P.; Schlick, M., Schriften zur wissenschaftlichen Weltauffassung. Wien.
- Noll, Heinz-Herbert, 2005: Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung: Ansätze zur Messung von Lebensqualität. In: Genov, Nikolai, Die Entwicklung des soziologischen Wissens. Ergebnisse eines halben Jahrhunderts. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 185-212.
- Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan, 2005a. Markante Unterschiede in den Verbrauchsstrukturen verschiedener Einkommenspositionen trotz Konvergenz. Analysen zu Ungleichheit und Strukturwandel des Konsums. ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren, 2005a, 34, 1-5.
- Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan, 2005b. Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen. Indikatoren zur Analyse und Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Ausgaben. ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren, 2005b, 33, 1-6.

- Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan, 2006: Strukturen des privaten Verbrauchs in Deutschland: Ungleichheiten und temporärer Wandel. In: Rehberg, Karl-Siegbert, Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004, Teil 1. Frankfurt/ New York: Campus Verlag, 407-423.
- Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan, 2007. Einkommensarmut und Konsumarmut - unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen. Analysen zum Vergleich der Ungleichheit von Einkommen und Konsumausgaben. ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren, 2007, 37, 1-6.
- Nowotny, Helga, 1982: Vom definieren, vom Lösen und vom Verwalten sozialer probleme: Der Beitrag der Armutforschung. In: Beck, Ulrich, Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. Göttingen: Schwartz.
- Piachaud, David, 1979: The cost of a child : a modern minimum. London.
- Piachaud, David, 1992: Wie mißt man Armut? In: Leibfried, Stephan; Voges, Wolfgang, Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Opladen: Westdeutscher Verlag, 63-87.
- Rowntree, B. Seebohm, 1901: Poverty. A Study of Twon Life. London.
- Statistik Austria. 2006a: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2004. Wien.
- Statistik Austria. 2006b: Verbrauchsausgaben 2004/05. Hauptergebnisse der Konsumerhebung. Wien: Kommissionsverlag.
- Statistik Austria. 2006c: Verbrauchsausgaben 2004/05. Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung Wien: Kommissionsverlag.
- Statistik Austria. 2007a: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2005. Wien.
- Statistik Austria. 2007b: EU-SILC 2005 Codebook. Mikrodaten für externe Nutzer. Wien: Statistik Austria.
- Townsend, Peter, 1970: The Concept of Poverty. London: Heinemann
- Townsend, Peter, 1979: Poverty in the United Kingdom. Harmondsworth.
- Townsend, Peter, 1987. Deprivation. Journal of Social Policy, 1987, 16, 125-146.
- Voges, Wolfgang; Jürgens, Olaf; Mauer, Andreas; Meyer, Eike. 2003: Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes. Endbericht. Bremen: ZeS Zentrum für Sozialpolitik.
- Volkert, Jürgen; Klee, Günther; Kleinmann, Rolf; Scheurle, Ulrich; Schneider, Ulrich. 2003: Schlussbericht an das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung. Operationalisierung der Armut- und Reichtumsmessung. Tübingen.

- Weick, Stefan. 1999: Relative Einkommensarmut bei Kindern. Untersuchungen zu Lebensbedingungen und Lebensqualität in Deutschland von 1984 bis 1996. Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen.
- Weisser, Gerhard, 1956: Wirtschaft. In: Ziegenfuss, W., Handbuch der Soziologie. Stuttgart.
- Weisser, Gerhard, 1957: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. (Unveröffentlichtes Manuskript). Köln.
- Weisser, Gerhard, 1966: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung der für die Sozialpolitiklehre erforderlichen Lebenslagen-Analysen. (Unveröffentlichtes Manuskript). Köln.
- Zander, Margherita, 2002. Zeit zum Handeln. Was wir über Kinderarmut wissen. Thema Jugend. Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung, 2002, 4, 2-5.

Anhang

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht Deprivationsindikatoren	58
Tabelle 2: Übersicht EU-Messkonzept und entwickeltes Messkonzept.....	70
Tabelle 3: Zufriedenheit mit dem Einkommen und mit dem Leben	84
Tabelle 4: Einkommenszufriedenheit und Einnahmen-Ausgaben-Differenz	85
Tabelle 5: Lebenszufriedenheit und Einnahmen-Ausgaben-Differenz	86
Tabelle 6: Schematische Übersicht der „Gefährdungsstufen“ beider Konzepte.....	89
Tabelle 7: Klassisches Konzept nach soziodemographischen Merkmalen, Haushaltstyp und Rechtsverhältnis an der Wohnung.....	92
Tabelle 8: Klassisches Konzept nach Erwerbsmerkmalen	94
Tabelle 9: Klassisches Konzept nach Region und Bundesland.....	96
Tabelle 10: Entwickeltes Konzept (grobe Kategorien) nach soziodemographischen Merkmalen, Haushaltstyp und Rechtsverhältnis an der Wohnung	100
Tabelle 11: Entwickeltes Konzept (grobe Kategorien) nach Erwerbsmerkmalen	102
Tabelle 12: Entwickeltes Konzept (grobe Kategorien) nach Region und Bundesland.....	104
Tabelle 13: Entwickeltes Konzept (im Detail) nach soziodemographischen Merkmalen, Haushaltstyp und Rechtsverhältnis an der Wohnung.....	106
Tabelle 14: Entwickeltes Konzept (im Detail) nach Erwerbsmerkmalen.....	109
Tabelle 15: Entwickeltes Konzept (im Detail) nach Region und Bundesland	110
Tabelle 16: Betroffenheit von Gefährdungsstufen (beide Konzepte).....	112
Tabelle 17: Verhältnis der Konzepte zueinander.....	113
Tabelle 18: Armuts- und Teilhabelücken verschiedener „Gefährdungsstufen“.....	116
Tabelle 19: Durchschnittliche Medianausgaben als Anteil am Medianeinkommen verschiedener Armutsgefährdungsstufen	117
Tabelle 20: Unterschiedliche Konsumstufen	119

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zufriedenheit mit dem Einkommen und mit dem Leben	84
Abbildung 2: Einkommens- bzw. Lebenszufriedenheit und durchschnittliche Einnahmen- Ausgaben-Differenz	87
Abbildung 3: Betroffenheit von Gefährdungsstufen (beide Konzepte).....	112

Tabellenanhang

Ausgewählte Ausgabengruppen	Äquivalenzausgaben ¹	
	in Euro	in %
Gesamtverbrauchsausgaben (=Median)	1.410	100,0
Ernährung, Alkoholfreie Getränke	179	12,7
<i>Ernährung</i>	161	11,4
<i>Alkoholfreie Getränke</i>	19	1,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	40	2,9
<i>Alkoholische Getränke</i>	16	1,2
<i>Tabakwaren</i>	24	1,7
Bekleidung, Schuhe	77	5,5
<i>Bekleidung</i>	61	4,3
<i>Schuhe</i>	16	1,1
Wohnen, Energie	323	22,9
<i>Mieten</i>	67	4,7
<i>Imputierte Mieten</i>	112	7,9
<i>Wohnungsinstandhaltung</i>	27	1,9
<i>Betriebskosten</i>	52	3,7
<i>Energie</i>	66	4,7
Wohnungsausstattung	86	6,1
<i>Möbel, Wohnungseinrichtung</i>	39	2,7
<i>Heimtextilien</i>	8	0,5
<i>Haushaltsgeräte</i>	13	0,9
<i>Geschirr, Haushaltsartikel</i>	6	0,4
<i>Werkzeug, Gartengeräte</i>	7	0,5
<i>Waren und Dienstleistungen für den Haushalt</i>	15	1,0
Gesundheit	46	3,3
Verkehr	219	15,5
<i>KFZ-Anschaffung</i>	95	6,8
<i>KFZ-Reparatur, -Zubehör, Treibstoff</i>	112	8,0
<i>Öffentlicher Verkehr</i>	11	0,8
Kommunikation	38	2,7
Freizeit, Sport, Hobby	178	12,6
<i>Unterhaltungselektronik, Film-, Foto- und EDV-Geräte</i>	27	1,9
<i>Größere Gebrauchsgüter für Freizeit und Sport; Musikinstrumente</i>	3	0,2
<i>Sport-, Hobby und Freizeitartikel</i>	32	2,3
<i>Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen</i>	38	2,7
<i>Printmedien, Papier- und Schreibwaren</i>	22	1,5
<i>Urlaub</i>	57	4,0
Bildung	10	0,7
Café, Restaurant, Hotel	80	5,7
Sonstiges	133	9,5
<i>Körperpflege</i>	38	2,7
<i>Persönliche Ausstattung</i>	9	0,6
<i>Soziale Dienste, Kinderbetreuung</i>	3	0,2
<i>Versicherungen</i>	63	4,5
<i>Finanzdienstleistungen</i>	1	0,1
<i>Allgemeine Dienstleistungen</i>	20	1,4

Quelle: Statistik Austria (2006b); eigene Darstellung

Anmerkung:

¹ Die Äquivalenzausgaben sind nach folgendem Gewichtungsschema berechnet: Die erste erwachsene Person im Haushalt= 1,0; jede weitere Person ab 14 Jahren= 0,5 und Kinder unter 14 Jahren= 0,3.

SPSS-Syntax

*****Diplomarbeit Judith Anzenberger *****:

***Teile dieser Syntax beruhen auf der Lehrveranstaltung Armuts- und Sozialberichterstattung Studienjahr 2005/06 unter der Leitung von Frau Magistra Ursula Till-Tentschert und Herrn Magister Matthias Till.**

*Informationen aus dem Personenregister und Personenfragebogen zusammenführen.
get file='E:\p_silc2005_ext.sav'.
sort cases by ln pkzqu ln pkzqu .
save outfile='E:\x1.sav'.

get file='E:\r_silc2005_ext.sav'.
sort cases by ln pkzqu ln pkzqu .
save outfile='E:\x2.sav'
/keep ln pkzqu ln pkzqu hgew age sex r004000
r005000 R007000.

get file='E:\x2.sav'.
sort cases by ln pkzqu ln pkzqu.

match files
/file=*
/table='E:\x1.sav'
/by ln pkzqu ln pkzqu.
exe.

save outfile='E:\x3.sav'.

*Informationen aus dem Haushaltsdatenfile zuführen.
get file='E:\h_silc2005_ext.sav'.
sort cases by ln.
save outfile='E:\x4.sav'
/keep ln heueq H010000 H017000 H026000
H029000 H003000 H004000 H005010 H005020
H005030 H005040 H005050 H006010 H006020
H006030 H006040 H006050 H007000 H026000
H028000 H029000 hh070 H035000 H036010
H036020 H036030 H036040 H036050 H036060
H036070 H036080 H036090 H037010 H037020
H037030 H037040 H037050 H038000 H039000
H040000 hy020 hy022 hy023 hy040n hy050n
hy060n hy070n hy080n hy090n hy110n hy130n
hy145n.

get file='E:\x3.sav'.
sort cases by ln.

match files
/file=*
/table='E:\x4.sav'
/by ln.
exe.

save outfile='E:\x5.sav'.

*Informationen aus dem Haushaltsregisterfile zuführen.
get file='E:\d_silc2005_ext.sav'.
sort cases by ln.
save outfile='E:\x6.sav'
/keep ln hsize bundesld db100 region.

get file='E:\x5.sav'.
sort cases by ln.

match files
/file=*
/table='E:\x6.sav'
/by ln.
exe.
save outfile='E:\p_workfile.sav'.

*****Variablenberechnung*****.
get file='E:\p_workfile.sav'.

*Soziodemographische und Haushaltsvariablen.

*Altersklassen bilden.
compute agekl=\$Sysmis.
if age LE 19 agekl=1.
if age > 19 and age LE 39 agekl=2.
if age > 39 and age LE 64 agekl=3.
if age GE 65 agekl=4.
var lab agekl'Alter'.
val lab agekl 1'bis 19 Jahre' 2'20 bis 39 Jahre' 3'40
bis 64 Jahre' 4'65 Jahre +'.

*Altersklassen nach Geschlecht.
compute altmann=\$Sysmis.
if sex=1 and agekl=1 altmann=1.
if sex=1 and agekl=2 altmann=2.
if sex=1 and agekl=3 altmann=3.
if sex=1 and agekl=4 altmann=4.
var lab altmann'Männer nach Alter'.
val lab altmann 1'bis 19 Jahre' 2'20 bis 39 Jahre'
3'40 bis 64 Jahre' 4'65 Jahre +'.

if sex=2 and agekl=1 altfrau=1.
if sex=2 and agekl=2 altfrau=2.
if sex=2 and agekl=3 altfrau=3.
if sex=2 and agekl=4 altfrau=4.
var lab altfrau'Frauen nach Alter'.
val lab altfrau 1'bis 19 Jahre' 2'20 bis 39 Jahre'
3'40 bis 64 Jahre' 4'65 Jahre +'.

*Bildungsabschluss.
recode P118000 (0,1=1) (2,3,4,5=2) (6,7,8=3)
(9,10=4) (else=sysmis) into bildung.
var lab bildung'höchster Bildungsabschluss'.
val lab bildung 1'max. Pflichtschule'
2'Lehre/mittlere Schule' 3'Matura' 4'Universität'.
temp.
sel if age > 16.

*Geschlecht nach höchstem Bildungsabschluss.
compute bildmann=\$Sysmis.
if sex=1 and bildung=1 bildmann=1.
if sex=1 and bildung=2 bildmann=2.
if sex=1 and bildung=3 bildmann=3.
if sex=1 and bildung=4 bildmann=4.
var lab bildmann'Bildung Männer'.
val lab bildmann 1'max. Pflichtschule'
2'Lehre/mittlere Schule' 3'Matura' 4'Universität'.

compute bildfrau=\$Sysmis.
if sex=2 and bildung=1 bildfrau=1.
if sex=2 and bildung=2 bildfrau=2.
if sex=2 and bildung=3 bildfrau=3.
if sex=2 and bildung=4 bildfrau=4.
var lab bildfrau'Bildung Frauen'.

```
val lab bildfrau 1'max. Pflichtschule'
2'Lehre/mittlere Schule' 3'Matura' 4'Universität'.
```

*Herkunft.

```
compute migra=$sysmis.
if P111010=1 and P112000=2 migra=0.
if (P111010=1 and P112000=1) and (P113000=2
or P113000=3) migra=0.
if P111010=2 or P111010=3 migra=0.
if (P111010=1 and P112000=1) and (P113000=4
or P113000=5 or P113000=6) migra=1.
if P111010=4 or P111010=5 or P111010=6
migra=1.
var lab migra'Migrationshintergrund1'.
val lab Migra 0'Österreicher sowie EU 25/EFTA'
1'Ausl. Staatsbürgerschaft oder Eingebürgerte'.
```

```
recode migra (sysmis=0) (else=copy) into migra1.
```

```
sort cases by ln.
aggr outfile='E:\migration.sav'
  /break=ln
  /migra3=sum(migra1).
match files
  /file=*
  /table='E:\migration.sav'
  /by ln.
weight by hgew.
```

```
compute migra4=$Sysmis.
if migra3=0 migra4=0.
if migra3 > 0 migra4=1.
var lab migra4'Migrationshintergrund des
Haushaltes'.
val lab migra4 0'Haushalt ohne
Migrationshintergrund' 1'Haushalt mit
Migrationshintergrund'.
```

```
*Hauptverdiener.
recode pek_n (sysmis=0).
sort cases by ln pek_n(a).
aggr outf='E:\hv.sav'
  /break = ln
  /pkzhv=last(pkzqu)
  /sexhv=last(sex)
  /agehv=last(age)
  /pekalle=sum(pek_n).
```

```
match files
  /file=*
  /table='E:\hv.sav'
by ln .
```

```
var lab pkzhv 'pkz des Hauptverdieners' /sexhv
'Geschlecht des Hauptverdieners' /agehv 'Alter
des Hauptverdieners'.
```

```
compute hauptver=0.
if pkzhv=pkzqu hauptver=1.
var lab hauptver 'Hauptverdiener'.
val lab hauptver 1 'Hauptverdiener'.
```

```
*Haushaltstyp nach Hauptverdiener.
compute htyp0=0.
if sexhv=1 htyp0=1.
if sexhv=2 htyp0=2.
```

```
val lab htyp0 1'Hauptverdiener'
2'Hauptverdienerin'.
var lab htyp0'Hauptverdiener/-in'.
```

*Arbeitslosigkeit und Erwerbsintensität.

```
*Arbeitslosigkeit.
recode P040010 P040020 P040030 P040040
P040050 P040060 P040070 P040080 P040090
P040100 P040110 P040120 (5=1) (-1=Sysmis)
(1,2,3,4,6,7,8,9=0) into al1 al2 al3 al4 al5 al6 al7
al8 al9 al10 al11 al12.
do if (agekl=2 or agekl=3).
compute
arblmonat=sum(al1,al2,al3,al4,al5,al6,al7,al8,al9,a
l10,al11,al12).
end if.
var lab arbeits1'Arbeitslosenmonate'.
```

```
compute arbl=sum(al1 to al12).
compute arbl=0.
if arbl < 6 and arbl > 0 arbl=1.
if arbl >= 6 arbl=2.
exe.
var lab arbl'Arbeitslosigkeit'.
val lab arbl
0'Nicht arbeitslos'
1'Kurzzeitarbeitslos <6 Monate'
2'Langzeitarbeitslos >= 6 Monate'.
```

```
*Erwerbsintensität.
recode P040010 P040020 P040030 P040040
P040050 P040060 P040070 P040080 P040090
P040100 P040110 P040120 (1,3=1) (-1=Sysmis)
(2,4,5,6,7,8,9=0) into vz1 vz2 vz3 vz4 vz5 vz6 vz7
vz8 vz9 vz10 vz11 vz12.
compute
vollzeitm=sum(vz1,vz2,vz3,vz4,vz5,vz6,vz7,vz8,vz
9,vz10,vz11,vz12).
var lab vollzeitm'Vollzeitmonate'.
```

```
recode P040010 P040020 P040030 P040040
P040050 P040060 P040070 P040080 P040090
P040100 P040110 P040120 (2,4=1) (-1=Sysmis)
(1,3,5,6,7,8,9=0) into tz1 tz2 tz3 tz4 tz5 tz6 tz7 tz8
tz9 tz10 tz11 tz12.
compute
teilzeitm=sum(tz1,tz2,tz3,tz4,tz5,tz6,tz7,tz8,tz9,tz1
0,tz11,tz12)/2.
var lab teilzeitm'Teilzeitmonate'.
```

```
recode vollzeitm (sysmis=0) (else=copy) into
vollzeitm1.
exe.
recode teilzeitm (sysmis=0) (else=copy) into
teilzeitm1.
exe.
sort cases by ln.
```

```
*Teilzeit und Vollzeitmonate auf Haushaltsebene.
aggr outfile='E:\monate.sav'
  /break=ln
  /vzmonat=sum(vollzeitm1)
  /tzmonat=sum(teilzeitm1) .
match files
  /file=*
  /table='E:\monate.sav'
  /by ln.
```

exe.

```
*Anzahl Erwerbsmonate auf Haushaltsebene.
compute erwerbsi=sum(vzmonat,tzmonat).
var lab erwerbsi'tatsächliche Erwerbsmonate im
Haushalt'.
```

```
*Erwerbsalter.
count erwerbsf=agekl (2,3).
var lab erwerbsf'P. im Erwerbsalter ja/nein'.
```

```
*Personen im Erwerbsalter auf Haushaltsebene.
aggr outfile='E:\erwalter.sav'
  /break=ln
  /piea=sum(erwerbsf).
match files
  /file=*
  /table='E:\erwalter.sav'
  /by ln.
```

```
exe.
var lab piea'Personen im erwerbsfähigen Alter im
HH'.
```

```
*Mögliche Erwerbsmonate des Haushalts
(Personen im Erwerbsalter mal 12).
compute merwerbsi=piea*12.
```

```
exe.
var lab merwerbsi'Mögliche Erwerbsmonate des
Haushalts'.
```

```
do if (erwerbsi > 0).
compute intense1=erwerbsi/merwerbsi.
end if.
var lab intense1'Tatsächliche Erwerbsmonate
durch mögliche'.
```

```
do if (piea > 0).
compute intense=$Sysmis.
if erwerbsi=0 intense=0.
if intense1 < .75 intense=1.
if intense1 > .74 intense=2.
end if.
var lab intense'Erwerbsintensität des Haushaltes'.
val lab intense 0'keine Erwerbstätigkeit'
1'Teilweise Erwerbstätigkeit' 2'volle
Erwerbstätigkeit'.
```

Einkommen.

```
*Einkommensquellen auf Haushaltsebene.
recode py010n py050n py090n py110n py120n
py130n py140n py100n py080n
(sysmis=0)(else=copy).
sort cases by ln.
```

```
*Einkommen auf Haushaltsebene.
aggr outfile='E:\einkquelle.sav'
  /break=ln
  /hpy010n=sum(py010n)
  /hpy050n=sum(py050n) /hpy090n=sum(py090n)
  /hpy110n=sum(py110n) /hpy120n=sum(py120n)
  /hpy130n=sum(py130n) /hpy140n=sum(py140n)
  /hpy100n=sum(py100n) /hpy080n=sum(py080n).
match files
  /file=*
  /table='E:\einkquelle.sav'
  /by ln.
```

```
compute hiar=sum(hpy010n, hpy050n, hy040n,
hy110n).
compute hiars=hpy050n.
compute hiaru=sum(hpy010n, hy110n).
```

```
compute hisoz=sum(hpy090n, hpy110n, hpy120n,
hpy130n, hpy140n, hy050n, hy060n, hy070n).
compute hipens=hpy100n.
compute hipr=sum(hpy080n, hy080n, hy090n,
hy040n).
```

```
*Haupteinkommensquelle des Haushalts.
compute hek=0.
if hiaru=max(hiaru, hiars,hisoz,hipens,hipr) hek=1.
if hiars=max(hiaru, hiars,hisoz,hipens,hipr) hek=2.
if hisoz=max(hiaru, hiars,hisoz,hipens,hipr) hek=3.
if hipens=max(hiaru, hiars,hisoz,hipens,hipr)
hek=4.
if hipr=max(hiaru, hiars,hisoz,hipens,hipr) hek=5.
```

```
var lab hek 'Haupteinkommensquelle des
Haushalts'.
val lab hek 1'unselbständige Arbeit' 2'selbständige
Arbeit' 3'Sozialleistungen' 4'Pensionen' 5'private
Einkommen'.
```

```
*Beruflicher Status des Haushalts.
```

```
compute hber=0.
do if hy020>0.
if hiaru/hy020 >.5 hber=1.
if hiars/hy020 >.5 hber=2.
if hisoz/hy020 >.5 hber=3.
if hipens/hy020 >.5 hber=4.
if hipr/hy020 >.5 hber=5.
end if.
exe.
```

```
var lab hber 'beruflicher Status des Haushaltes'.
val lab hber 0'gemischt' 1'unselbständig'
2'selbständig' 3'Sozialleistungen' 4'Pension'
5'Private Einkünfte'.
```

```
*Haupttätigkeit 2005.
recode P001000 (1,2,3,9=1) (7=2) (4=3)
(10,11,5=4) (8,6=5) into haupt.
exe.
```

```
compute hauptge=$sysmis.
if haupt=1 and P001010=1 hauptge=1.
if haupt=1 and P001010=2 hauptge=2.
if P001000=9 hauptge=2.
if haupt=2 hauptge=3.
if haupt=3 hauptge=4.
if haupt=4 hauptge=5.
if haupt=5 hauptge=6.
var lab hauptge'Haupttätigkeit (2005)'.
val lab hauptge 1'Erwerbstätig (Vollzeit)'
2'Erwerbstätig (Teilzeit)' 3'Pension' 4'Arbeitslos'
5'Haushalt' 6'in Ausbildung'.
```

```
*Haushaltstypen.
```

```
*abhängige Kinder im Haushalt.
*Eigene Definition für Österreich, abhängiges Kind
wird auf 27 Jahre ausgeweitet und abhängig auch
bei selbstdefinierter Arbeitslosigkeit.
compute child=0.
if age<16 child=1.
```

```
if (age >15 & age<27) & (r004000>0 |r005000>0)
& p001000>2 child=1.
exe.
var lab child 'abhängiges Kind<27 und nicht aktiv'.
```

```
compute adult=0.
if child=0 adult=1.
exe.
```

```
sort cases by ln.
aggr outfile='E:\child1.sav'
  /break=ln
  /anzchild=sum(child)
  /anzadult=sum(adult).
```

```
match files
  /file=*
  /table='E:\child1.sav'
  /by ln.
exe.
```

```
compute htyp=$sysmis.
if hsize=1 and sex=1 and hber=4 htyp=0.
if hsize=1 and sex=1 and hber NE 4 htyp=1.
if hsize=1 and sex=2 and hber=4 htyp=2.
if hsize=1 and sex=2 and hber NE 4 htyp=3.
if hsize > 1 and anzchild=0 htyp=4.
if anzadult=1 & anzchild >0 htyp=5.
if anzadult>1 & anzchild=1 htyp=6.
if anzadult>1 & anzchild=2 htyp=7.
if anzadult>1 & anzchild>2 htyp=8.
var lab htyp'Haushaltstyp'.
val lab htyp 0'Alleinstehend/ Männer (mit Pension)'
1'Alleinstehend/ Männer (ohne Pension)'
2'Alleinstehend/ Frauen (mit Pension)'
3'Alleinstehend/ Frauen (ohne Pension)' 4'MPH
ohne Kinder' 5'Alleinerziehend' 6'MPH +1 Kind'
7'MPH + 2 Kinder' 8'MPH + 3 oder mehr Kinder'.
```

```
*Rechtsverhältnis an der Wohnung.
recode H007000 (5=5) (6=5) (7=6) (else=copy)
into rechtsw.
exe.
var lab rechtsw'Rechtsverhältnis an der
Wohnung'.
val lab rechtsw 1'Hauseigentum'
2'Wohnungseigentum' 3'Gemeindewohnung'
4'Genossenschaftswohnung' 5'sonst. Haupt-
/Untermiete' 6'mietfreie Wohnung/Haus'.
```

*****ArmutsvARIABLEN*****.

```
*Verfügbares äquivalisiertes HH Einkommen.
compute equinc=hy020/heueq.
var label equinc 'äquivalisiertes
Gesamteinkommen'.
```

*Armutgefährdung (a).

```
*Erstellen des Medians (Maximum der unteren
Hälfte).
compute u = 1.
rank equinc /ntiles (2) into a /ties = low.
aggr outf = t1
  /break = a
  /median = max (equinc).
*Medianwert ins Arbeitsfile zurückspielen.
match file
```

```
/file = *
/table = t1
/rename a = u
/by u.
```

```
*Einkommensarmut.
compute incpoor =$Sysmis.
if equinc GE (.6 * median) incpoor = 0.
if equinc < (.6 * median) incpoor = 1.
var lab incpoor 'Armutgefährdung (a)'.
val lab incpoor 0'nicht Armutgefährdet'
1'Armutgefährdet'.
```

```
*Armutgefährdungslücke.
temp.
sel if incpoor = 1.
```

*Deprivationsdimensionen.

*Primäre Benachteiligung.

```
*Zahlungsrückstände.
*Kreditrückzahlung Hauseigentümer bzw
Wohnung Miete und Eigentum Mietrückstand
Rückstand Wohnnebenkosten sonstige
Rückzahlungsverpflichtungen.
recode H010000 H017000 H026000 H029000
H035000(1=1)(2=0)(else=$Sysmis) INTO v1 v2 v3
v4 v5.
val lab v1 to v5 1'Ja' 0'Nein'.
```

```
count zahlprob=v1 v2 v3 v4 v5 (1).
count zahlprob1=v3 v4 v5 (1).
```

```
compute zr=$Sysmis.
if zahlprob > 0 zr=1.
if zahlprob = 0 zr=0.
exe.
var lab zr'Zahlungsrückstände'.
val lab zr 0'Nein' 1'Ja'.
```

*Nicht leistbares.

```
*Urlaub Hauptgericht Kleidung Heizen ungeplante
Ausgaben.
recode H037010 H037020 H037030 H037040
H038000 (1=0) (2=1) (else=$sysmis)
INTO urlaub essen kleidung heizen euro.
val lab Urlaub to EURO 0'Ja' 1'Nein'.
var lab Urlaub'Jährlicher Urlaub mit Familie
leistbar' Essen 'Jeden 2. Tag Hauptgericht leistbar'
Kleidung'Neue Kleidung leistbar' Heizen'Beheizte
Wohnung leistbar' euro'800€-Ausgabe aus
eigenen Mitteln finanzierbar'.
```

```
count stand=urlaub essen kleidung Heizen euro zr
(1).
```

*Primäre Benachteiligung.

```
compute priben=$Sysmis.
if stand > 2 priben=1.
if stand < 3 priben=0.
var lab priben'Primäre Benachteiligung'.
val lab priben 0'Nein' 1'Ja'.
```

*Sekundäre Benachteiligung.

```
*Güter aus finanziellen Gründen nicht vorhanden.
recode H036020 H036040 H036050 H036060
H036080 H036090 (2=1) (1,3=0)(else=$sysmis)
```

INTO handy pc inet dvd gessp pkw.
 val lab handy to pkw 0'Vorhanden oder aus
 anderen als finanziellen Gründen nicht vorhanden'
 1'Aus finanziellen Gründen nicht vorhanden'.
 var lab handy'Vorhandensein eines Handys'
 pc'Vorhandensein eines PCs' inet'Vorhandensein
 eines Internet-Anschlusses' dvd'Vorhandensein
 eines DVD-Players' gessp'Vorhandensein einer
 Geschirrspülmaschine' pkw'Vorhandensein eines
 privaten PKWs'.

count güter=handy pc inet dvd gessp pkw (1).

*Sekundäre Benachteiligung.
 compute sekben=\$Sysmis.
 if güter > 2 sekben=1.
 if güter < 3 sekben=0.
 var lab sekben'Sekundäre Benachteiligung'.
 val lab sekben 0'Nein' 1'Ja'.

*Dimension Wohnprobleme.

*Kein Bad oder WC in der Wohnung.
 compute badwc=0.
 if (H005040=2 and H005030 =2) or H005020=2
 badwc=1.

*Schimmel oder Feuchtigkeit dunkle Räume.
 recode H006010 H006020 (1=1) (2=0)
 (else=systemis) into schim dunkel.

*Vorhandensein Waschmaschine.
 recode H036070 (2=1) (1,3=0) (else=systemis) into
 wama.
 val lab wama 0'Vorhanden oder aus anderen als
 finanziellen Gründen nicht vorhanden' 1'Aus
 finanziellen Gründen nicht vorhanden'.

*Wohnprobleme.
 compute index4=sum(badwc,schim,dunkel,wama).
 compute wohnpr=\$Sysmis.
 if index4 > 1 wohnpr=1.
 if index4 < 2 wohnpr=0.
 var lab wohnpr'Wohnung'.
 val lab wohnpr 0'Nein' 1'Ja'.

*Dimension Wohnumgebungsprobleme.
 *Lärm Verschmutzung Kriminalität.
 recode H006030 H006040 H006050 (1=1) (2=0)
 (else=Systemis) into wup1 wup2 wup3.
 compute index5=sum(wup1,wup2,wup3).

compute umwprob=\$Sysmis.
 if index5 > 1 umwprob=1.
 if index5 < 2 umwprob=0.
 var lab umwprob'Umwelt'.
 val lab umwprob 1'Ja' 0'Nein'.

*Dimension Gesundheitsbeeinträchtigung.

*Allgemeine Gesundheit.
 recode P102000 (5=1) (1,2,3,4=0) (else=systemis)
 into gprob1.

*chronisch krank.
 recode P103000 (1=1) (2=0) (else=systemis) into
 gprob2.

*behindert.
 recode P104000 (1=1) (2,3=0) (else=systemis) into
 gprob3.

count gprob=gprob1 gprob2 gprob3 (1).

*Gesundheitsprobleme.
 compute gesprob=\$Sysmis.
 if gprob > 1 gesprob=1.
 if gprob < 2 gesprob=0.
 var lab gesprob'Gesundheit'.
 val lab gesprob 0'Nein' 1'Ja'.

*Deprivation.
 count depri1=priben sekben wohnpr umwprob
 gesprob (1).

*Deprivation.
 compute depri=\$Sysmis.
 if depri1 > 0 depri=1.
 if depri1 = 0 depri=0.
 var lab depri'Deprivation'.

*Betroffenheit von mind 1, 2 oder 3 Dimensionen.
 compute depri2=0.
 if depri1 > 0 depri2=1.

exe.
 var lab depri2'von mind. 1 Deprivationsdimension
 betroffen'.

compute depri3=0.
 if depri1 > 1 depri3=1.

exe.
 var lab depri3'von mind. 2
 Deprivationsdimensionen betroffen'.

compute depri4=0.
 if depri1 > 2 depri4=1.

exe.
 var lab depri4'von mind. 3
 Deprivationsdimensionen betroffen'.

*Armutsformen.
 compute armfo=\$Sysmis.
 if incpoor=0 and depri=0 armfo=0.
 if incpoor=1 and depri=0 armfo=1.
 if incpoor=1 and depri=1 armfo=2.
 if incpoor=0 and depri=1 armfo=3.
 exe.
 var lab armfo'Armutsformen (a)'.
 val lab armfo 0'Nicht-arm' 1'Einkommensarmut (a)'
 2'Manifeste Armut (a)' 3'mangelnde Teilhabe'.

*Manifeste Armut (a).
 compute manar=0.
 if incpoor=1 and depri=1 manar=1.
 var lab manar 'Manifeste Armut (a)'.
 val lab manar 0'nein' 1'manifest arm (a)'.

*****Entwicklung des Armutsmessmodells*****.

*Medianäquivalenzausgaben einspielen.
 compute ausg=1410.

*monatliche äquivalisierte HH-Einkommen.
 compute equinc2=equinc/12.

*Teilhabegefährdung.
 compute k1=equinc2-ausg.

```

compute thg=1.
if k1 ge 0 thg=0.
exe.
var lab thg'Teilhabegefährdung'.
val lab thg 0'Nicht teilhabegefährdet'
1'Teilhabegefährdet'.

*P120020 P120030 P120060.

*Lebenszufriedenheit.
compute lebzuf = P120060.
var lab lebzuf 'Zufriedenheit mit Leben'.
val lab lebzuf -2'Proxy' -1'kA' 1'sehr unzufrieden'
2'ziemlich unzufrieden'
3'eher unzufrieden' 4'eher zufrieden' 5'ziemlich
zufrieden' 6'sehr zufrieden'.
mis val lebzuf (-1,-2).

*Zufriedenheit mit dem Einkommen (gesamt).
if (p120020=-2) einzuf=p120030.
if (p120030=-2) einzuf=p120020.
var lab einzuf 'Zufriedenheit mit Einkommen'.
val lab einzuf -2'Proxy' -1'kA' 1'sehr unzufrieden'
2'ziemlich unzufrieden'
3'eher unzufrieden' 4'eher zufrieden' 5'ziemlich
zufrieden' 6'sehr zufrieden'.
mis val einzuf (-2,-1).
exec.

*Armutsgefährdung (b).
compute armge=0.
if k1 LE -286 armge=1.
var lab armge'Armutsgefährdet (b)'.
val lab armge 0'nicht armutsgefährdet (b)'
1'armutsgefährdet (b)'.

*Manifeste Armut (b).
compute ma=0.
if armge=1 and depri=1 ma=1.
var lab ma 'Manifeste Armut (b)'.
val lab ma 0'nein' 1'manifest arm (b)'.

*Nicht gefährdet vs alle Formen der
Teilhabegefährdung.
compute armfo4=$sysmis.
if armge=0 and thg=0 and depri=0 armfo4=0.
if armge=0 and thg=0 and depri=1 armfo4=0.
if armge=0 and thg=1 armfo4=1.
if armge=1 and thg=1 and ma=0 armfo4=2.
if armge=1 and thg=1 and ma=1 armfo4=3.
var lab armfo4'Armutsdefinitionen (Konzept) 4'.
val lab armfo4 0'Nicht Teilhabegefährdet' 1'(nur)
teilhabegefährdet' 2'armutsgefährdet (b)'
3'manifest arm (b)'.

*Nicht gefährdet mangelnde Teilhabe und
Teilhabegefährdung.
compute armfo3=$sysmis.
if armge=0 and thg=0 and depri=0 armfo3=0.
if armge=0 and thg=0 and depri=1 armfo3=1.
if armge=0 and thg=1 armfo3=2.
if armge=1 and thg=1 and ma=0 armfo3=2.
if armge=1 and thg=1 and ma=1 armfo3=2.
var lab armfo3'Armutsdefinitionen (Konzept) 3'.
val lab armfo3 0'Nicht Gefährdet' 1'Mangelnde
Teilhabe (n. thg)' 2'Teilhabegefährdet (b)'.

```

```

*Ausgabenanteile.
compute aus1=0.12704666*ausg.
var lab aus1 'Ausgaben für Ernährung,
Alkoholfreie Getränke'.
exe.
compute aus2=0.0286332475011889*ausg.
var lab aus2 'Ausgaben für Alkoholische Getränke,
Tabakwaren'.
exe.
compute aus3=0.0548618302269699*ausg.
var lab aus3 'Ausgaben für Bekleidung, Schuhe'.
exe.
compute aus4=0.229232056139749*ausg.
var lab aus4 'Ausgaben für Wohnen, Energie'.
exe.
compute aus5=0.060919195738041*ausg.
var lab aus5'Ausgaben für Wohnungsausstattung'.
exe.
compute aus6=0.0328766988147634*ausg.
var lab aus6'Ausgaben für Gesundheit'.
exe.
compute aus7=0.154970780920077*ausg.
var lab aus7'Ausgaben für Verkehr'.
exe.
compute aus8=0.0268528277084028*ausg.
var lab aus8'Ausgaben für Kommunikation'.
exe.
compute aus9=0.126208088749841*ausg.
var lab aus9'Ausgaben für Freizeit, Sport, Hobby'.
exe.
compute aus10=0.00691068763639167*ausg.
var lab aus10'Ausgaben für Bildung'.
exe.
compute aus11=0.0569723552201729*ausg.
var lab aus11'Ausgaben für Café, Restaurant,
Hotel'.
exe.
compute aus12=0.0945155749625252*ausg.
var lab aus12'Ausgaben für Sonstiges'.
exe.
compute notwend1=sum(aus1,aus4,aus6).
exe.
var lab notwend1'Überlebensnotwendig'.

compute notwend2=sum(aus1,aus2,
aus3,aus4,aus5,aus6,aus7,aus8,aus12).
exe.
var lab notwend2'Teilhabenotwendigkeit'.

compute notwend3=sum(aus1,aus2,
aus3,aus4,aus5,aus6,aus7,aus8,aus12,aus9,aus1
0,aus11).
var lab notwend2'am ehesten verzichtbar'.
exe.

compute nichtleist1=0.
if equinc2 < notwend1 nichtleist1=1.
var lab nichtleist1'Grundbedarf (minimal)'.
val lab nichtleist1 0'leistbar' 1'nicht leistbar'.
compute nichtleist2=0.
if equinc2 < notwend2 nichtleist2=1.
var lab nichtleist2'Grundbedarf (erweitert)'.
val lab nichtleist2 0'leistbar' 1'nicht leistbar'.

```

Erklärung

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst habe. Ich habe keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt.

Ich habe die Arbeit bzw. Teile davon weder im In- noch im Ausland einer Beurteilerin / einem Beurteiler zur Begutachtung als Prüfungsarbeit vorgelegt

Wien, den

Judith Anzenberger

Abstract

In der gängigen, EU-weiten Armuts- und Sozialberichterstattung wird Armut primär über Einkommen und ergänzend mit Deprivationsindikatoren definiert und gemessen. Dieser Reduktion steht eine Vielzahl von Begriffen, Konzepten und Methoden, um das Phänomen Armut zu definieren und zu messen, gegenüber. Aus dieser Vielzahl wird einerseits ersichtlich, dass Armut ein vielschichtiges Problem ist und es andererseits, „die“ Definition von Armut nicht gibt. Intention dieser Diplomarbeit ist es, ein Armutsmesskonzept für Österreich zu entwickeln, das nicht auf die Einkommenseite reduziert ist. Das gängige Messkonzept der EU-Berichterstattung setzt an einem minimalen Lebensstandard an, der in der jeweiligen Gesellschaft annehmbar ist. Es wird aber nicht überprüft, ob dieser Standard mit der angesetzten Armutsgefährdungsschwelle überhaupt erreicht werden kann. Ein weiteres Ziel ist es daher, mit dem entwickelten Messkonzept zu überprüfen, inwiefern nach der „klassischen“ Definition von Einkommensarmut an einem durchschnittlichen Lebensstandard partizipiert werden kann. Dieser Lebensstandard ist an den (nicht: minimalen) durchschnittlichen Ausgaben der österreichischen Bevölkerung orientiert. Die durchschnittlichen Ausgaben sind auch zentrales Element des entwickelten Armutsmesskonzeptes: Armut wird über den Abstand des Einkommens zu ihnen definiert. Auch dieses Konzept setzt also, wie das gängige, an einer primär monetären Sichtweise an und erweitert es ebenso um Deprivationsindikatoren, die teilweise nicht-monetäre Bereiche erfassen. Im Gegensatz zum gängigen Modell wird es aber auch noch um eine subjektive Sichtweise ergänzt. Das Modell wird auf Basis einschlägiger Literatur entwickelt und mithilfe einer Sekundäranalyse des EU-SILC Datensatzes und Ergebnissen der Konsumerhebung umgesetzt. Nicht ganz überraschend, da an der Mitte orientiert, ergibt sich bei dem so entwickelten Armutsmesskonzept eine höhere Armutsgefährdungsquote als beim gängigen Modell. Von einem durchschnittlichen Lebensstandard sind die Armutsgefährdeten beider Konzepte deutlich entfernt: Die Armutsgefährdeten der gängigen Messmethode müssten durchschnittlich 185% ihres Einkommens ausgeben und die des hier entwickelten Konzepts 157% bzw. 166% (Armutgefährdete bei denen auch Deprivation vorliegt). Inwiefern die Durchschnittsausgaben einen minimal akzeptierten Lebensstandard übersteigen, müsste jedoch in einer eigenen Arbeit geklärt werden.

In the common EU-wide reporting on poverty and social affairs poverty is primarily defined as and measured by income and in addition by deprivation indicators. This reduction is confronted with a variety of terms, concepts and methods to define and measure the phenomenon 'poverty'. From this variety it becomes apparent on the one hand that poverty is a complex problem and that there is no precise definition of poverty on the other hand. The purpose of this diploma thesis is to develop a measurement concept of poverty for Austria which is not restricted on the income part. The usual measurement concept in the EU-reporting is based on a minimal standard of living which is acceptable for a given society. But there is no verification whether or not this standard of living can be reached with the fixed at-risk-of poverty threshold. Hence, an additional aim is to review the developed measurement concept – how probable the participation in an average standard of living with the 'classical' definition of income poverty is. This standard of living is geared to (not: minimal) average expenses of the Austrian population. To measure poverty the average expenses are also the central element of the developed concept: Poverty is defined by the interval between the income and the average expenses. As much as the usual approach, this concept is also primarily based on monetary perspective but again extends it with indicators of deprivation, which partly also cover non-monetary aspects. Contrary to the commonly used model, the concept is being extended additionally by a subjective point of view. The model will be developed by the use of scientific literature and by the application of a secondary analysis of the EU-SILC dataset and results of the consumption survey. Because the developed poverty measurement concept is based on the average of society, it results in – not very surprisingly – a higher at-risk-of-poverty rate compared to the usual model. From the perspective of both concepts people at-risk-of-poverty are far away from an average standard of living: in average people at-risk-of-poverty of the usual measurement model should spend 185% of their income and people at-risk-of-poverty of the developed concept 157% or 166% (people at-risk-of-poverty of which deprivation is also present). To what extend the average expenses exceed a minimal accepted standard of living should be examined, in any case, in a separate paper.

Lebenslauf

Angaben zur Person	
Vorname / Nachname	Anzenberger Judith
Adresse	Löhnergasse, 21/1/6, A-1120 Wien
Telefon	+43 699 113 52 158
E-Mail	Judith.anzenberger@chello.at
Staatsangehörigkeit	Österreich
Geburtsdatum	11. Oktober 1978
Mobil: +43 699 113 52 158	
Berufserfahrung	
Datum	1. Dezember 2006 bis 31. Juli 2007
Beruf oder Funktion	Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wichtigste Tätigkeiten und Zuständigkeiten	<p>Mitarbeit bei der Erstellung eines internen Berichts (Juni – Juli 2007)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dateneingabe und -auswertung von quantitativen Befragungsdaten - Eigenständige Interpretation und Berichterstellung <p>Co-Autorin eines Evaluationsberichtes (Dez. 2006 – Mai 2007)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung von Erhebungsinstrumenten - Auswertung qualitativer und quantitativer Daten - Konzeptualisierung des Berichtes - Interpretation und Vertextung der Ergebnisse
Name und Adresse des Arbeitgebers	Forschungsinstitut des Wiener Roten Kreuzes (WRK) Nottendorfer Gasse 21, A-1030 Wien
Tätigkeitsbereich oder Branche	Forschung und Entwicklung, NPO
Datum	1. September 2006 bis 30. September 2006
Beruf oder Funktion	Ferialpraktikantin
Wichtigste Tätigkeiten und Zuständigkeiten	<p>Konzeptualisierung und Organisation einer telefonischen Kontrollerhebung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Adaptierung von SPSS-Syntax-Programmen zur Datenkontrolle und -auswertung - Eigenständiges Durchführen von Plausibilitätskontrollen - Stichprobenauswahl und Fragebogenerstellung - Koordination der Erhebung mit Feld- und EDV-Abteilung
Name und Adresse des Arbeitgebers	Statistik Austria Guglgasse 13, A-1110 Wien
Tätigkeitsbereich oder Branche	Informationsdienstleistungen
Datum	1. September bis 30. September 2006
Beruf oder Funktion	Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wichtigste Tätigkeiten und Zuständigkeiten	<p>Mitautorin einer Buchpublikation</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eigenständige redaktionelle Überarbeitung von Seminararbeiten eines Forschungslabors für die Publikation Till, M./Till-Tentschert, U. (Hrg.) (2006): Armutslagen in Wien – empirische Befunde zur Arbeits-, Geld- und Wohnsituation sowie spezifischen Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Schriftenreihe des Instituts für Soziologie, Bd. 40. Arbeitsgemeinschaft für Interdisziplinäre Angewandte Sozialforschung (AIAS). Download unter: www.armut.at/armutslagen_in_wien_web.pdf
Name und Adresse des Arbeitgebers	Arbeitsgemeinschaft für Interdisziplinäre Angewandte Sozialforschung (AIAS), Freesienweg 10, A-1140 Wien
Tätigkeitsbereich oder Branche	Sozialforschung

Datum	2. Mai 2006 bis 31. Juli 2006
Beruf oder Funktion	Praktikantin
Wichtigste Tätigkeiten und Zuständigkeiten	Mitarbeit bei der Vorbereitung eines Evaluationsberichtes <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung v. Erhebungsinstrumenten, Durchführung v. telefonischen u. persönlichen Interviews - Auswertung von qualitativen und quantitativen Daten, Präsentation der Zwischenergebnisse
Name und Adresse des Arbeitgebers	Forschungsinstitut des Wiener Roten Kreuzes (WRK) Nottendorfer Gasse 21, A-1030 Wien
Tätigkeitsbereich oder Branche	Forschung und Entwicklung, NPO

Datum	2. Juni bis 31. Juli 2003 und 1. Januar bis 30. Juni 2004
Beruf oder Funktion	Wissenschaftliche Hilfskraft
Wichtigste Tätigkeiten und Zuständigkeiten	Unterstützung des Projektkoordinators bei diversen Aufgaben: <ul style="list-style-type: none"> - Verwaltung und Aktualisierung der Homepages www.llh.at & www.hwf.at - Aufbereitung von Texten, Tabellen und Graphiken für Publikationen und Projektanträge - Übersetzungsarbeiten; Assistenz bei der Organisation eines Workshops
Name und Adresse des Arbeitgebers	Institut für Höhere Studien (IHS), Stumpergasse 56, A-1060 Wien
Tätigkeitsbereich oder Branche	Wirtschafts-, Politik- und Sozialforschung, NPO

Schul- und Berufsbildung

Datum	Oktober 1998 – November 2009
Hauptfächer/berufliche Fähigkeiten	Studium der Soziologie, sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Studienzweig
Name und Art der Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung	Universität Wien Dr.-Karl-Lueger-Ring 1, A-1010 Wien

Datum	September 1997 bis Juni 1998
Bezeichnung der Qualifikation	Matura
Hauptfächer/berufliche Fähigkeiten	Maturalehrgang der Rudolf Steiner-Schule Pötzleinsdorf
Name und Art der Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung	Rudolf Steiner-Schule Pötzleinsdorf, Gesamtschule mit angeschlossenen Maturalehrgang, Geymüllergasse 1, A-1180-Wien
Stufe der nationalen oder internationalen Klassifikation	ISCED 3A

Publikationen

- Anzenberger, Judith; Fröschl, Karin; Schlegel, Alexandra, 2006: Sozialpolitische Interventionsstrategien. In: Till, Matthias; Till-Tentschert, Ursula, Armutslagen in Wien – empirische Befunde zur Arbeits-, Geld- und Wohnsituation sowie spezifischen Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht. Schriftenreihe des Instituts für Soziologie, Bd. 40. Wien: Arbeitsgemeinschaft für Interdisziplinäre Angewandte Sozialforschung (AIAS), 31-56.
- Anzenberger, Judith; Lindner, Brigitte; Vana, Irina; et al., 2006: Erwerbsarbeit und Armut. In: Till, Matthias; Till-Tentschert, Ursula, Armutslagen in Wien – empirische Befunde zur Arbeits-, Geld- und Wohnsituation sowie spezifischen Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Schriftenreihe des Instituts für Soziologie, Bd. 40. Wien: Arbeitsgemeinschaft für Interdisziplinäre Angewandte Sozialforschung (AIAS), 107-117.
- Lang, Gert; Anzenberger, Judith; et al. 2007: Bericht über die Wirkungsevaluation der durchgeführten Maßnahmen von care_fit – Interkulturelle Qualifikation in Pflege- und Betreuungsberufen (Modul 2). Wien: Forschungsinstitut des Wiener Roten Kreuzes.

Wien, den	Judith Anzenberger
-----------	--------------------